

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**3-2025**

---

**Spendenempfehlung: 4,00 €**

## **Ausgabe Mai-Juni 2025**

Redaktionsnotiz.....	3
Die dialektisch-materialistische Weltanschauung.....	16
<i>Heinz Ahlreip: Ohne Studium des Marxismus-Leninismus     und ohne Handeln ihm gemäß geht die Menschheit zugrunde.     Oder: Der Durchbruch zum historischen Materialismus.....</i>	16
Wochenberichte.....	20
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Wochenberichte vom     24. Februar 2025 bis 24. April 2025.....</i>	20

Zur Geschichte des deutschen Imperialismus.....	53
<i>Brigitte Dornheim: Dunkle Wolken ziehen über</i>	
Deutschland herauf.....	53
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Der deutsche</i>	
Militarismus.....	63
Zur aktuellen Situation des US-Imperialismus.....	82
<i>RT DE: Interview mit Werner Rügemer: Trumps "America First" -</i>	
ein Strategiewandel der USA?.....	82
Palästina.....	90
<i>Heinz Ahlreip: Fundamente des Marxismus-Leninismus.....</i>	90
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Tim Schoenmakers:</i>	
Die palästinensische Bourgeoisie und der Gaza-Krieg.....	93

## Impressum

### offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Homepage: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Der Imperialismus ist in eine ausgesprochen unruhige Phase eingetreten. Neue global agierende Mächte sind in den vergangenen Jahren erstarkt. Die USA und auch Europa können nicht immer Schritt halten. China ist ein mächtiger, global agierender Konkurrent geworden und Wirtschaftsprognosen geben an, dass China über kurz oder lang die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt werden wird, Indien sehen solche Prognosen auf dem zweiten Platz, die USA werden also überholt und abgehängt. Aber auch andere große, monopolkapitalistische Staaten wie Indien, Brasilien, der Iran usw. sind zu „Global Playern“ geworden. Die USA und Europa versuchen dem entsprechend alles, um ihre weltwirtschaftlich führende Stellung zu verteidigen und die Konkurrenz zu schwächen. Das verschärft die innerimperialistischen Widersprüche in hohem Maße und weltweit.

Wir widmen uns in diesem Heft diesen Vorgängen, wobei wir in einer Ausgabe der offen-siv selbstverständlich nicht alle Prozesse abbilden und analysieren können, denn das würde ein mehrere hundert Seiten starkes Buch nach einer Arbeit von mindestens einem Jahr ergeben. Also gehen wir stückweise vor, wie Ihr dem Inhaltsverzeichnis wahrscheinlich schon entnommen habt.

Lühr Henken, Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag, Herausgeber der Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Mitglied des Bündnisses „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“, Mitglied in der Berliner Friedenskommission und Mitglied im Beirat der Informationsstelle Militarisierung, hat bei der Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke am 12. April 2025 ein bemerkenswertes Gastreferat gehalten, aus dem wir hier etwas ausführlicher zitieren wollen, denn dort geht es genau um die oben angesprochene Thematik.<sup>1</sup>

*„Aus ihrer Sicht befinden sich die USA bisher in einer ausweglosen Perspektive. Kaufkraftbereinigt hat Chinas Wirtschaft die USA seit Jahren überholt. Ja, China droht den USA zu enteilen. Diese Perspektive wurde*

---

<sup>1</sup> Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 5-2025, Nummer 423, S. 21-39.

*eindrücklich vor acht Jahren vom internationalen Wirtschaftsprüfungskonzern PriceWaterhouseCoopers in seiner Prognose »The World in 2050«<sup>2</sup> offengelegt. Im Jahr 2050, also in 25 Jahren, würde China als stärkste Wirtschaftskraft kaufkraftbereinigt weit vor den USA liegen. Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) läge um 71 Prozent vor dem der USA. Platz zwei würde Indien vor den USA belegen.<sup>3</sup> Das Jahrhundert drohe vom unaufhaltsamen Aufstieg Chinas dominiert zu werden.*

*Den USA droht dadurch der Verlust des Dollars als weltweite Leitwährung. Dieses Privileg verschafft den USA jährliche Gewinne von ca. drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts.<sup>4</sup>*

*Das brachte für das letzte Jahr über 800 Milliarden Dollar Gewinn. Damit lässt sich fast der gesamte US-Rüstungshaushalt finanzieren. Fällt der Dollar als Leitwährung weg, entfielen nicht nur dieser Gewinn, sondern auch der Dollar als Sanktionsinstrument. Das würde den Verlust der US-Hegemonie auf dem Globus bedeuten.*

*China baut sein weltumspannendes Billionen-Projekt Seidenstraße systematisch aus. Es verfügt über globale Monopolstellungen in bestimmten Rohstoff- und Veredelungsprozessen<sup>5</sup>. Mit fast 90 Prozent Marktanteil (Stand:*

---

<sup>2</sup> [www.pwc.com/gx/en/research-insights/economy/the-world-in-2050.htm](http://www.pwc.com/gx/en/research-insights/economy/the-world-in-2050.htm)

<sup>3</sup> Kaufkraftbereinigt wird China 2050 mit 58,5 Bio. USD auf Platz 1 liegen, Platz 2 wird Indien belegen mit 44,1 vor den USA mit 34,1 Bio. USD Wirtschaftsleistung. Auch bei den nominalen Werten ist China 2050 weit vorn mit 49,9 vor den USA mit 34,1 und Indien mit 28 Bio. USD. PWC schätzt die Änderungen beim Anteil am weltweiten BIP von 2016 nach 2050 kaufkraftbereinigt so ein: China von 18 auf 20 Prozent, USA von 16 auf 12 Prozent, EU-27 von 15 auf 9 Prozent, Indien von 7 auf 15 Prozent.

<sup>4</sup> Prof. Dr. Bernd Kampa, Leitährungsstatus des US-Dollar – Quos vadis? Wirtschaftsdienst, 98. Jahrgang, 2018, Heft 10, S. 691-710, [www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2018/heft/10/beitrag/der-us-dollar-als-leitwaehrung-alternativlos.html](http://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2018/heft/10/beitrag/der-us-dollar-als-leitwaehrung-alternativlos.html), darin die Fußnote 6.

<sup>5</sup> »Bei 23 von 26 untersuchten Raffinadeprodukten dominiert China den Markt.« (FAZ, 09.08.2019). China produziert 97 Prozent (2020) des weltweiten Galliums. China ist globaler Magnesium-Monopolist mit einem Anteil von 80 bis 85 Prozent der Magnesiumproduktion. (FAZ, 20.10.2021). China hat einen Weltmarktanteil an

2019) dominiert China die weltweite Produktion von Seltenen Erden.<sup>6</sup> Die BRICS-Staaten-Gruppe mit der Zentralmacht China wachsen zu BRICS+. Mehr als 30 Länder streben derzeit in die Gruppe. Ihr gemeinsames Ziel: unabhängig vom Dollar werden.

Trump stemmt sich dem Abstieg mit aller Macht entgegen, versucht noch das Ruder brachial herumzureißen. Es geht ihm um die weltweite Vorherrschaft im 21. Jahrhundert. Die Administration agiert auf mehreren Ebenen:

### **Ökonomische Gewaltkur**

Damit die USA den Wirtschafts- und Technologiewettlauf gegen China gewinnt, ist es unerlässlich, dass sie dauerhaft ein größeres Wirtschaftswachstum generiert als China<sup>7</sup>. Zurzeit liegt China bei plus 4,6 Prozent, die USA nur bei plus 2,7 – zudem mit abnehmender Tendenz. Trumps Maßnahmen sollen den Trend umkehren. Wodurch?

### **Maßnahme Nr. 1: Re-Industrialisierung der USA.**

Industriearbeitsplätze vor allem aus China – dort sind ein Drittel aller auf dem Globus – sollen in die USA geholt werden. Dort sind nur halb so viel. Auch Fabriken aus anderen Regionen sollen in die USA kommen. So Autofabriken aus Deutschland, Europa, Japan und Süd-Korea. Maßnahme: Hohe Einfuhrzölle. Sie machen den Warenimport in die USA unattraktiv. Angekündigte Steuersenkungen sollen die Produktion im Inland attraktiv machen. Der Markt für Gas und Öl in den USA soll dereguliert werden, Klimaschutz adieu. Trumps unerwarteter Zollrundumschlag löste große Turbulenzen aus. Sämtliche Länder mit Ausnahme von Russland, Belarus, Nord-Korea und Kuba sind in unterschiedlichem Maße betroffen. China traf der Zollaufschlag mit zunächst 54 Prozent am härtesten. China nahm die

---

Kugelgraphit, das für Batterien in Elektroautos benötigt wird, von 100 Prozent (FAZ, 09.04.2025).

<sup>6</sup> ARD Alpha, 12. Januar 2022, [www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/seltene-erden-energiewende-metalle-smartphones-china-100.html](http://www.ardalpha.de/wissen/umwelt/nachhaltigkeit/seltene-erden-energiewende-metalle-smartphones-china-100.html)

<sup>7</sup> Prognose für China 4,6 % für 2025 und 4,5 % für 2026, USA Prognose 2,7 % (2025), 2,1 % (2026). Erhoben vor Beginn der Präsidentschaft Trumps. [www.finanzen.net/nachricht/aktien/wachstumsprognosen-iwf-erhoeht-us-bip-prognosen-euroraum-prognosen-gesenkt-14160326](http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/wachstumsprognosen-iwf-erhoeht-us-bip-prognosen-euroraum-prognosen-gesenkt-14160326)

*Kriegserklärung an, bleibt hart, und erhob zunächst 34 Prozent auf US-Importe und schränkt den Export seltener Erden, die in den USA auch in der Rüstungsindustrie zum Einsatz kommen, ein. Dann ging es Schlag auf Schlag. Inzwischen liegt der Zoll auf chinesische Importe in die USA bei 145 Prozent, und umgekehrt auf 125 Prozent. Für alle anderen Länder hat Trump urplötzlich ein Zollmoratorium erklärt. Hier bleibt es zunächst für 90 Tage bei 10 Prozent. Die Zollpause soll für Verhandlungen genutzt werden. Der Handel zwischen den USA und China ist eingefroren. Der Ausgang des Handelskrieges mit China ist offen. Die Fachwelt geht von einer Entkopplung der beiden größten Volkswirtschaften der Welt aus. »Die Chinesen verlieren einen Exportmarkt, der [...] 15 Prozent aller chinesischen Exporte aufgenommen hat.«<sup>8</sup> So die NZZ. Das schmälert das chinesische Wachstum, es sei denn es finden sich neue Absatzmärkte im In- und Ausland. Leidtragende von Trumps Egotrip sind vor allem die Ärmsten der Welt sein.*

### **Maßnahme Nr. 2: Landnahme**

*Trump droht damit, das Staatsgebiet der USA durch Grönland, Panama, Kanada und den Gaza-Streifen ausweiten zu wollen. Das ist empörend, verunsichernd und unvorstellbar zugleich. Das Imperium wird als solches wieder klar erkennbar. Trump schließt nicht aus, dafür Militär einzusetzen. Völkerrechtsbruch schert Trump nicht. Die Gründe sind militärischer und geostrategischer Natur und zielen auch auf Rohstoffe. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung zitiert einen Wirtschaftsgeologen beim Bundesamt für Geowissenschaft und Rohstoffe über Seltene Erden: »Grönland verfügt über das mit Abstand größte Vorkommen der Welt. 150 Jahre lang könnte man damit die Nachfrage decken.«<sup>9</sup> Bemerkenswert. Das arktische Grönland ist in der Auseinandersetzung mit China von geostrategischer Bedeutung. Auch Trumps Absicht, die Ukraine ökonomisch zu beherrschen, zielt dort auf Mineralien ab. US-Konzerne sollen dort zur Versorgung der US-Chip-Fabriken und Rüstungskonzerne exklusiven Zugriff auf Seltene Erden erhalten.*

### **Maßnahme Nr. 3: Künstliche Intelligenz fördern**

---

<sup>8</sup> NZZ, 11. April 2025, Trump gibt nach im Handelsstreit.

<sup>9</sup> FAS, 19. Januar 2025, Streit um die Schatzinsel.

*KI ist die zentrale Schlüsseltechnologie für Gegenwart und Zukunft, ist wirtschaftlich und militärisch von geostrategischer Bedeutung. Für Trump hat KI absolute Priorität. In den nächsten vier Jahren sollen 500 Milliarden Dollar privates Geld in den Bau von Rechenzentren in den USA investiert werden, die die führende Stellung der USA vor China und Europa zementieren soll.*

*Militärisch wird KI beispielsweise benötigt zur Steuerung von Drohnenschwärmen und zur Früherkennung und Abwehr von Luftangriffen. Das weltumspannende US-Vorhaben der Multi-Domain-Operations stützt sich auf KI-Anwendungen. Trumps Plan, in den USA ein mehrschichtiges umfassendes Raketenabwehrsystem (»Golden Dome«) unter Verwendung von Weltraumwaffen entwickeln und bauen zu lassen, ist ohne KI nicht denkbar.<sup>10</sup>*

*An diese Stelle des Vortrags passt der Hinweis auf Trumps Vorschlag an Russland und China, gemeinsam die Militärausgaben zu halbieren und das Atomwaffenarsenal unter Einbezug Chinas zu verkleinern, dabei aber das US-Raketenabwehrsystem unangetastet zu lassen. Das würde die USA bevorteilen, denn ihr Abwehrsystem hätte es dann nur mit einer halbierten Gegnerschaft zu tun.*

### **Die USA fokussieren China**

*Die USA modernisieren ihre Atomwaffen und Trägersysteme. Kostenschätzungen für 30 Jahre steigen von bisher 1.200 auf neuerdings 1.700 Milliarden Dollar.<sup>11</sup> Trump kündigte an, den Pentagonhaushalt erstmals auf über eine Billion Dollar ansteigen zu lassen. Die USA bauen Militärbündnisse mit indo-pazifischen Anrainern aus: bilateral mit Japan, Süd-Korea, den Philippinen, multilateral mit Australien und Großbritannien. Sie verstärken ihre Militärstützpunkte in Japan, Hawaii und auf pazifischen Inseln in der Nähe Chinas. Die NATO stärkt auf Geheiß der USA ihre Zusammenarbeit vor allem mit Japan, aber auch mit Süd-Korea, Australien und Neuseeland.<sup>12</sup> US-Waffenlieferungen in die Region nehmen zu. Taiwan*

---

<sup>10</sup> FAZ, 29. Januar 2025, Amerikas Iron Dome.

<sup>11</sup> Imi online, 11. Oktober 2024, US-Atomwaffen: Kosten, und NZZ, 9. April 2025, Die USA investieren wieder in ihre Atomwaffen.

<sup>12</sup> FAZ, 10. April 2025.

wird die militärische Unterstützung im Falle eines Angriffs aus China zugesagt. Die US-Kriegsflotte soll bis 2054 von jetzt 295 Kampfschiffe auf 381 anwachsen.<sup>13</sup> China befürchtet eine Seeblockade.

Die FAZ zitiert US-Verteidigungsminister Pete Hegseth nach dessen NATO-Besuch in Brüssel Mitte Februar: Wir »stehen [...] mit den kommunistischen Chinesen einem gleichwertigen Konkurrenten gegenüber, der in der Lage ist und die Absicht hat, unser Heimatland und unsere zentralen Interessen im Indopazifik zu bedrohen. Die USA räumen der Kriegsabschreckung gegen China im Pazifik Priorität ein.«<sup>14</sup> Die Washington Post machte später Interna aus dem Pentagon publik. Hegseth habe eine »strategische Weisung« erteilt. Und die hat es in sich: »Demnach soll die gesamte Streitkräfteplanung auf einen Krieg mit China ausgerichtet werden.«<sup>15</sup> (...)

### **Deutsches Aufrüstungsprogramm konkret**

Kommen wir nun konkret zum laufenden deutschen Aufrüstungsprogramm, mit dem das Ziel verfolgt wird, mittels 100 Milliarden Euro Sondervermögen alle Truppenteile, den Cyberraum und auch den Weltraum »kriegstüchtig« zu machen. Und werfen wir einen Blick in die Zukunft auf darüberhinausgehende Aufrüstungsprojekte, für die unbegrenzt Kredite aufgenommen werden sollen. Laut Spiegel »schätzen Militärs die Kosten auf knapp 300 Milliarden Euro bis zum Ende des Jahrzehnts.«<sup>16</sup> Das hieße pro Jahr 60 Milliarden mehr. Andere im Ministerium behaupten: »Allein zum Auffüllen der Lücken würden bis 2035 jedes Jahr um die 120 Milliarden Euro benötigt.«<sup>17</sup>

---

<sup>13</sup> Europäische Sicherheit & Technik, 04/25, S. 27.

<sup>14</sup> FAZ, 22. Februar 2025, Mit Russland gegen China?

<sup>15</sup> FAZ, 3. April 2025, Das Unmögliche möglich machen.

<sup>16</sup> Der Spiegel, Nr. 13, 22. März 2025, Szenario »hochintensiver Landkrieg« S. 38 bis 40, S. 40.

<sup>17</sup> Der Spiegel, Nr. 14, 29. März 2025, Frieden schaffen – mit Waffen?, S. 8 bis 13, hier S. 11.

*Wir sehen: Der Überbietungswettbewerb ist in vollem Gang. Stets vor Augen: Das von Scholz vor knapp drei Jahren angekündigte Ziel, die Bundeswehr zur stärksten Armee Europas zu machen.<sup>18</sup>*

*Ein gewichtiger Posten in den 100 Milliarden Sonderschulden ist der Kauf neuer Munition für 20 Mrd. Euro. 12 bis 14 Milliarden davon kauft Rheinmetall, verteilt über 10 Jahre.<sup>19</sup>*

### **Das Heer**

*Das Heer erhält neue Schützenpanzer PUMA, Radpanzer BOXER, Radhaubitzen, 123 Kampfpanzer LEO 2 A8, Transportpanzer und Lenkraketen für Patriot und Flugabwehrsysteme Iris-T SLM. Diese Bestellungen summieren sich auf 22 Milliarden Euro.*

*Aber das sind kleine Fische gegenüber dem Kampfpanzer-Projekt Main Ground Combat System (MGCS), das mit den neu beschlossenen Milliarden finanziert werden soll. Grünes Licht dafür gab es Anfang des Monats. Dieses Vorhaben beruht auf einer geradezu epochalen Regierungsvereinbarung von Merkel und Macron im Jahr 2017. Die neue Kampfpanzer-Generation MGCS soll die Leopard 2 und Leclerc-Panzer ablösen und Mitte der 40er Jahre ausgeliefert werden. Ziel ist es, »ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen.«<sup>20</sup> Das MGCS soll eine »rollende Gefechtszentrale für weitere autonom gesteuerte Fahrzeuge sein.«<sup>21</sup> Von »Drohnenbegleitung« ist die Rede.<sup>22</sup> Mit MGCS als »Game-Changer« soll jede Panzerschlacht gewonnen werden.<sup>23</sup> Es ist ein deutsch-französisches Projekt, aus dem die USA und ihre*

---

<sup>18</sup> *Der Spiegel*, 31. Mai 2022, [www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-deutschland-hat-bald-groesste-konventionelle-nato-armee-in-europa-a-ab463e8f-2603-4ecd-b2be-8930d7d5fcd1](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/olaf-scholz-deutschland-hat-bald-groesste-konventionelle-nato-armee-in-europa-a-ab463e8f-2603-4ecd-b2be-8930d7d5fcd1)

<sup>19</sup> *FAZ*, 15. März 2024, Rheinmetall auf Rekordjagd.

<sup>20</sup> Björn Müller, Streitkräfte und Strategien, *NDR Info*, 2. November 2019.

<sup>21</sup> *FAZ*, 12.07.2023, Berlin und Paris treiben Entwicklung eines Kampfpanzers voran.

<sup>22</sup> So Rheinmetall-Chef Papperger in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, 20. August 2023.

<sup>23</sup> Björn Müller, Die Hürden für Europas gemeinsamen Kampfpanzer, 31.10.2019, [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ruesten-fuer-europa-huerden-fuer-den-gemeinsamen-kampfpanzer-16439321-p2.html)

Firmen herausgehalten werden. An weltweite Umsätze von rund 100 Mrd. Euro wird gedacht.<sup>24</sup> Deutschland hat beim MGCS-Projekt die Führung inne.

»Die Bundeswehr wird Hunderte bewaffnete Drohnen anschaffen und sich Produktionskapazitäten für Tausende solcher Fluggeräte sichern.«<sup>25</sup> Die Münchner KI-Firma Helsing liefert die Kamikaze-Drohnen, die im Anflug auf das Ziel nicht mehr gestört werden können, weil sie KI-gesteuert ohne GPS-Signale fliegen. Sie finden und zerstören autonom Artilleriesysteme, Panzer und anderes militärisches Gerät. Die HX-2 haben eine Reichweite von 100 km und stürzen sich mit 5 kg Sprengstoff ins Ziel. Interessierte Kreise empfehlen einen weiträumigen so genannten Drohnen-Wall an der Ostgrenze der NATO zu errichten. »Mehrere Zehntausend Kampfdrohnen«<sup>26</sup> seien dafür nötig. Der Helsing-Chef sagt; »dieser Drohnenwall ließe sich innerhalb eines Jahres errichten.«<sup>27</sup> Die Betreiber werten ihn als intelligente Sperre. Er könne Minensperren ersetzen. Weshalb? »Feindliche Kräfte würden bekämpft, aber eigene Truppen durchgelassen.« Das bedeutet doch, dass Drohnen Teil einer Angriffsstrategie sein können und als solche von Russland begriffen und bekämpft werden.

### **Verdreifachung der Marine**

Die deutsche Marine ist schon jetzt die größte aller NATO-Anrainer der Ostsee. Die NATO-Überlegenheit dort gegenüber der russischen Marine ist groß. Bei hochseegängigen Kriegsschiffen 18 zu 8 und bei U-Booten 11 zu 1.<sup>28</sup>

---

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> FAZ, 09.04.25, Endlich bewaffnete Drohnen.

<sup>26</sup> Jeannette zu Fürstenberg, Moritz Schularick, René Obermann, Tom Enders: Abhängigkeit oder Selbstbehauptung: Deutschlands und Europas Rolle im 21. Jahrhundert entscheidet sich. Dgap.org.

<sup>27</sup> Handelsblatt, 22.03.25, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestung-helsing-chef-haelt-drohnenwall-binnen-eines-jahres-fuer-moeglich/100115731.html>

<sup>28</sup> International Institute for Strategic Studies (IISS), London, The Military Balance 2025.

Bei Küstenpatrouillenbooten ist das Verhältnis 239 zu 36, bei Minenschiffen 63 zu 12 zugunsten der NATO.

*Deutschland plant eine gewaltige Aufrüstung zur See. Die Zahl der Überwasserkampfschiffe soll verdreifacht werden<sup>29</sup> und die der U-Boote auf bis zum Zweieinhalbfachen anwachsen.<sup>30</sup> Auch das lässt sich nicht aus den 100 Milliarden Sonderschulden berappen, sondern dazu dienen die neuen Sonderkredite.*

### ***Gigantische Luftwaffe***

*Der größte Brocken aus den 100 Milliarden Sonderschulden soll an die Luftwaffe gehen. Die Hälfte der Luftwaffe soll bis 2030 erneuert werden.*

---

FAZ, 11.10.2024, NATO-Kommando in Rostock, Die deutsche Marine erfährt mit der Indienststellung des taktischen Hauptquartiers der NATO in Rostock eine herausgehobene Stellung innerhalb der NATO. Das Kommando der CTF Baltic ist in deutscher Hand. Zugeordnet sind dem NATO-Kommando in Friedenszeiten 60 multinationale Dienstposten mit Offizieren aus allen acht anderen NATO-Ostseeanrainern sowie Großbritannien, Frankreich und Italien. Deutschland stellt 120 Offiziere.

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Kurzinformation, Die Stationierung von US-amerikanischen weitreichenden Waffensystemen in Deutschland, 4 Seiten, S. 4, Fußnote 19. Im Krisen- und Kriegsfall kann die Zahl der Dienstposten auf 240 aufgestockt werden. Da laut Aufenthaltsvertrag von 1954 und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 ausländische Streitkräfte nicht auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert werden dürfen, ist dieses NATO-Hauptquartier völkerrechtswidrig. [www.bundestag.de/resource/blob/1014640/07c7b25fe08f0145d5e3ba265ba938dc/W D-2-047-24-pdf.pdf](http://www.bundestag.de/resource/blob/1014640/07c7b25fe08f0145d5e3ba265ba938dc/W D-2-047-24-pdf.pdf)

29 FAZ, 29. März 2023, »Wir vertrauen drauf, dass die zwei Prozent kommen«, *ESuT* April 2023, Neues Zielbild für die Zeit ab 2035 gibt Einblick in die zukünftige Flottenstruktur, S. 33 bis 36. Eine Auswertung der aktuellen Planung »Marine 2035 +« ergibt eine Steigerung der Zahl der Überwasserkampfschiffe auf das Dreifache: von 14 auf 42.

<sup>30</sup> Von sechs U-Booten auf bis zu 15. Ein Überblick über die deutsche Marinerüstung: Lühr Henken, Volle Kraft voraus auf fremde Küsten, September 2021, 5 Seiten, [www.imi-online.de/download/LH-Marineruestung.pdf](http://www.imi-online.de/download/LH-Marineruestung.pdf).

NZZ, 16. Januar 2023, Warum Deutschlands Armee nicht einsatzfähig ist. Der NATO hat die Bundeswehr bis Ende 2031 zugesagt, »mindestens 15 Kriegsschiffe, also Fregatten, Korvetten und U-Boote gleichzeitig zum Kampf über und unter Wasser bereitzustellen.«

*Neue schwere Transporthubschrauber<sup>31</sup> und ein neues Luftverteidigungssystem ESSI<sup>32</sup> werden angeschafft.*

*Zur Aufrechterhaltung der so genannten Nuklearen Teilhabe wurden 35 US-Atombomber des Typs F-35 bestellt, die ab 2027 ausgeliefert werden und 2029 die erste Einsatzfähigkeit erreichen sollen.<sup>33</sup> Mit 11 Milliarden sind diese Tarnkappenbomber bisher der größte Einzelposten der Luftwaffe.<sup>34</sup> Erwogen wird, weitere acht F-35 zu kaufen.<sup>35</sup> Wenig beachtet wurde bisher, dass die Bundesregierung für die F-35 auch 75 Marschflugkörper<sup>36</sup> mit einer Reichweite von 1.000 km<sup>37</sup> in den USA bestellt hat. Sie können – von NATO-Gebiet aus abgesetzt – Moskau erreichen.*

*Die in Büchel gelagerten atomaren 15 US-Freifallbomben<sup>38</sup> sollen schon ab diesem Jahr durch wesentlich präziser steuerbare Nachfolgemodelle des Typs B61-12 ersetzt werden. Zudem – und das ist von ganz besonderer Bedeutung – können sie, im Gegensatz zu den bisherigen Modellen, »mehrere Meter in das Erdreich eindringen und somit [...] gezielt gegen tiefliegende Bunker eingesetzt werden.«<sup>39</sup> 15 Eurofighter werden als Begleitflugzeuge für die US-*

---

<sup>31</sup> IMI, 29. Juni 2023, Sondervermögen: Verspätete Hubschrauber. 60 Chinook von Boeing. Sie fliegen nonstop 1.000 km weit und sollen zwischen 2027 und 2033 ausgeliefert werden. Kosten mindestens 7,8 Mrd. Euro.

<sup>32</sup> Sven Arnold/Torben Arnold, Deutschlands schwache Führungsrolle bei der europäischen Luftverteidigung, *SWP-Aktuell*, Nr. Januar 2023. 8 Seiten, Seite 8.

<sup>33</sup> *ESuT* 12/23, S. 58: ausgeliefert bis 2031.

<sup>34</sup> *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10. März 2024, Unser teurer Fliegerhorst.

<sup>35</sup> *imi-online.de*, 7. Juni 2024, Mehr F35? [www.imi-online.de/2024/06/07/mehr-f35/](http://www.imi-online.de/2024/06/07/mehr-f35/). Griephan-Brief 13/22, in Jürgen Wagner, Kriegskredite und Rüstungslisten, 6. Juni 2022, [www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten/](http://www.imi-online.de/2022/06/06/kriegskredite-und-ruestungslisten/)

<sup>36</sup> Defense Security Cooperation Agency (DSCA), Washington DC, Press Release, 28.07.2022, [www.dsca.mil/press-media/major-arms-sales/germany-f-35-aircraft-and-munitions](http://www.dsca.mil/press-media/major-arms-sales/germany-f-35-aircraft-and-munitions)

<sup>37</sup> Björn Müller, Die erste Schlacht gewinnen, 08.04.2024, [www.reservistenverband.de/magazin-loyal/long-range-fire/](http://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/long-range-fire/). Dabei handelt es sich um den Typ AGM-158B/B2 JASSM. [de.wikipedia.org/wiki/AGM-158\\_JASSM](https://de.wikipedia.org/wiki/AGM-158_JASSM)

<sup>38</sup> [fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18\\_removed-from-fact-sheet/](https://fas.org/blogs/security/2021/12/fa-18_removed-from-fact-sheet/). Die alten Atombombentypen sind B61-3 und B61-4.

<sup>39</sup> [de.wikipedia.org/wiki/B61\\_\(Kernwaffe\)](https://de.wikipedia.org/wiki/B61_(Kernwaffe))

*Atombomber zur Unterdrückung der russischen Flugabwehr angeschafft. Sie werden ab 2029 erwartet.*

*In der neuen deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Juni 2023 wird gefordert, abstandsfähige Präzisionswaffen herzustellen.<sup>40</sup> Man will damit weit im Hinterland Russlands angreifen können. Die Verteidigungsminister Deutschlands und fünf weiterer Länder Europas<sup>41</sup> unterzeichneten schon eine Absichtserklärung, einen vom Boden startbaren Marschflugkörper entwickeln zu wollen, der mindestens 2.000 km Reichweite haben soll.<sup>42</sup> Mit diesem Deep Precision Strike System seien Angriffe bis tief ins russische Hinterland möglich. Von 600 TAURUS-Marschflugkörpern sind derzeit 300 einsatzbereit. Aufträge wurden erteilt, alle 600 zu modernisieren und einsatzbereit zu machen. Darüber hinaus hat Deutschland der NATO zugesagt, »mehr als 1.000 TAURUS-Marschflugkörper vorzuhalten.«<sup>43</sup>*

*21 Eurodrohnen werden ab 2030 in Jagel stationiert. Sie werden 4,8 Milliarden Euro kosten.<sup>44</sup> Die Eurodrohnen sind sowohl Spionage- als auch Kampfdrohnen und werden in Bundeswehrkreisen als »europäische Superdrohne« und als ein »echter Gamechanger« für die Luftwaffe gepriesen.<sup>45</sup> Sie sind als Bestandteil des deutsch-französischen Jahrhundertprojekts FCAS vorgesehen.*

*Die Entwicklung des Kampfflugzeugsystems der Zukunft FCAS, »Future Combat Air System«, ist in Gang. Spanien kam inzwischen hinzu. In den Jahren 2040 bis 2080 soll dieses KI-unterstützte Luftwaffensystem mit Kampfflugzeugen und Kampfdrohnen im Verbund mit Heeres- und Marineverbänden für weltweite Luftüberlegenheit sorgen. Weil für FCAS nur*

---

<sup>40</sup> Bundesregierung, Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023, 76 Seiten, S. 34, [www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf](http://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf)

<sup>41</sup> Frankreichs, Italiens, Polens, Großbritanniens und Schwedens.

<sup>42</sup> Spiegel online, 12.07.24, [www.spiegel.de/ausland/deutschland-frankreich-italien-und-polen-wollen-marschflugkoerper-entwickeln-a-f9a2a007-d106-41f4-b920-b37b8cf4259b](http://www.spiegel.de/ausland/deutschland-frankreich-italien-und-polen-wollen-marschflugkoerper-entwickeln-a-f9a2a007-d106-41f4-b920-b37b8cf4259b)

<sup>43</sup> Tagesschau.de, 12.04.2024, [www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-aurus-modernisierung-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bundeswehr-aurus-modernisierung-100.html)

<sup>44</sup> FAZ, 16.05.2024, Luftwaffe bekommt bewaffnungsfähige Drohne.

<sup>45</sup> Oberstleutnant Jens Büttner, Angehöriger des Kommando Luftwaffe, ESuT August 2022, S. 57.

*europäische Bauteile verwendet werden, ist es ein rein europäisches Projekt unter deutsch-französischer Führung. Der erste Schritt zu einer eigenständigen Militärmacht EU. FCAS wird einzigartig teuer. Greenpeace<sup>46</sup> errechnete die Gesamtkosten auf astronomische 1.100 bis 2.000 Milliarden Euro. Noch kann man aussteigen: Geschieht es bis Ende des Jahrzehnts, hätte Deutschland nur 5 Milliarden in den Sand gesetzt.*

*Die EU will sich mittels der Großprojekte eine militärische »Strategische Autonomie« – also Unabhängigkeit von den USA – verschaffen, die insbesondere Frankreich für sich anstrebt.*

*»Strategische Autonomie« ist als Ziel der EU seit 2016 zunächst in ihrer Globalstrategie festgelegt und in ihrem im März 2022 verabschiedeten »Strategischen Kompass«<sup>47</sup> operationalisiert worden. Mittels »Strategischer Autonomie« solle die EU »ihre geopolitische Stellung ausbauen« heißt es darin. Im »Strategischen Kompass« wird ganz konkret die Förderung der Entwicklung von FCAS und MGCS als »strategische Fähigkeit« angestrebt.*

*Im neuen Koalitionsvertrag heißt es im Bereich Europa: »Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Handlungsfähigkeit und strategische Souveränität der EU zu stärken.«<sup>48</sup> Und an anderer Stelle: »Bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) übernehmen wir eine Führungsrolle.«<sup>49</sup> »Wir setzen uns für eine Europäische Verteidigungsunion zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO ein.«<sup>50</sup> Es wird hier die NATO betont, aber der Charakter der auf militärische Autonomie zielenden Großprojekte der Bevölkerung verschwiegen.“ (...)*

---

<sup>46</sup> Greenpeace, Flug ins Ungewisse. Die teure Odyssee des Future Combat Air Systems, Dezember 2023, 29 Seiten, [www.greenpeace.de/publikationen/Studie\\_FCAS\\_Kosten\\_Ruestung.pdf](http://www.greenpeace.de/publikationen/Studie_FCAS_Kosten_Ruestung.pdf)

<sup>47</sup> Vgl. Jürgen Wagner, Ein Strategischer Kompass – Für Europas Rückkehr zur Machtpolitik, Brüssel 8. Juni 2022, 42 Seiten, [www.rosalux.eu/de/article/2135.ein-strategischer-kompass.html](http://www.rosalux.eu/de/article/2135.ein-strategischer-kompass.html)

<sup>48</sup> Koalitionsvertrag 2025, 144 Seiten, S. 135, Zeile 4303, [www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag\\_2025.pdf](http://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag_2025.pdf)

<sup>49</sup> A.a.O. S. 126, Zeile 4010 f.

<sup>50</sup> A.a.O. S. 137, Zeile 4398 f.

Israel plant derweil, den Gaza-Streifen zu entvölkern (Warum? Siehe unseren Artikel zu Palästina), die USA wollen sich Kanada, Grönland und den Panamakanal einverleiben, während Indien und Pakistan miteinander im Krieg stehen.<sup>51</sup>

Und damit haben wir die vielen kleinen Schauplätze imperialistischer Auseinandersetzungen noch gar nicht erwähnt.

So weit eine kurze, selbstverständlich unvollständige Skizze der aktuellen Weltlage.

Nun zu diesem Heft.

Wir beginnen mit einer Erinnerung an den dialektischen und historischen Materialismus, wie er von Marx und Engels dargelegt wurde und weisen darauf hin, dass eine reale Erkenntnis der Verhältnisse der Welt nur mit diesen Werkzeugen möglich ist. Moralisierende oder von Vorurteilen geprägte Anschauungen müssen zwangsläufig zu falschen Schlussfolgerungen führen und davor warnen wir. Zu diesem Zweck haben wir die beiden Arbeiten des Genossen Heinz Ahlreip „Fundamente des Marxismus-Leninismus“ und „Ohne Studium des Marxismus-Leninismus und ohne Handeln ihm gemäß geht die Menschheit zugrunde – oder: Der Durchbruch zum historischen Materialismus“ in dieses Heft aufgenommen.

Darauf folgen Wochenberichte für die Zeit vom 24. Februar bis zum 24. April dieses Jahres. Und danach geht es in zwei Arbeiten um den deutschen Imperialismus, erst werfen wir einen Blick auf die Weimarer Republik und danach bringen wir eine Arbeit über den deutschen Militarismus. Und der US-Imperialismus, besonders seine aktuelle Verfasstheit, muss selbstverständlich auch genauer betrachtet werden.

---

<sup>51</sup> Zum aktuellen Krieg zwischen Indien und Pakistan gibt es ein informatives Video: <https://youtu.be/a0z0vxmTThQ?si=u-2eFEQXpYJUa8as>

Die ökonomischen Details kommen leider erst gegen Ende des Videos, sind dafür allerdings sehr einleuchtend: Konkurrenzkampf zwischen der Handelsroute der USA und der "Neuen Seidenstraße" Chinas, welcher auf die Konkurrenz zwischen der indischen und pakistanischen Bourgeoisie überschlägt. Zum Schluss wird noch auf die Gesetzmäßigkeit des kommenden III. Weltkrieges hingewiesen, der zwischen den imperialistischen Großmächten USA und China ausgetragen werden wird.

Den Abschluss des Heftes bildet eine ausführliche Arbeit über Palästina, über die dortige Ökonomie und über die daraus resultierende Politik. Wir versuchen, Schlussfolgerungen für die kommunistische Bewegung daraus abzuleiten.

Und zum Schluss dieser Redaktionsnotiz wie immer der Hinweis: Zeitungsmachen kostet Geld. Bitte vergesst unser Spendenkonto nicht.

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

<h2>Die dialektisch-materialistische Weltanschauung</h2>
--

***Heinz Ahlreip: Ohne Studium des Marxismus-Leninismus und ohne Handeln ihm gemäß geht die Menschheit zugrunde.***

**Oder: Der Durchbruch zum historischen Materialismus**

Als sich am 26. Dezember 1991 die von Lenin am 30. Dezember 1922 gegründete Sowjetunion auflöste, galt der inhaltliche Gehalt obiger Überschrift als verpönt, verjährt, minderwertig und abwegig. Das war schon damals unangebracht, denn die Erforschung der Zerfallsursachen kann genuin nur stattfinden als Heimrecht eines marxistisch-leninistischen Ansatzes mit der Wertform der Ware als ökonomische Zellenform der bürgerlichen Gesellschaft. Je intensiver die Warenproduktion, desto mehr herrscht das Produkt über den Produzenten als sein Spielball. 36 Jahre später sieht die Sache politisch anders aus. Ohne vorheriges Studium des Marxismus-Leninismus ist zum Beispiel der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht aus

bloßer Faktenakkumulation und diffusem Gerede der damaligen politischen Augenblicksgötzen heraus nachvollziehend zu verstehen.

Die Marxisten-Leninisten sind nach dem Aufgang der Oktobersonne 1917 im 20. Jahrhundert politisch nicht verwöhnt worden: Die Sowjetunion, die DDR, die RAF, China als Eldorado für Millionäre mit auf das Manifest von Marx und Engels zurückgehenden Parteibüchern in der Tasche eines hyperteuren Anzugs von Dior im Wert von 10 000 Mao-Anzügen, grässlicher geht's nimmer mehr. Wir stünden historisch erbärmlich dar, hätte nicht die unter Stalins Kommando stehende Rote Armee die Welt Ende April 1945 vor dem Faschismus gerettet, hätte nicht am 31. August 1935 Alexej Stachanow einen Weltrekord im Kohleabbau errungen, wäre nicht Gagarin am 12. April 1961 als erster Mensch im Weltraum gewesen, 2 Jahre später folgte ihm Walentina Tereschkowa als bisher einzige Alleinfliegerin.

U. a. drei technische Voraussetzungen sind für eine kommunistische Gesellschaft erforderlich: Sie muss in der Lage sein, die Produktion, die Produktionsmittel und die Produktivkräfte ins Unendliche zu vermehren. Die Produktion war für die idealistischen Historiker bisher nicht das Ausschlaggebende, das Ausschlaggebende waren für sie die Ideen, die die Weltläufe angeblich dirigierten. Ein Durchblick zum historischen Materialismus war so ausgeschlossen. Marx war der erste, der die Geschichte bahnbrechend auf ihre wirkliche materielle Grundlage stellte, nicht der bürgerliche Staat bedingt die bürgerliche Gesellschaft, es verhält sich genau umgekehrt. Diese Erkenntnis erforderte einen tiefen Einschnitt industrieller Provenienz in den agrarwirtschaftlichen Kreislauf des Jahres, dessen ständige Jahreszeitenwiederholung als monotone ständige Wiederkehr des Gleichen im Idiotismus des Landlebens auf ein im Hintergrund des Weltgeschehens tätiges göttliches Räderwerk schließen ließ, das harte Arbeit für die Völker anordnete und Regierungsspezialisten zur Leitung der Produktionsprozesse berief.

Diese arbeitsteilige Klassenspaltung wird heute durch Höherentwicklung der Produktivkräfte mehr und mehr obsolet, die gigantischer werdenden Kräfte können nur noch von den Produzenten selbst, nicht länger von den Nicht-Produzenten gelenkt werden. Die traditionsreiche Elite wird sich als ein Hindernis der Weiterentwicklung der Produktivkräfte erweisen. Heute mehr denn je angesichts des globalen Krisenpotpourris. Die Gründung einer neuen Gesellschaft auf kollektiver Grundlage ist zwingend geboten, will die

Menschheit nicht zugrunde gehen. Nichts liegt näher auf der Hand, dass nur noch die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums selbst die ganze Produktionsgesellschaft in den Kommunismus führen werden können.

Dialektische Bewegung birgt in sich, dass Kleines und Unscheinbares groß und derzeit noch groß und strahlend Erscheinendes wie der bereits innerlich ausgehöhlte Imperialismus eingeht, und zwar geschieht dies in der höchsten Blüte, in dieser und nur in dieser kann der Abstieg beginnen. Das fasst in sich eine generelle dialektische Umwendungsfigur. Die Befreiung des Proletariats, das als assoziierts keines mehr ist, beinhaltet zugleich eine Befreiung von allen Klassen. Klassen basieren auf Spaltungen, die auf zersplitterte Eigentumshomogenität gründen.

Im Kommunismus finden sich auch Motive der bürgerlichen Aufklärung wieder, selbstredend nicht in reiner Form. Sie hing der Idee einer natürlich nicht kommunistisch konzipierten Vervollkommnung der menschlichen Gattung an, die durch das verheerende Erdbeben von Lissabon am 1. November 1755 einer immensen Erschütterung ausgesetzt war. Sie vertrat, insbesondere durch die französischen Materialisten, insbesondere durch den in Paris lebenden und dort 1789 23 Tage vor dem Sturm auf die Bastille gestorbenen deutschen Baron Holbach, einen konsequenten Atheismus. Der Ansatz des Barons fasst sich wie folgt zusammen: 'Die metaphysischen Begriffe sind relativ auf den Stand der Naturbeherrschung'. Es liegt sofort eine Affinität zur Naturwissenschaft vor, und nur zu ihr. Je mehr die Menschen sich die Natur untertan gemacht haben, desto irreligiöser werden sie. Die Welt ist aus sich selbst zu erklären. Die Beziehung der Religion zur Gesellschaftswissenschaft, zur Politik bleibt indessen abstinent. Holbach hat sich als mechanischer Materialist nur halbseitig mit der Religion auseinandersetzen können. In den Naturwissenschaften ist er ein radikaler Atheist, in der Politik ein aufgeklärter Monarchist. Religion, noch für Francis Bacon im Rahmen des Feudalismus das wichtigste Band der menschlichen Gesellschaft, bevor sie im Kapitalismus vom Geld abgelöst wird, und Idealismus haben hier eine Wüste hinterlassen, von einer Gesetzmäßigkeit weit und breit keine Spur, recht dürftig bringt Holbach hervor, nur ein von einem Aufklärer unterrichteter einzelne Monarch könne die Gesellschaft positiv verändern. Die Volksmassen spielen für den Baron keine Rolle, ebenso wenig der Klassenkampf.

Vor Marx hatten schon bürgerliche Historiker der französischen Restaurationsperiode sehr behutsam, fast scheu Ansätze einer Klassenkampftheorie entwickelt, seit dem Mittelalter gäbe es den Kampf zwischen zwei Klassen: Bourgeoisie und Feudaladel. Die Besitzlosen fügte Saint-Simon 1802 in seinen Genfer Briefen hinzu. Marx totalisierte das alles, zerbrach alle Einschränkungen und erklärte die schriftlich überlieferte Weltgeschichte als eine von Klassenkämpfen, er tat dies ganz markant zusammen mit Engels 1847 im Manifest.

Der Grundmangel des französisch-mechanischen Materialismus bestand darin, dass er in den Gesellschaftswissenschaften vor einer Sackgassenmauer stand. Der Mensch werde durch fortschrittliche Ideen nach vorne gebracht, der Durchbruch zu einem historischen Materialismus war ihm so verwehrt. Dieser gelang Karl Marx, als er seine materialistische Dialektik auf die Geschichte und auf die Gesellschaft ausdehnte und Ideen für den geschichtlichen Verlauf zwar nicht als unwichtig aber untergeordnet, wenn auch nicht ohne Einfluss auf den geschichtlichen Prozess ausdeutet.

Elementar war besonders gegen Hegel, aber nicht nur gegen ihn allein, die Erdung des bürgerlichen Staates an die bürgerliche Gesellschaft. Das Bedingungsverhältnis wurde umgedreht, die bürgerliche Gesellschaft bringt ihren Staat hervor, Staat, Politik, Religion, Philosophie als von der ökonomischen Basis Abgeleitetes.

Die bürgerliche Aufklärung erklärte die Religion auf subjektiv geistiger Ebene: Schwindelpriester hätten sie erfunden, der Marxismus-Leninismus erklärt die Religion aus dem alltäglichen Fabrikterror, aus der Schinderei in der Arbeitswelt, aus einem objektiv-materialistischen Milieu. Wir hatten gesehen: Idealismus bzw. Geschichtsphilosophie in der Geschichtswissenschaft, fehlerhafte Religionsbegründung (Priestertrugstheorie), selbst noch als Schlüssel zur Problemlösung angeboten, Verkennung der Ökonomie als Schlüsseldisziplin, unwissenschaftliche Fassung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat, irres Gerede von einer Religionswissenschaft, statt den Atheismus in den Bereich der Wissenschaften zu holen, und zwar nicht als subjektiv-beliebige Weltanschauung, die imperialistische Ökonomie pfeift auf dem letzten Loch und dito die bürgerliche Wissenschaft. *Ohne Studium des Marxismus-*

*Leninismus und ohne Handeln ihm gemäß geht die Menschheit zugrunde, und zwar im Elend.*

## Wochenberichte

### **Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Wochenberichte vom 24. Februar 2025 bis 24. April 2025**

Zeitraum vom 24.02.25 – 6.3.2025

#### UNO

(AFP) Der UN-Sicherheitsrat hat für eine moskaufreundliche Ukraine-Resolution der US-Regierung von Präsident Donald Trump gestimmt. Damit fällt das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen erstmals einen gemeinsamen Beschluss zu dem Krieg. Im Rat erhielt der Text, der Russland nicht als Aggressor benennt, 10 Stimmen der 15 Ratsmitglieder und damit die erforderliche Mehrheit.

Im Streit um den künftigen Ukraine-Kurs stimmten die USA unter anderem zusammen mit Russland und China. Demgegenüber enthielten sich alle fünf europäischen Länder des Rates, Großbritannien, Frankreich, Slowenien, Dänemark und Griechenland. Briten und Franzosen haben theoretisch ein Vetorecht, dieses aber seit 1989 nicht benutzt.

#### USA

##### 01.03.25

(NZZ) Trump und Selenski liefern sich Wortgefecht im Oval Office – nun droht der endgültige Bruch zwischen Washington und Kiew.

Das Treffen zwischen Wolodimir Selenski und Donald Trump endete in einem offenen Streit. Der ukrainische Präsident reiste ab, ohne das geplante Rohstoffabkommen zu unterzeichnen.

##### 03.03.25

(New York Times/Washington Post) Die US-Regierung hat angekündigt, die US-Militärhilfe vorerst einzustellen.

Die Anordnung tritt sofort in Kraft und betrifft Waffen und Munition im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar, die sich bereits in der Lieferung befänden oder bestellt worden seien. Die Entscheidung wurde bei einem Treffen im Weißen Haus getroffen. Trump tauschte sich demnach unter anderem mit Außenminister Marco Rubio, Vizepräsident JD Vance und Verteidigungsminister Pete Hegseth aus. Der Schritt geht mit der Schaffung eines neuen EU-Aufrüstungsprogramms einher, das laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bis zu 800 Milliarden Euro für die Beschaffung von Kriegsgerät in der EU mobilisiert. In einem Papier zur Aufrüstung heißt es, Berlin müsse ein „SPARTA“ genanntes Projekt initiieren, das europaweit „das unverzügliche Aufsetzen großer Rüstungsprogramme mit Fokus auf neuen Technologien und souveräner innereuropäischer Beschaffung“ forcieren soll. Beschleunigt wird all dies durch die Konfrontationspolitik der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump.

### Großbritannien

Newsletter - „Der neue Anführer der freien Welt“ <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9890>

(Eigener Bericht) – Frankreich, Großbritannien und „ein bis zwei“ weitere NATO-Staaten Europas wollen einen Friedensplan für die Ukraine erarbeiten und eine „Koalition der Willigen“ zur Entsendung sogenannter Friedenstruppen schmieden. Dies ist das Ergebnis eines Ukraine-Sondergipfels, der am gestrigen Sonntag in London stattgefunden hat. Zuvor hatte ein Eklat zwischen den Präsidenten der USA und der Ukraine im Weißen Haus die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Europas weiter verschärft und die Forderungen nach europäischer Eigenständigkeit anschwellen lassen. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament etwa, Manfred Weber (CSU), verlangt, „Europa“ müsse sich „jetzt eigenständig bewaffnen“ und „die ersten Schritte zur europäischen Armee gehen“. Außenministerin Annalena Baerbock dringt angesichts der gegenwärtigen französisch-britischen Initiative in Sachen Ukraine-Krieg darauf, nun müsse Deutschland „Führung einnehmen“. CDU/CSU und SPD

bereiten laut Berichten derzeit neue Schuldenprogramme vor, die bis zu 900 Milliarden Euro betragen können und vor allem der Aufrüstung dienen. Zudem werden Pläne für einen europäischen Nuklearschirm geschmiedet.

## BRD

04.03-25

Zeitschrift Internationale Politik (IP)

Regierungsberater und Außenpolitikexperten von der einflussreichen Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) fordern von der nächsten Bundesregierung eine massive Aufstockung des Militärhaushalts, drastische Einschnitte bei den Sozialausgaben und eine energische Indoktrination („Mentalitätswandel“) der Bevölkerung. Die nächste Regierung müsse die deutsche Bevölkerung darauf vorbereiten, „dass Deutschland zur europäischen Führungsmacht wird, diplomatisch und militärisch“. Es gelte „die Zeitenwende in den Köpfen zu verankern“. Ein Professor der Münchner Bundeswehr-Universität schlägt die Einführung eines „Verteidigungs-Soli“ von einem bis 1,5 Prozent der Einkommensteuer vor und droht, rüste Berlin die Bundeswehr nicht ausreichend auf, werde „Deutschlands Einfluss“ in der internationalen Politik „dauerhaft sinken“.

(german-foreign-policy) Die Unionsparteien und die SPD öffnen den Weg zu einerer finanziell nicht mehr begrenzten Aufrüstung der Bundeswehr. Wie die künftigen Regierungsparteien am gestrigen Dienstag beschlossen, soll nicht nur ein 500 Milliarden Euro schweres Schuldenprogramm die Instandsetzung maroder Infrastruktur in Deutschland ermöglichen, etwa militärisch wichtige Verkehrswege nach Osten. Rüstungsausgaben, die ein Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigen, werden in Zukunft von der Schuldenbremse ausgenommen sein. Damit können beliebig hohe Aufwendungen für die Bundeswehr getätigt werden.

## Russland

24. Februar 2025, 19:24 Uhr Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, Reuters

Donald Trump kündigt "große Geschäfte" mit Russland an

Die USA und Russland diskutieren laut Trump ein Kriegsende in der Ukraine und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Mit der Ukraine will er bald ein Rohstoffabkommen schließen.

## Ukraine

28.02.25

(Welt) Die Ukraine will der Nato beitreten, doch Donald Trump erteilt den Bestrebungen eine Absage. In Istanbul treffen derweil die Atommächte Russland und USA aufeinander. Und Frankreich beginnt Gespräche mit der Ukraine über die Nutzung wertvoller Rohstoffe.

## EU

61. Münchner Sicherheitskonferenz fand vom 14. bis zum 16. Februar 2025

Die Mitglieder der US-Delegation waren die Botschafter einer verschärft erpresserischen amerikanischen Außenpolitik, welche die führende Rolle der USA unter den „Verbündeten“ deutlich machte. Dies nicht nur durch den Alleingang der US-Verhandlungen mit Russland und der Ukraine, also ohne die EU und ohne die Ukraine, nein, es wurde ein Strategiewechsel des US-Imperialismus deutlich. Die Konturen sind noch etwas unklar, aber es scheint so, als orientiere sich der US-Imperialismus auf ein Bündnis mit Russland und als gäbe er die EU als Partner auf. Hier werden noch genauere Beobachtungen und etwas Zeit nötig sein, um das Ganze klarer einschätzen zu können.

03.03.25

Die Europäische Union muss "dringend" aufrüsten und der Ukraine helfen, sich in ein "stählernes Stachelschwein" zu verwandeln, das sich als "unverdaulich für künftige Invasoren" wie Russland erweist, sagte Ursula von der Leyen zum Abschluss eines hochrangigen Gipfels in London, an dem 19 westliche Staats- und Regierungschefs teilnahmen.

"Wir müssen die Ukraine in eine Position der Stärke bringen", sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission vor Reportern, die sich vor dem Lancaster House versammelt hatten.

Das Land müsse "über die Mittel verfügen, um sich zu stärken und zu festigen" und sein "wirtschaftliches Überleben und seine militärische Widerstandsfähigkeit" kurz- und langfristig zu sichern.

Diese Mittel, so erklärte sie, sollten die fortgesetzte finanzielle und militärische Unterstützung durch Verbündete und "umfassende" Sicherheitsgarantien zur Absicherung eines möglichen Friedensabkommens mit Russland umfassen. Von der Leyen nannte keine Einzelheiten zu den Sicherheitsgarantien.

### EU Sondergipfel

Angesichts des drastischen Kurswechsels in der Ukraine-Politik der USA lädt EU-Ratspräsident António Costa die Staats- und Regierungschef der EU zu einem außerplanmäßigen Treffen nach Brüssel. „Wir erleben einen entscheidenden Moment für die Sicherheit der Ukraine und Europas“, schrieb Costa auf der Plattform X.

Der Sondergipfel soll am 6. März stattfinden. Er wolle mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und allen 27 Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um dann bereit zu sein, Entscheidungen zu treffen.

Aus Gesprächen mit den europäischen Staats- und Regierungschefs sei klar geworden, dass die Herausforderungen – etwa die Stärkung der europäischen Verteidigung oder der Beitrag zu Frieden auf dem Kontinent – auf EU-Ebene zu bewältigen seien, schrieb der Portugiese weiter auf X.

Berlin (Reuters) - CDU-Chef Friedrich Merz hofft, dass sich Union und SPD noch vor dem EU-Sondergipfel auf ein milliardenschweres Finanzpaket einigen können.

Der britische Premierminister Keir Starmer kündigte an, sein Land werde 1,6 Milliarden Pfund aufwenden, um der Ukraine 5.000 Raketen zur Luftverteidigung zu liefern.

Laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen bis zu 800 Milliarden Euro für die Beschaffung von Kriegsgerät in der EU mobilisiert werden. In einem Papier zur Aufrüstung heißt es, Berlin müsse ein „SPARTA“ genanntes Projekt initiieren, das europaweit „das unverzügliche

Aufsetzen großer Rüstungsprogramme mit Fokus auf neuen Technologien und souveräner innereuropäischer Beschaffung“ forcieren soll.

### 06.03.

Ergebnisse des EU Sondergipfels vom 06.03.25

- Bereitstellung bis zu 150 Milliarden Euro an Krediten für Verteidigungsinvestitionen und Ausnahmen in den EU-Schuldenregeln für Verteidigung. Die EU selbst wird also 150 Milliarden Euro für günstige Kredite bereitstellen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen sollen, in großen Mengen Waffen zu beschaffen. Weitere Schulden in Höhe von insgesamt 650 Milliarden Euro müssen von den Mitgliedstaaten selbst aufgenommen werden.
- Bei der weiteren Unterstützung der Ukraine gab es dagegen keine Einigung, weil der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban ausscherte.
- Unabhängig davon hat eine Diskussion über eine Ausweitung des französischen Nuklearschirms auf ganz Europa begonnen wird diskutiert.
- Polens Ministerpräsident Donald Tusk fordert ein „Wettrüsten“ mit Russland, das die EU „gewinnen“ müsse.
- In der Abschlusserklärung aller 27 EU-Spitzen heißt es, die EU werde "ihre allgemeine Verteidigungsbereitschaft erhöhen, ihre strategischen Abhängigkeiten verringern, ihre kritischen Fähigkeitslücken schließen und die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis stärken".

### BRICS-Staaten

Das BRICS-Treffen 2024 in Kasan war ein bedeutendes internationales Ereignis, bei dem sich die führenden Schwellenländer versammeln. Russland übernahm den Vorsitz. Dieses Zusammenkommen verspricht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und globale Entwicklungen in den Fokus zu rücken.

Die BRICS-Gruppe, bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, wird ab Januar 2024 um sechs neue Mitglieder erweitert. Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate werden dem Bündnis beitreten. Argentinien verzichtete auf den Beitritt. Diese

Erweiterung dürfte die Dynamik und den Einfluss der Gruppe auf der internationalen Bühne verstärken.

Im Vorfeld des Gipfels sind verschiedene Veranstaltungen geplant. Ein Treffen der BRICS-Industrieminister war für den 16. August 2024 angesetzt. Zudem fand bereits im Juli 2024 ein Treffen der Wirtschafts- und Außenhandelsminister statt, bei dem Vorschläge zur Verbesserung der gegenseitigen Investitionen und des Technologieaustauschs diskutiert wurden.

## China

03.03.25

(FOCUS online) Donald Trumps Zölle auf chinesische Importe könnten die USA langfristig schwächen. China-Experte Berthold Kuhn erklärt, wie Peking von der US-Strategie profitiert und neue Handelswege erschließt.

Die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, die bereits erhöhten Importzölle auf chinesische Waren nochmals um zehn Prozentpunkte auf insgesamt 20 Prozent zu steigern, verdeutlicht eine wirtschaftspolitische Strategie, die langfristig mehr Risiken als Vorteile für die Vereinigten Staaten birgt. Die chinesische Reaktion kam prompt: Das Handelsministerium in Peking kündigte an, „alle notwendigen Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen.

Das bedeutet nicht nur, dass US-Produkte in China bald teurer werden, sondern auch, dass amerikanische Unternehmen, die in China produzieren oder dort große Absatzmärkte haben, mit Vergeltungsmaßnahmen rechnen müssen.

In der Vergangenheit hat China bewiesen, dass es gezielt Sektoren treffen kann, die für die US-Wirtschaft von Bedeutung sind, sei es durch Agrarzölle, Einschränkungen für amerikanische Technologieunternehmen oder den verstärkten Ausbau alternativer Lieferketten.

## **Woche vom 09. bis 15.03.25**

UNO

24.02.25

(AFP) Der UN-Sicherheitsrat hat für eine moskaufreundliche Ukraine-Resolution der US-Regierung von Präsident Donald Trump gestimmt. Damit fällte das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen erstmals einen gemeinsamen Beschluss zu dem Krieg. Im Rat erhielt der Text, der Russland nicht als Aggressor benennt, 10 Stimmen der 15 Ratsmitglieder und damit die erforderliche Mehrheit.

Im Streit um den künftigen Ukraine-Kurs stimmten die USA unter anderem zusammen mit Russland und China. Demgegenüber enthielten sich alle fünf europäischen Länder des Rates, Großbritannien, Frankreich, Slowenien, Dänemark und Griechenland. Briten und Franzosen haben theoretisch ein Vetorecht, dieses aber seit 1989 nicht benutzt.

## USA

### 12.03.25

Dschidda – In Saudi-Arabien wurde nach intensiven Verhandlungen zwischen den USA und der Ukraine ein Durchbruch im Ukrainekrieg erzielt. Die Ukraine hat grundsätzlich einer von den USA unterstützten Waffenruhe zugestimmt. Diese Entwicklung wurde international begrüßt. Insbesondere nach den angespannten Beziehungen zwischen der Ukraine und ihrem wichtigsten Verbündeten, den USA, aufgrund eines Konflikts zwischen Präsident Trump und Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus.

### 13.03.25

Koalitionsverhandlungen starten  
Alter Bundestag berät über Schuldenpaket von Schwarz-Rot

Union und SPD starten ihre Koalitionsverhandlungen. Die Streitthemen sind unter anderem Migration und das Bürgergeld. Unterdessen kommt der alte Bundestag nochmal zu einer Sondersitzung zusammen: Es geht um das milliarden schwere Schuldenpaket, mit dem Schwarz-Rot viele Vorhaben finanzieren will.

Bundestag uneins über Vorhaben Multimilliarden-Finanzpaket könnte zu Merz' erster Pleite werden

Schuldenpläne von Union und SPD Weidel hält Grundgesetzänderung durch alten Bundestag für einen "finanzpolitischen Staatsstreich"

## Großbritannien

Newsletter - „Der neue Anführer der freien Welt“

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9890>

(Eigener Bericht) – Frankreich, Großbritannien und „ein bis zwei“ weitere NATO-Staaten Europas wollen einen Friedensplan für die Ukraine erarbeiten und eine „Koalition der Willigen“ zur Entsendung sogenannter Friedenstruppen schmieden. Dies ist das Ergebnis eines Ukraine-Sondergipfels, der am gestrigen Sonntag in London stattgefunden hat. Zuvor hatte ein Eklat zwischen den Präsidenten der USA und der Ukraine im Weißen Haus die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Europas weiter verschärft und die Forderungen nach europäischer Eigenständigkeit anschwellen lassen. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament etwa, Manfred Weber (CSU), verlangt, „Europa“ müsse sich „jetzt eigenständig bewaffnen“ und „die ersten Schritte zur europäischen Armee gehen“. Außenministerin Annalena Baerbock dringt angesichts der gegenwärtigen französisch-britischen Initiative in Sachen Ukraine-Krieg darauf, nun müsse Deutschland „Führung einnehmen“. CDU/CSU und SPD bereiten laut Berichten derzeit neue Schuldenprogramme vor, die bis zu 900 Milliarden Euro betragen können und vor allem der Aufrüstung dienen. Zudem werden Pläne für einen europäischen Nuklearschirm geschmiedet.

15.03.25

Eine vom britischen Premier Keir Starmer einberufene Koalition westlicher Ukraine-Unterstützer droht Russland mit schärferen Sanktionen und mehr Militärhilfe für Kiew, wenn Moskau eine "sofortige und bedingungslose" Waffenruhe ablehnt. So nach einer Videokonferenz mit rund 25 westlichen Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), sowie den Spitzen von Nato und EU.

Der Premier kündigte an, dass die Pläne für eine Friedenstruppe in der Ukraine zur Sicherung einer möglichen Vereinbarung in eine "operative Phase" übergehen würden. Am kommenden Donnerstag soll dazu in Großbritannien beraten werden.

BRD

13.03.25

(ntv) Koalitionsverhandlungen starten Alter Bundestag berät über Schuldenpaket von Schwarz-Rot

Union und SPD starten ihre Koalitionsverhandlungen. Die Streitthemen sind unter anderem Migration und das Bürgergeld. Unterdessen kommt der alte Bundestag nochmal zu einer Sondersitzung zusammen: Es geht um das milliarden schwere Schuldenpaket, mit dem Schwarz-Rot viele Vorhaben finanzieren will.

Bundestag uneins über Vorhaben Multimilliarden-Finanzpaket könnte zu Merz' erster Pleite werden

Schuldenpläne von Union und SPD Weidel hält Grundgesetzänderung durch alten Bundestag für einen "finanzpolitischen Staatsstreich"

14.03.25

(dpa) "Deutschland ist zurück."

Friedrich Merz, CDU-Chef

Das Milliardenpaket sende die klare Botschaft an Freunde und Feinde in der Welt, dass es künftig an keiner Stelle mehr an den finanziellen Mitteln fehlen wird, um Freiheit und Frieden zu verteidigen, sagte der CDU-Vorsitzende nach einer Fraktionssitzung in Berlin. "Deutschland ist zurück." Das Paket sei von der Unionsfraktion einstimmig gebilligt worden. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt berichtete von anspruchsvollen und anständigen Gesprächen mit den Grünen.

SPD-Partei- und Fraktionschef Lars Klingbeil sieht in der Einigung einen Fortschritt für das Land. "Das Paket ist ein kraftvoller Anschub für Deutschland. Es hat das Potenzial, unser Land für die nächsten Jahre, vielleicht Jahrzehnte nach vorne zu bringen", sagte Klingbeil laut einer Mitteilung der SPD-Fraktion.

Der amtierende Bundestag soll das Paket am kommenden Dienstag beschließen, danach ist allerdings auch im Bundesrat eine Zustimmung mit zwei Dritteln der Stimmen nötig.

Auf folgende Kompromisse haben sich die Verhandler verständigt:

Die Schuldenbremse wird gelockert – und zwar nicht nur für Verteidigungsausgaben, sondern auf Druck der Grünen auch für Ausgaben in Cybersicherheit, Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten. Alle Ausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigen, können damit aus Krediten finanziert werden. Nach oben hin gibt es keine Grenze.

Für Investitionen in die Infrastruktur wird ein Sondertopf eingerichtet, der im Grundgesetz von der Schuldenbremse ausgenommen und mit Krediten von bis zu 500 Milliarden Euro gefüttert wird. 100 Milliarden davon gehen an die Länder. Weitere 100 Milliarden werden auf Druck der Grünen fest für Klimaschutz und den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft vorgesehen – das soll über den bestehenden Klima- und Transformationsfonds geregelt werden. Der Sondertopf soll für zwölf Jahre zur Verfügung stehen.

Ebenfalls auf Druck der Grünen wurde laut Merz festgelegt, dass aus den Infrastruktur-Milliarden zusätzliche und nicht bereits geplante Vorhaben finanziert werden. Die Grünen hatten befürchtet, dass Union und SPD das Geld nutzen könnten, um Ausgaben auszulagern und so im Kernhaushalt Platz zu machen für Wahlgeschenke wie die Mütterrente oder geringere Steuern für die Gastronomie.

Merz sagte, er gehe davon aus, dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nun auch die bereits lange geforderten zusätzlichen Rüstungshilfen von drei Milliarden Euro für die von Russland angegriffene Ukraine freigeben wird. Es habe entsprechende Signale aus dem Kanzleramt gegeben. "Ich gehe davon aus, dass spätestens mit der Bundesratsentscheidung in der nächsten Woche diese drei Milliarden jetzt auch als überplanmäßige Ausgabe geleistet werden können. Da gibt es eine Bestätigung", sagte Merz. Um dieses Hilfspaket und die Frage, wie es finanziert werden sollte, hatte es vor der Bundestagswahl lange Auseinandersetzungen gegeben.

## Russland

### 12.03.25

(t-online) China, Iran und Russland starten zu Wochenbeginn eine gemeinsame Marine-Übung im Golf von Oman. Der Ort war wiederholt Schauplatz gemeinsamer Manöver der drei Länder. Er ist mit dem Persischen

Golf über die Straße von Hormus verbunden, einer der wichtigsten Meerengen für den Transport von Erdöl und Erdgas. Es geht um den Treibstoff der Wirtschaft in aller Welt.

13.03.25

Der Sondergesandte der US-Regierung, Steve Witkoff, hielt sich heute zu Gesprächen in Moskau auf.

Der russische außenpolitischen Berater Juri Uschakow gab bekannt, eine vorübergehende Feuerpause sei nicht im Sinne Russlands. „Irgendwelche Schritte, die Friedenshandlungen imitieren, braucht wohl niemand“, sagte Uschakow.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat US-Präsident Donald Trump für die Initiative zur Beendigung des Krieges in der Ukraine gedankt. Auch Russland sei einverstanden mit einer Einstellung der Kampfhandlungen, allerdings müsse es um einen dauerhaften Frieden gehen, sagte er bei einer Pressekonferenz.

Russland sei daran interessiert, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu beenden. Es blieben aber Fragen zur Kontrolle über die Waffenruhe offen. Eine solche 30-tägige Waffenruhe müsse "zu einem dauerhaften Frieden führen und die tieferliegenden Ursachen dieser Krise angehen", sagte er weiter.

Eine Waffenruhe werfe "ernste Fragen" auf. So sei zu fragen, wofür eine solche Feuerpause genutzt würde. Weitere Schritte hinsichtlich eines Waffenstillstandes seien zudem von den Fortschritten der russischen Streitkräfte in der russischen Grenzregion Kursk abhängig zu machen.

Auch sagte er, über den Vorschlag der Waffenruhe müsse "mit unseren amerikanischen Kollegen" geredet werden. "Vielleicht sollte es ein Telefonat mit Präsident Trump geben, um dies mit ihm zu besprechen."

Ukraine

14.03.25

NATO-Generalsekretär Mark Rutte verkündete, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine im nordatlantischen Militärbündnis nicht mehr in Frage komme.

## EU

14.03.25

(dpa) Ungarn hat mit seinem Veto-Recht die Aufhebung von EU-Sanktionen gegen mehrere Russen erzwungen. Zu den Personen, die künftig nicht mehr auf der EU-Sanktionsliste stehen werden, gehört unter anderem der Oligarch Wjatscheslaw Mosche Kantor, wie mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur bestätigten. Zudem gehe es um eine Schwester des bekannten russischen Unternehmers Alischer Usmanow und zwei weitere Personen.

Druckmittel Ungarns war nach Angaben von Diplomaten die bis zu diesem Samstag notwendige Verlängerung von Russland-Sanktionen, die insgesamt rund 2.200 Personen und Organisationen betreffen. Die Entscheidung dafür erfordert einen einstimmigen Beschluss der 27 EU-Mitgliedstaaten. Ungarn drohte diesen zu blockieren, wenn nicht mehrere Russen von der Liste genommen werden.

14.03.25

### Newsletter - Die Ära der Zollschlachten

(Eigener Bericht) – Die EU verhängt erste Vergeltungszölle auf Importe aus den Vereinigten Staaten und bereitet weitere vor. Damit reagiert Brüssel auf die US-Zölle in Höhe von 25 Prozent, die am Mittwoch in Kraft getreten sind und auf Stahl- sowie Aluminiumlieferungen im Wert von ungefähr 26 Milliarden Euro aus der EU erhoben werden. Trump stellt weitere Zölle in Aussicht; die Zollschlacht droht zu eskalieren. Dabei befinden sich die EU und Deutschland im Nachteil: Da sie erheblich mehr Güter in die USA liefern als andersherum, erleiden sie durch allgemeine Zölle größere Schäden. Als Option gilt, Vergeltung auf dem Dienstleistungssektor zu üben, wo die Vereinigten Staaten ein Plus im Handel mit der EU erzielen. Brüssel könnte etwa gegen Tech-Konzerne Trump-naher US-Oligarchen wie Amazon oder X vorgehen. Unterdessen schwillt in der US-Wirtschaft die Unruhe über die Zollpolitik der Trump-Administration an, die die Preise in den Vereinigten Staaten in die Höhe zu treiben beginnt. Laut Berichten nehmen Beschwerden von Managern und Unternehmern im Weißen Haus rasant zu. Zudem startet, ausgehend von Kanada, das Trump den USA einverleiben will, eine globale Boykottkampagne gegen US-Waren.

Weiterlesen

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9905>

14.03.25

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg musste in einer am 13.03.g im Fall des Massakers vom 2. Mai 2014 in Odessa verkündeten Entscheidung einräumen, dass die Ukraine das Recht auf Leben verletzt hat, indem es die von Rechtsradikalen angegriffenen Anti-Maidan-Proteste nicht geschützt, im Gewerkschaftshaus Eingeschlossene nicht gerettet und auch nach fast 11 Jahren immer noch keinen der Täter zur Verantwortung gezogen hat.

**Woche vom 16.03. bis 23.03.25**

UNO

19.03.25

Ursprünglich wollte die Bundesregierung die Diplomatin Helga Schmid für das Amt der Präsidentin der UN-Generalversammlung vorschlagen. Jetzt hat sie es sich anders überlegt – zugunsten der scheidenden Außenministerin Baerbock. Das stößt auf Kritik. Die Regierung verteidigt hingegen die Nominierung.

Der frühere Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, hat die Nominierung von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) als Präsidentin der UNO-Vollversammlung scharf kritisiert. Es sei "eine Unverschämtheit, die beste und international erfahrenste deutsche Diplomatin durch ein Auslaufmodell zu ersetzen", sagte Heusgen dem "Tagesspiegel" (Donnerstagsausgabe) mit Blick auf den Widerruf der Nominierung der Spitzendiplomatin Helga Schmid zugunsten von Baerbock. Es handele sich um eine "Aktion Abendrot".

Die Bundesregierung hat die Nominierung von Baerbock verteidigt. Baerbock sei "hoch qualifiziert für diesen Job" und hoch anerkannt, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit in Berlin. Daher habe sich das Kabinett "auch im Einvernehmen mit der künftigen potenziellen Bundesregierung darauf verständigt, Frau Baerbock zu nominieren".

Russland

### 18.03.25

Der russische Präsident Wladimir Putin hat einem US-Vorschlag zugestimmt, 30 Tage lang alle Angriffe auf die Energieinfrastruktur in der Ukraine einzustellen, wenn Kiew dies auch tut. Allerdings konnten sich Trump und Putin in ihrem Gespräch den Stellungnahmen beider Regierung zufolge nicht auf eine allgemeine Waffenruhe im Ukraine-Krieg einigen. Verhandlungen darüber sollen nach Angaben des Weißen Hauses sofort im Nahen Osten beginnen.

Präsident Putin gab seinem Militär den Befehl zu einem Stopp der Angriffe auf ukrainische Energieanlagen. Es gab aber keine Angaben, ab wann dies gelten soll. Aus der Ukraine gab es dazu keine Reaktion. Am Mittwoch sollen je 175 Kriegsgefangene ausgetauscht werden. Außerdem entlasse Russland als Geste guten Willens 23 schwer verletzte ukrainische Soldaten in die Heimat. Zu diesem Aspekt äußerte sich das Weiße Haus bislang nicht. (dpa)

BRD

### 18.03.25

Der Bundestag hat das milliardenschwere Finanzpaket von Union und SPD beschlossen. Nach einer stundenlangen Debatte nahmen die Abgeordneten den Gesetzentwurf laut dem endgültigen Abstimmungsergebnis mit 512 Ja-Stimmen an. 206 Abgeordnete waren dagegen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit lag bei 489 Ja-Stimmen. Es gab keine Enthaltungen. Bei der Union, SPD und den Grünen gab es jeweils nur einen Abweichler.

### 20.03.25

Die Bundesregierung hält sich mit Blick auf den israelischen Bruch der Waffenruhe im Gazakrieg sowie die erneuten Massaker dort mit Kritik weiterhin zurück. Während führende Repräsentanten der Vereinten Nationen sich „entsetzt“ zeigten und die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas die aktuellen israelischen Luftangriffe dort „inakzeptabel“ nannte, plädierte Außenministerin Annalena Baerbock zunächst lediglich für „Verhältnismäßigkeit“. Die Luftangriffe, bei deren erster Welle am Dienstag bereits 400 Menschen zu Tode kamen – so viele an einem Tag wie seit 2023

nicht mehr –, folgten dabei auf die seit dem 2. März andauernde, bis heute fortgesetzte Blockade des Gazastreifens für sämtliche Hilfslieferungen, die die mehr als zwei Millionen Menschen in dem abgeriegelten Gebiet der Zufuhr insbesondere von Nahrung und Medikamenten beraubt. Hinzu kommen inzwischen öffentlich vorgetragene Pläne der Trump-Administration, die Bevölkerung des Gazastreifens zwangsweise zu deportieren, um an der Küste Luxusresorts zu errichten. Kommt es zur faktischen Kontrolle des Trump-Immobilienclans über den Gazastreifen, dann wären die Hoffnungen Berlins auf größeren Einfluss in Nahost in Gefahr.

#### 21.03.25

In der gestrigen "ARD"-Sendung "Maischberger" wurde klargestellt: "Zweifel" an der gesellschaftspolitischen sowie militärischen Ausrichtung der Regierung müssten angegangen werden. Mit Blick auf Russland stehe man vor "einer aktuellen Bedrohung". Für das Verständnis in der Bevölkerung müsse daher laut Carlo Masala "viel Abschreckung kulminiert" werden. Dies werde über eine "resiliente Gesellschaft" erreicht, so der "Militärexperte" Carlo Masala.

Der finnische Präsident Alexander Stubb vertritt zudem die Auffassung, dass erst die vollständige Bewaffnung der Ukraine "bis an die Zähne" sowie ein Beitritt des Landes zu EU und NATO eine Lösung des Konflikts ermöglichen werden. Außerdem werde hierdurch die Abschreckung gegen Russland gestärkt.

#### 22.03.25

Das riesige Finanzpaket, mit dem der Staat über neue Schulden Milliardenbeträge in Verteidigung und Infrastruktur investieren will, kann in Kraft treten. Einen Tag nach der Zustimmung des Bundesrates hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes unterzeichnet. Das teilte das Bundespräsidialamt mit. Es muss jetzt nur noch im Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden.

Wie schon am Dienstag im Bundestag kam am Freitag auch in der Länderkammer die nötige Zweidrittelmehrheit für die Änderung der Artikel 109, 115 und 143 des Grundgesetzes zustande. Mit 53 von 69 Länderstimmen fiel die Zustimmung deutlich größer aus, als es notwendig gewesen wäre. Im Bundestag hatte es 512 Ja- und 206 Neinstimmen gegeben – auch das war mehr, als für die Zweidrittelmehrheit nötig

## EU

### 17.03.25

Die EU-Außenbeauftragte Kallas dringt bei den Mitgliedsländern für das laufende Jahr auf Hilfen in Höhe von bis zu 40 Milliarden Euro. Ihr Plan sieht unter anderem die Lieferung von zwei Millionen Artilleriegeschossen im Wert von rund fünf Milliarden Euro an die Ukraine vor. Dafür gebe es unter den Außenministern "breite Unterstützung", betonte Kallas am Montag.

Die EU-Chefdiplomatin will die Teilnahme freiwillig machen und damit eine mögliche Blockade durch Ungarns Regierungschef Viktor Orban umgehen, der als einer der letzten europäischen Regierungschefs enge Beziehungen nach Moskau unterhält. Eine Einigung war am Montag trotzdem noch nicht abzusehen. Ab Donnerstag sollen die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel in Brüssel weiter beraten.

### 19.03.25

EU will Fähigkeitslücken schließen

Um Russland und andere aggressive Akteure wirkungsvoll abzuschrecken, ist es aus Sicht der EU-Kommission nun notwendig, so schnell wie möglich bestehende militärische Fähigkeitslücken in sieben Schlüsselbereichen zu schließen. Zu diesen gehören nach dem neuen Strategiepapier die Luftverteidigung und Raketenabwehr, aber auch Artilleriesysteme, Drohnen und militärische Transportkapazitäten. Nach Vorstellung der Kommission sollten die EU-Staaten beim Kauf eng kooperieren und mindestens 40 Prozent der benötigten Güter gemeinsam bestellen.

"Die gemeinsame Beschaffung ist das effizienteste Mittel zur Beschaffung großer Mengen von "Verbrauchsgütern" wie Munition, Raketen und Drohnen. Aber die gemeinsame Beschaffung ist auch entscheidend für die Umsetzung

komplexerer Projekte", heißt es in dem Weißbuch. Dies liege etwa daran, dass die Bündelung der Nachfrage die Kosten senke, klare Nachfragesignale an die Rüstungsindustrie sende und die reibungslose Zusammenarbeit von nationalen Streitkräften ermögliche.

Um Aufrüstung zu finanzieren, sind nach bereits vor zwei Wochen veröffentlichten Vorschlägen der Kommission unter anderem EU-Kredite in Höhe von 150 Milliarden Euro sowie Ausnahmen von den strengen EU-Schuldenregeln vorgesehen. So sollen in den kommenden vier Jahren insgesamt 800 Milliarden Euro mobilisiert werden. Die EU-Kommission will zudem Auflagen und Vorschriften für die Rüstungsindustrie lockern. Die Pläne sollen es auch ermöglichen, die von Russland angegriffene Ukraine künftig noch stärker militärisch zu unterstützen.

21.03.25

EU-Gipfel in Brüssel

Von Laura Czypull

Die EU rüstet sich für eine mögliche Konfrontation mit Russland – mit Milliardeninvestitionen und gelockerten Schuldenregeln. Doch Ungarns Widerstand gegen Ukraine-Hilfen sorgt für Spannungen. Was beschlossen wurde.

Die EU will bis Ende des Jahrzehnts massiv aufrüsten. Das beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bei ihrem Frühjahrsgipfel in Brüssel, wie aus der Abschlusserklärung des Treffens hervorgeht.

Demnach sollen die Vorschläge der EU-Kommission zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft zügig umgesetzt werden. Diese Pläne beinhalten unter anderem die Vergabe von EU-Krediten in Höhe von 150 Milliarden Euro und die Lockerung bestehender Schuldenregeln, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

Hintergrund der Maßnahmen ist die Einschätzung der Europäischen Kommission, dass sich die EU auf die Möglichkeit eines großangelegten Krieges mit Russland vorbereiten muss.

Aus der Abschlusserklärung geht ebenfalls hervor, dass die EU weiterhin auf die NATO als Garantin ihrer kollektiven Sicherheit setzt, wodurch eine

stärkere EU die transatlantische Verteidigungsarchitektur optimal ergänzen soll.

Ein weiteres zentrales Thema des Gipfels war der Krieg in der Ukraine. Alle EU-Mitgliedsstaaten außer Ungarn bekannten sich zur Unterstützung der Ukraine, wobei konkrete Zahlen vermieden wurden. Ungarn kündigte an, keine neuen EU-Entscheidungen zugunsten der Ukraine zu akzeptieren.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigte ein weiteres Treffen der Ukraine-Verbündeten an, um über militärische Hilfe und die Entsendung einer Friedenstruppe zu beraten. Frankreich und Großbritannien sind bereit, eine solche Truppe zu unterstützen, bestehen jedoch auf eine Absicherung durch die USA, die bisher von Trump abgelehnt wird. Das Treffen soll noch am Donnerstag kommende Woche stattfinden. Macron nannte dies ein Treffen der sogenannten "Koalition der Willigen".

Neben der Verteidigung war die Wettbewerbsfähigkeit der EU ein wichtiges Thema des Gipfels. In der gemeinsamen Schlusserklärung forderten die Staats- und Regierungschefs eine Vereinfachung der Regelungen und eine Senkung der Energiepreise, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) betonte die Notwendigkeit, von Reden zur praktischen Politik überzugehen. Zudem verwies der scheidende Bundeskanzler Olaf Scholz darauf, dass in Deutschland bereits ein umfangreiches Finanzpaket für die Aufrüstung geplant sei, unterstützt durch eine umfassende Verfassungsänderung, die die Finanzierung der Verteidigung und weiterer Initiativen sicherstellen soll.

Die EU sieht sich vor der Herausforderung, ihre wirtschaftliche Position zu stärken, während sie gleichzeitig ihre Verteidigungsfähigkeit ausbaut. Die Pläne zur Aufrüstung und zur Unterstützung der Ukraine sind Teil einer umfassenden Strategie, um die EU auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten.

**Woche vom 24.03. bis 29.03.**

BRD

24.03.25

Die FAZ plädiert, um die nukleare Aufrüstung der Bundesrepublik zu ermöglichen, für einen „Ausstieg aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag“. „Deutsche Wehrhaftigkeit gebiete“ dies, heißt es in einem Leitkommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der dabei Bezug auf die Tatsache nimmt, dass der Vertrag Berlin nicht nur die Beschaffung von ABC-Waffen untersagt, sondern auch die Aufstockung des Personalbestandes der Bundeswehr auf mehr als 370.000 Soldaten. Das Plädoyer erfolgt, während Experten bestätigen, die Bundesrepublik sei technologisch fraglos in der Lage, Atombomben und nuklear bestückbare Marschflugkörper zu bauen. Unklar sei lediglich, wo man die unumgänglichen Atomtests durchführen könne. Manche weisen darauf hin, dass der ebenfalls erforderliche Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag weitreichende globale Folgen haben könne; nicht nur Iran und Saudi-Arabien, auch Südkorea und Polen dächten in diesen Tagen über eine nukleare Aufrüstung nach. Umfragen zeigen, dass die Zustimmung der Bevölkerung zunimmt, aber bisher noch in der Minderheit ist. Aus der Bundeswehr heißt es, man müsse „moralische Reflexe“, die dafür verantwortlich seien, überwinden.

EU

27.03.25

Eine Eskalation dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigte heute eine französisch-britische Mission im Ukraine-Krieg an. Demnach wollen beide Länder Einheiten in die Ukraine schicken, Truppen aus mehreren Staaten sollen zudem in "strategischen Gebieten" und nicht entlang der Frontlinie in der Ukraine stationiert werden.

Passenderweise hat die EU-Kommissarin für Krisenmanagement bereits verkündet, dass sich EU-Bürger Lebensmittelvorräte anlegen sollen. Wegen der zunehmenden Kriegsgefahr, der Gefahren von Krankheiten und Cyberangriffen sowie drohenden Klima-Katastrophen sollen EU-Bürger ihre "Zivilbereitschaft" verbessern. Die Europäische Union sei außerdem auch durch den Ukraine-Konflikt bedroht.

Doch nicht nur Großbritannien und Frankreich, auch weitere europäische Länder rüsten verstärkt auf: Nachdem Schweden bereits gestern angekündigt hatte, umgerechnet etwa 28 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben zu

wollen, zieht Polen nun nach: Warschau will weitere Maßnahmen ergreifen, um die "Sicherheit" des Landes zu stärken. Die für einen Kriegsfall ausgebildeten Militärs und Zivilisten sollen in der Lage sein, Bedrohungen seitens Russlands entgegenzuwirken.

Aber auch in Sachen Handelskrieg stehen die Zeichen weiter auf Eskalation: US-Präsident Donald Trump kündigte am Mittwoch in Washington an, dass er ab April einen 25-prozentigen Zoll auf Autos und Autoteile erheben werde, die in die Vereinigten Staaten importiert werden. Ausländische Firmen sollen ihre Produktionsstätten gefälligst in die USA verlagern, wenn sie ihre damit verbundenen Kosten senken wollen, so Trump. Deutsche Politiker forderten daraufhin eine "harte Reaktion" der EU. "Die Antwort kann nur europäisch sein, da Außenhandel in EU-Zuständigkeit liegt", sagte beispielsweise der CDU-Außenpolitiker Armin Laschet.

BRICS- Staaten

27.03.25

Deutschland und die EU nutzen den Rückzug der USA aus Südafrika sowie die Trump'sche Konfrontationspolitik gegenüber dem Land, um ihre eigene Position dort zu stärken. In der vergangenen Woche haben die EU und mehrere Staaten Europas bekräftigt, sie würden ein Programm zur Umstellung von Kohle- auf erneuerbare Energie fortsetzen, das sie im Jahr 2021 gemeinsam mit den USA begonnen hatten – unter der Bezeichnung Just Energy Transition Partnership (JETP). Zuvor hatten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa auf dem ersten EU-Südafrika-Gipfel seit sieben Jahren erklärt, künftig enger mit Pretoria kooperieren zu wollen. Nicht zuletzt ziehe man es in Betracht, bei Entwicklungsprojekten einzuspringen, deren Förderung die USA nach dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump eingestellt hätten. Der Zustand der südafrikanisch-US-amerikanischen Beziehungen gilt gegenwärtig als schlechter denn je, nachdem Trump begonnen hat, Südafrika wüst zu attackieren und ihm etwa die Verfolgung seiner weißen Minderheit vorzuwerfen. Offen ist, ob Deutschland neben seiner Hochrüstung genug Kapazitäten hat, um seine Aktivitäten in Südafrika zu stärken.

**Woche vom 30.03. bis 06.04.25**

Russland

29.03.

(dpa) Russlands Präsident Putin hat am 28.03. in einer Videobotschaft vorgeschlagen die Ukraine unter Herrschaft der UNO zu stellen, und dann Neuwahlen durchzuführen.

02.04.25

Putins Brief an das deutsche Volk

Mit seinem Brief tritt Putin der Propaganda der herrschenden Politiker und antirussischen Hetzmedien entgegen, die behaupten, die Russen würden nach der Entnazifizierung der Ukraine Deutschland angreifen wollen, was durch Hochrüstung und gesellschaftliche Militarisierung verhindert werden soll.

*Von Rainer Rupp*

Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich Potentaten westlicher Oligarchenregime mit friedfertigen Botschaften an die Bevölkerung von Ländern wenden, die sie bereits im Visier haben. Jede derartige Botschaft, mit denen sich US-amerikanische Präsidenten in der Vergangenheit direkt an die Einwohner der Länder gerichtet haben, die sie zu bombardieren, zu besetzen oder mit Sanktionen in den Hungertod zu treiben planten, hatten – neben der Absicht, Volk und Regierung zu spalten – auch noch den Zweck, die angebliche Friedfertigkeit und noblen Absichten der USA zu propagieren.

Die Bemerkungen, zum Beispiel die von Barack Obama, die er in der UNO an das syrische Volk gerichtet hatte, oder die von George W. Bush an die afghanische Bevölkerung, zielten alle darauf ab, den gemeinsamen Wunsch nach Frieden zu betonen, den Washington angeblich mit der Bevölkerung des jeweils anderen Landes teilte, während Washington zugleich die Handlungen der anderen Regierung für den drohenden Krieg verantwortlich machte, nach dem Motto: "Nicht die USA sind euer Feind, sondern eure Regierung. "

Zuletzt tat das Joe Biden einen Monat nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine. Mit seinen Bemerkungen anlässlich seines Besuchs in Warschau am 26. März 2022 wandte sich Biden direkt an das russische Volk mit den Worten: "Lassen Sie mich dies sagen, falls Sie zuhören können: Sie, das russische Volk, sind nicht unser Feind. "

Dies war ein klarer Versuch, die russische Bevölkerung von der Politik der Regierung Wladimir Putins zu trennen. Indem er betonte, dass die Maßnahmen der USA und ihrer Verbündeten nur auf den Kreml abzielten, nicht auf gewöhnliche Russen, sollte ein Keil zwischen Regierung und Volk getrieben werden. Dabei war der Inhalt von Bidens Botschaft eine für jeden Russen leicht zu erkennende Irreführung, denn es waren die "gewöhnlichen Russen", die hauptsächlich von den US-Sanktionen und Kriegshandlungen, wie der Mitteilung der Koordinaten von Zielen in Russland und entsprechenden US-Waffenlieferungen, betroffen waren.

Vor diesem Hintergrund ist man erst einmal verwundert, dass Putin den Weg einer direkten Botschaft an das deutsche Volk gewählt hat. Die Vorbehalte verschwinden jedoch schnell, wenn man mit der Lektüre beginnt. Neben seinen guten Erinnerungen an seinen Aufenthalt in Deutschland, an die herzlichen persönlichen Beziehungen zu DDR-Bürgern aus allen Lebensbereichen hebt er im ersten Teil seines Briefes die hervorragenden kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen hervor, zu denen sogar die kleine, friedliebende DDR fähig war. Dies belegt er mit einem Zitat aus der Encyclopaedia Britannica (Ausgabe von 1980). Dort ist die Deutsche Demokratische Republik mit ihren 17 Millionen Menschen auf Platz sieben der weltgrößten Industrienationen gelistet.

Im zweiten Teil seines Briefes widmet sich Putin dem Narrativ, dass er laut den deutschen Kriegshetzern spätestens bis 2030 Deutschland angreifen wird, und legt sehr plausibel dar, weshalb Russland, selbst wenn es mehr als genug Mittel dazu hätte, niemals Deutschland angreifen und erst recht nicht besetzen wird.

Dafür hat er eine ganze Reihe von rational zugänglichen Gründen benannt, wobei er mit dem Transportproblem anfangen hat:

### Probleme im deutschen Verkehrssektor

Eine funktionierende Logistik spielt in jedem Krieg, auch in einem modernen, eine entscheidende Rolle. Aber der deutsche Verkehrssektor und dessen Infrastruktur stünden laut Putin vor dem Zusammenbruch, und so viele

Pioniertruppen, um das alles wieder in Ordnung zu bringen, habe ganz Russland nicht.

Die Infrastruktur ist veraltet und marode, denn Jahrzehnte der Unterinvestition haben Schienen, Brücken und Bahnhöfe in schlechtem Zustand hinterlassen. Das Netz leidet jetzt schon unter Kapazitätsengpässen, Geschwindigkeitsbegrenzungen und häufigen Wartungssperrungen, was die Betriebsprobleme verschärft. Wie soll das dann erst funktionieren, wenn das russische Militär zusätzlich bedient werden müsste?

Des Weiteren gehören total überlastete Straßen und Verkehrsstaus zum täglichen Bild des dichten Autobahnnetzes. Deutschland leidet unter starkem Verkehr, vor allem im Güterbereich, der besonders wichtig fürs Militär ist. Wartungsprobleme und fehlende Erweiterungen belasten die Straßenkapazität zusätzlich.

Und dann sei da auch noch der Mangel an lokalen Fachkräften. Der Verkehrssektor, insbesondere die Logistik, leidet – er zitierte dafür offizielle deutsche Zahlen – unter einem gravierenden Personalmangel. Im Jahr 2023 fehlten in Deutschland mindestens 70.000 LKW-Fahrer, eine Zahl, die voraussichtlich steigen wird und die Zuverlässigkeit des Gütertransports beeinträchtigt. All das bedeute, dass Russland erst die deutsche Infrastruktur reparieren müsste, bevor Putin an eine funktionierende Besatzung überhaupt nur denken könnte. "Nein, danke! An Wirtschaftshilfe für Deutschland sind wir nicht interessiert!"

### Wirtschaftliche Probleme

Auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands mache das Land für niemanden zu einem attraktiven Ziel für militärische Eroberungen. In seinem Brief verweist Putin auf folgende Faktoren:

Eine alternde Belegschaft und Arbeitskräftemangel, eine schrumpfende erwerbsfähige Bevölkerung aufgrund niedriger Geburtenraten und einer alternden Gesellschaft, die den Arbeitsmarkt belastet, wobei Berichten zufolge 183 Berufe von Engpässen betroffen sind.

Hohe Energiekosten, wobei die grüne Energiepolitik bereits erheblich zur Deindustrialisierung Deutschlands beigetragen hat. Etwa ein Drittel der Hersteller erwägt inzwischen, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Selbst

wenn die Russen die deutsche Industrie im Blick hätten, was nicht der Fall sei, wäre der größte und beste Teil davon längst im Ausland, bevor russische Panzer in Berlin wären.

Vor diesem Hintergrund sitzt Deutschland auf einem absterbenden Ast, und Putin erinnert in seinem Brief, dass sich Russland in den letzten drei Jahren mit großem Erfolg den aufstrebenden Wirtschaftsnationen Asiens zugewandt hat und keinen Grund sieht, sich mit der Eroberung eines im Niedergang begriffenen Landes wirtschaftlich und militärisch zu belasten.

Denn als Besatzungsmacht müsste sich Russland auch um die sozialen Probleme Deutschlands kümmern. Und da wären:

**Rentnerarmut:** Etwa 3,2 Millionen Rentner sind von Armut betroffen, was Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit des Sozialversicherungssystems aufwirft, das 25 bis 30 Prozent des BIP aufbraucht.

**Soziale Ungleichheit:** Unterschiede in Einkommen, Gesundheit und Bildungsergebnissen bestehen fort, speziell bei einkommensschwachen Gruppen und Menschen mit Migrationshintergrund.

**Wohnungsknappheit:** Ein schwerwiegender Mangel an bezahlbarem Wohnraum, besonders in städtischen Gebieten, verschärft soziale Spannungen und Integrationsprobleme.

**Alternde Bevölkerung:** Eine zunehmend ältere Bevölkerung erhöht den Bedarf an Dienstleistungen, während die sie unterstützende Erwerbsbevölkerung schrumpft.

Zudem hat das einstige Volk der angeblichen "Dichter und Denker" inzwischen auch noch massive Bildungsprobleme.

**Integration von Migranten:** Das Bildungssystem hat Schwierigkeiten, die Bedürfnisse diverser Schüler, insbesondere von Migrantenkindern, zu erfüllen, was zu ungleichen Ergebnissen führt.

**Lehrermangel:** Ein Mangel an qualifizierten Lehrkräften beeinträchtigt die Schulleistung und verschärft regionale Unterschiede.

**Frühe Trennung:** Das deutsche System, Schüler früh in berufliche oder akademische Wege zu sortieren, verstärkt soziale Ungleichheit.

**Kita-Mangel:** Hunderttausende von Kita-Plätzen fehlen, was die frühkindliche Bildung und die Erwerbstätigkeit der Eltern beeinträchtigt.

### Migrationsprobleme

**Integrationsherausforderungen:** Hohe Einwanderung (18 Prozent der Bevölkerung im Ausland geboren) belastet Wohnraum, Bildung und soziale Dienste, mit ungleichmäßigem Integrationserfolg.

**Asyldruck:** Deutschland nimmt die meisten Asylbewerber in der EU auf (334.000 Anträge im Jahr 2023) sowie 1,2 Millionen Ukrainer, was lokale Ressourcen überfordert.

**Öffentlicher Widerstand:** Zwischenfälle mit Migranten haben promigrantische Stimmungen verstärkt und politische Maßnahmen wie Grenzkontrollen erschwert.

**Bedarf an Fachkräften:** Wirtschaftliche Anforderungen an 400.000 qualifizierte Einwanderer jährlich stehen im Widerspruch zu einer restriktiven Asylpolitik und bürokratischen Hürden.

### Gesundheitsprobleme

**Personalmangel:** Eine alternde Bevölkerung und ausscheidende Ärzte (47.000 unbesetzte Stellen im Gesundheitswesen von Mitte 2023 bis Mitte 2024) belasten das System, trotz Abhängigkeit von 14 Prozent ausländischen Mediziner.

**Zugangsungleichheiten:** Migranten und einkommensschwache Gruppen stehen vor Hindernissen bei der Versorgung, einschließlich sprachlicher und kultureller Barrieren.

**Steigende Kosten:** Eine ältere Bevölkerung erhöht den Gesundheitsbedarf und setzt die Finanzen des versicherungsbasierten Systems unter Druck.

**Ländliche Lücken:** Tausende Arztpraxen schließen, vor allem in ländlichen Gebieten, was den Zugang zur Grundversorgung reduziert.

All diese Probleme sind miteinander verknüpft: Wirtschaftliche Stagnation schürt soziale Unzufriedenheit, politische Polarisierung beeinflusst die Migrationspolitik, und unterfinanzierte Systeme wirken sich auf Bildung sowie Gesundheitswesen aus und schüren immer weiter die schon

existierenden Spannungen in der Gesellschaft, die sich früher oder später entladen werden.

All diese Probleme – so schließt Putin seinen Brief vom 1. April – sollten für die Deutschen Beweis genug sein, dass Russland ihr Land, das einst zu den besten der Welt gehörte, heute aber eine gigantische Belastung darstellt, nicht einmal als Geschenk annehmen würde, geschweige einen einzigen Soldaten dafür ins Feuer schicken würde. Abschließend gibt Putin uns noch einen guten Rat: Statt Hochrüstung zu finanzieren und die Gesellschaft zu militarisieren, sollten das Geld und die Anstrengungen der Deutschen in die Lösung der oben genannten, zumeist selbstgemachten Probleme gehen.

*Redaktioneller Hinweis von RT DE: Dieser Artikel wurde uns von unserem 1. April-Spezialkorrespondenten Rainer Rupp zugeschickt. Der Autor war während des Kalten Krieges viele Jahre als Kundschafter des Friedens im politisch-militärischen Zentrum des NATO-Hauptquartiers in Brüssel tätig.*

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

USA

03.04.25

Die Trump-Administration hat am gestrigen Dienstag beispiellose, für die EU folgenreiche sowie für verarmte Staaten vernichtende Zölle auf alle Einfuhren in die Vereinigten Staaten verhängt. Ab Samstag kassieren die USA auf alle Importe aus sämtlichen Ländern außer Kanada und Mexiko Zölle in einer Höhe von zehn Prozent. Ab Mittwoch nächster Woche kommen Zölle in verschiedener Höhe für zahlreiche Staaten und Staatengruppen hinzu; die EU ist mit 20 Prozent betroffen, Japan mit 24 Prozent, Taiwan mit 32 Prozent, Kambodscha mit 49 Prozent. Ab dem heutigen Donnerstag wird mit Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten gerechnet. Experten rechnen mit dramatischen Folgen. Bereits in Kraft gesetzt worden sind am gestrigen Mittwoch Zölle von 25 Prozent auf Pkw-Exporte in die USA; zudem hat Washington erstmals sogenannte Sekundärzölle in Gang gesetzt – benannt nach dem Vorbild der Sekundärsanktionen. Schon in der vergangenen Woche hatte die Trump-Administration zudem erstmals versucht, in Europa ansässige Firmen zur Anpassung an US-Gesetze zur Innenpolitik zu nötigen – mit einem

Schreiben, das die US-Botschaft in Frankreich an dortige Unternehmen verschickt hat.

06.04.25

Mehr als 3.000 Menschen weltweit besitzen ein Milliardenvermögen. Insgesamt verfügen sie über ein Vermögen von 16,1 Billionen US-Dollar – mehr als das jährliche BIP Chinas.

Die USA bleiben das Paradies der Milliardäre: Das Land knackt sogar einen neuen Rekord. 902 Milliardäre leben in den 50 US-Staaten – so viele wie noch nie zuvor. Zusammen besitzen sie ein Vermögen von 6,8 Billionen US-Dollar, wie das Magazin "Forbes" errechnet hat. Damit stellen sie fast ein Drittel aller Milliardäre weltweit.

06.04.25

Donald Trump will Grönland übernehmen. Aber um jeden Preis? Das Weiße Haus lässt wohl bereits Schätzungen für einen Kaufpreis erstellen.

Donald Trump lässt nicht locker: Die US-Regierung lässt derzeit eine Schätzung über die möglichen Kosten einer Übernahme von Grönland erstellen. Darüber berichtet die "Washington Post" unter Berufung auf drei Quellen im Weißen Haus. Dabei geht es demnach um eine "friedliche Übernahme" des autonomen Territoriums Dänemarks unter Einsatz finanzieller Mittel und ohne militärische Gewalt. Federführend ist demzufolge Russell Vaught, Chef der Bundesbehörde für Verwaltung und Haushaltswesen.

Eine Option ist dem Bericht zufolge, der grönländischen Regierung einen besseren "Deal" anzubieten, als es derzeit Dänemark tut. Der EU-Staat subventioniert Grönland aktuell mit etwa 550 Millionen Euro jährlich, was mehr als ein Drittel des grönländischen Haushalts ausmacht. Die "Washington Post" berichtet, dass die Trump-Regierung ihrem Konterpart auf der Insel im Nordatlantik einen "weitaus höheren" Betrag anbieten will – in welcher Größenordnung die Summe

**Woche vom 07.04. bis 13.04.**

BRD

#### 09.04

„Krieg geht alle an“. Ministerien, Politiker und die Bundeswehr drängen die zivile Bevölkerung der Bundesrepublik zu gezielten Vorbereitungen auf einen großen Krieg. Nach gängigen, womöglich deutlich zu niedrigen Schätzungen müssen pro Tag wohl mindestens tausend Verletzte von der neuen Ostfront nach Deutschland geholt und dort ärztlich versorgt werden. Das deutsche Gesundheitssystem sei nicht auf eine „Massenanzahl an Verwundeten“ vorbereitet, klagt ein Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen; das müsse sich ändern. Das Deutsche Rote Kreuz moniert, ihm fehlten geländegängige Einsatzwagen sowie „mobile Betreuungsmodule“, um bis zu 1,7 Millionen Hilfsbedürftige zu versorgen. Die EU-Kommission fordert die Bevölkerung auf, Notvorräte für drei Tage ohne Außenkontakt vorzuhalten; deutsche Behörden raten zur Bevorratung für bis zu zehn Tage. Methoden zum Selbstschutz im Krieg sollten verstärkt schon in der Schule erlernt werden, verlangt nun das Bundesinnenministerium. Der Reservistenverband, der bis zu 5.000 Tote pro Tag an einer neuen Ostfront für möglich hält, rät, die Bundeswehr auf bis zu 350.000 Soldaten sowie die Zahl der aktiven Reservisten auf „knapp eine Million“ aufzustocken.

#### 12.04.

Aus dem Koalitionsvertrag CDU/SPD

Die Verteidigungsausgaben sollen in Zukunft nicht mehr der Haushaltsdisziplin unterworfen sein. Die Ausgaben sollen sich stattdessen an den "in der NATO gemeinsam vereinbarten Fähigkeitszielen" orientieren. Hier heißt es also noch abwarten – im Juni findet ein NATO-Gipfel statt. Erst dann dürfte sich abzeichnen, wie viel Geld die Mitglieder künftig genau einplanen müssen.

Eine Wehrpflicht haben Schwarz-Rot nicht in ihr Papier geschrieben. Zumindest vorerst soll sie nicht kommen. Die Koalitionäre sprechen von einem "neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert". Verpflichtend ist für junge Männer damit erstmal nur das Ausfüllen eines Fragebogens zur Wehrerfassung. "Zunächst" heißt aber: Findet man die erforderlichen Soldatinnen und Soldaten nicht, dürfte sich das ändern.

Schwarz-Rot versprechen in dem Papier "materielle und politische Sicherheitsgarantien für eine souveräne Ukraine." Im Koalitionspapier heißt es: "Unser Bekenntnis zur NATO und zur EU bleibt unverrückbar". Dazu zählt auch, die NATO-Beitrittsperspektive für die Ukraine aufrechtzuerhalten. "Scholz und die USA waren hier die größten Bremser. Die übrigen europäischen Staaten wollten eine klare und verbindliche Einladung der Ukraine, dass sie nach Beendigung der Kampfhandlungen in die NATO kommt". Im Koalitionsvertrag sei zwar nicht genau beschrieben, unter welchen Bedingungen und in welcher Geschwindigkeit man die Ukraine tatsächlich einladen wolle, es sei aber ein Pflock, der eingeschlagen werde.

"Deutschland ist zumindest kein Staat, der gewillt ist, diesen NATO-Beitritt der Ukraine a priori irgendwo als Zugeständnis an die Russen zu opfern, um irgendwelche nebulösen Gespräche über mögliche Waffenstillstände zu ermöglichen".

Die Bundeswehr soll, wenn es nach Schwarz-Rot geht, "Vorbild im Kreis unserer Verbündeten" werden. "Dass die Bundeswehr Vorbild für andere Nationen sein soll, ist kein neues Konzept." Das deutsche "Rahmennation-Konzept" wurde bereits vor über zehn Jahren vorgestellt.

Die Idee dahinter: Deutschland stellt als "Rahmennation" die militärische Grundausstattung und kleinere Staaten bringen Spezialfähigkeiten, wie etwa Luftabwehr ein. So müssen nicht alle europäischen NATO-Staaten alle militärischen Fähigkeiten vorhalten.

### **Woche vom 14.04. bis 20.04.25**

BRD

14.04.25

Der mögliche künftige Kanzler Merz (CDU) ist offen für eine Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine. Sein Vorschlag, die Ukraine könnte die Krim-Brücke zerstören, alarmiert jedoch Moskau – Medwedew nannte Merz gar einen "Nazi".

Nach Äußerungen des voraussichtlich nächsten Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU) zu einer möglichen Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an Kiew hat der Kreml vor der Gefahr einer "Eskalation" des Konflikts in der

Ukraine gewarnt. Merz "unterstützt diverse Maßnahmen, die zu einer neuen Eskalation führen können und unweigerlich dazu führen werden", sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag vor Journalisten in Moskau.

Merz hatte am Sonntag in der ARD betont, die Ukraine müsse endlich "vor die Lage kommen". Der Kreml-Sprecher Peskow sagte: "Leider neigen europäische Hauptstädte nicht dazu, sich um Wege zu Friedensgesprächen zu kümmern, sie sind eher geneigt, die Fortsetzung des Krieges weiter zu provozieren". "Überleg zweimal, Nazi!", schrieb der Vizechef des russischen nationalen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, auf der Plattform X in drastischen Worten. "Fritz Merz wird von der Erinnerung an seinen Vater verfolgt, der in Hitlers Wehrmacht diente", sagte Medwedew weiter.

CDU-Chef Merz hatte in der ARD-Sendung "Caren Miosga" auf die Frage, ob er Taurus an Kiew liefern würde, geantwortet, er habe "immer gesagt, dass ich das auch nur in Abstimmung mit den europäischen Partnern tun würde". Die Partner lieferten aber bereits Marschflugkörper, betonte der CDU-Chef: "Die Briten tun das, die Franzosen tun das, die Amerikaner tun es ohnehin." Die Lieferung müsse abgestimmt werden "und wenn es abgestimmt wird, dann sollte Deutschland sich daran beteiligen".

Merz sagte weiter: "Die ukrainische Armee muss aus der Defensive herauskommen, sie reagiert ja immer nur, sie muss mal selbst auch ein Teil dieses Geschehens bestimmen können." Um die Ukraine "endlich mal (...) vor die Lage zu bringen", könnte sie beispielsweise "die wichtigste Landverbindung zwischen Russland und der Krim zerstören", sagte Merz. Von der von Russland annektierten ukrainischen Halbinsel komme "der größte Teil des militärischen Nachschubs für die russische Armee".

Auf der 19 Kilometer langen Brücke über die Straße von Kertsch zwischen dem russischen Festland und der Krim war am 8. Oktober 2022 eine Autobombe explodiert. Kiew übernahm später die Verantwortung für den Angriff und erklärte, dieser habe auf eine Behinderung der russischen Logistik abgezielt.

EU

17.04.25

Europa will unabhängiger von den USA werden. Das gilt nun auch für die Verteidigung aus dem All, betont der Generaldirektor der europäischen Weltraumorganisation ESA.

Nicht erst seit der wichtigen Rolle des Satellitennetzwerks Starlink im Ukraine-Krieg ist klar: Auch Satelliten haben Einfluss auf Kriege. Nun will die europäische Weltraumorganisation ESA offenbar zur Verteidigung Europas beitragen. Laut dem Portal Euractiv will die Organisation mehrere Satelliten entwickeln, die zur Aufklärung aus dem All in einem Kriegsfall genutzt werden können. Die Rede ist von "Aufklärungssatelliten, die alle 20 bis 30 Minuten hochauflösende, optische Infrarotbilder von überall auf der Welt machen könnten".

Dänemark

18.04.25

Dänemark plant, Soldaten in die Ukraine zu schicken – auch, um von Kiews Drohnenexpertise zu lernen. Russland wehrt sich gegen die Pläne des Nato-Lands.

Kopenhagen – Das Nato-Mitglied Dänemark erwägt, unbewaffnete Soldaten zum Training in die von Russland angegriffene Ukraine zu schicken. Das sagte der Chef des dänischen Heeres, Peter Boysen, dem Fernsehsender *TV 2*. Demnach sollen die dänischen Soldaten von den ukrainischen Militärs lernen und vor allem von deren Erfahrungen im Drohnenkrieg profitieren.

Die Dänen würden sich weit von der Front entfernt aufhalten, vermutlich in Trainingszentren im Westen der Ukraine. Das Training könnte dem Heereschef zufolge schon im Sommer beginnen. Der dänische Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen wollte sich der Nachrichtenagentur *Ritzau* zufolge nicht zu den Plänen äußern – mit dem Hinweis, die Zuständigkeit in der Sache liege beim Militär.

**Woche vom 21.04. bis 27.04.25**

BRD

21.04.25

Mehrere deutsche Bundesländer treiben, um dem Schrumpfen ihrer Wirtschaftsleistung zu entkommen, den Ausbau der Rüstungsindustrie energisch voran. Baden-Württemberg etwa will die Branche zu einem neuen industriellen Schwerpunkt aufwerten und strebt dabei in möglichst vielen Rüstungssparten „Technologie-Führerschaft“ an. Die Regierung des Saarlands bereitet einen „Rüstungsgipfel“ vor und wirbt bei führenden Waffenschmiedern um die Ansiedlung neuer Fabriken. Einer aktuellen Untersuchung zufolge konnten im vierten Quartal 2024 nur fünf Bundesländer ein Wirtschaftswachstum erzielen; in dreien von ihnen habe „der Aufschwung in der Rüstungsindustrie ... eine zentrale Rolle“ gespielt, heißt es in einer Analyse des Münchner ifo-Instituts. Die Hoffnung auf einen neuen Rüstungsaufschwung gründet sich darauf, dass in Deutschland und der EU bis zum Jahr 2030 bis zu einer Billion Euro zusätzlich in die Aufrüstung fließen sollen. Insider warnen, es sei unklar, ob die industriellen Kapazitäten sowie das verfügbare Personal ausreichen, um derlei Summen in konkrete Rüstungsproduktion umzusetzen. Hilfreich sei die Übernahme bisher ziviler Fabriken und Fachkräfte etwa aus der schwächelnden Kfz-Industrie.

24.04.25

Logistikkonzerne für den Krieg

Die Kriegsplanungen der Bundeswehr sehen eine erweiterte Nutzung ziviler Logistikkonzerne wie der Deutschen Bahn oder der Lufthansa für den Transport von Nachschub an die Front, für die Soldatenausbildung und für die Wartung von Kriegsgerät vor. Dies berichtet das Handelsblatt. Demnach sind etwa für den Fall eines Kriegs mit Russland Flüge für NATO-Soldaten mit Lufthansa-Maschinen an die Ostfront im Gespräch. Die Lufthansa, die sich schon seit den 1960er Jahren an der Ausbildung von Transportpiloten der Bundeswehr beteiligt, könne dies künftig auch für Kampffjetpiloten tun, heißt es. Zudem will die Konzernsparte Lufthansa Technik Defense in Zukunft Kampffjets, Hubschrauber und Seefernaufklärer der Bundeswehr warten und reparieren; sie würde damit zum Rüstungskonzern. Die Deutsche Bahn wiederum hat sich verpflichtet, auf Abruf etwa Flachwagen für den Transport von Panzern bereitzustellen. Laut Berichten ist sie mit der Bundeswehr zudem über einen Umbau von ICE-Waggons zu Bettenwagen in Verhandlung – zum

Verwundetentransport. Deutsche Bahn, Lufthansa und weitere Firmen geraten damit in den Sog des Umbaus der deutschen Wirtschaft zur Kriegsindustrie.

## Zur Geschichte des deutschen Imperialismus

### ***Brigitte Dornheim: Dunkle Wolken ziehen über Deutschland herauf***<sup>52</sup>

Die folgende Darstellung der Geschichte der Weimarer Republik und die des deutschen Faschismus erfolgt im Rahmen des Projektes: „Wege der Erinnerung und Mahnung zu Stätten der Verfolgung und des Widerstandes 1933 bis 1945“

#### 1.1

##### 1.1.1 Die Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges und die Entstehung der Weimarer Republik

Da die Zeit der Hitler-Diktatur nur dann wirklich verstanden werden kann, wenn man das Deutschland der Weimarer Republik von 1919 bis 1932 beleuchtet, soll hier Wesentliches zum Ersten Weltkrieg dargelegt werden, dessen Niederlage quasi die Geburtsstunde der Weimarer Republik war.

Der Erste Weltkrieg, welcher 1914 begann und 1918 endete, war vom kaiserlichen Deutschland unter Wilhelm II. in seinem Streben nach einem „Platz an der Sonne“ entfacht worden. Dieses Ziel ergab sich aus der Tatsache, dass das 1871 entstandene Deutsche Kaiserreich das Ergebnis der Blut-und-Eisenpolitik des Reichskanzlers Bismarck war. Aufgrund der späten Staatsgründung war Deutschland bei der Aufteilung der Kolonialreiche zu spät gekommen. Es waren für Deutschland nur einige wenige, relativ unbedeutende Kolonien übriggeblieben. Deshalb bedeutete, einen „Platz an

---

<sup>52</sup> Die gesamte Arbeit ist auf vier Teile konzipiert. Der hier abgedruckte Text stellt den ersten Teil dar, wie er in der Quelle, dem Rotmail Sonneberg, Nr. 195, April 2025, erschienen ist.

der Sonne" zu erlangen, Krieg gegen die wichtigsten Kolonialmächte, gegen Frankreich und Großbritannien zu führen. Die Behauptung einiger zeitgenössischer Historiker, die Länder seien als „Schlafwandler“ irgendwie in diesen Krieg hineingerutscht, ist demzufolge eine glatte Lüge.

Im ersten Weltkrieg standen sich zwei militärische Blöcke gegenüber - die Mittelmächte und die Entente-Mächte. Die stärkste Kraft der Mittelmächte war Deutschland, gefolgt von Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. An der Spitze der Entente-Mächte standen Frankreich, Großbritannien und Russland. Weiterhin gehörten dazu Serbien, Griechenland, Rumänien, Belgien, Italien, Japan und die USA. Die erbittertesten militärischen Auseinandersetzungen erfolgten zwischen der kaiserlichen deutschen und der französischen Armee. Die Mittelmächte waren nach vier Jahren Krieg gezwungen zu kapitulieren. Die Entente-Mächte galten als die Sieger des Ersten Weltkrieges.

Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerfiel. Auf seinem Territorium wurden neue Nationalstaaten gegründet oder Teile der Donaumonarchie zu bereits bestehenden Staaten hinzugeschlagen. Damals entstanden die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, ein verkleinertes Ungarn und ein verkleinertes Österreich als selbständige Staaten. Für Deutschland gab es statt des angestrebten „Platzes an der Sonne" große Gebietsverluste. In den letzten Monaten und Wochen des Krieges war die deutsche Wirtschaft zerrüttet. Die Industrieproduktion lag 1918 um 43% unter der von 1913 und die landwirtschaftliche Erzeugung ging um 40 bis 60% zurück. Katastrophal war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung. Viele Menschen lebten im bittersten Elend.

Dazu kam die Tatsache, dass Tausende Männer im Krieg geblieben waren, viele waren verwundet, viele vermisst. Die Anzahl der gefallenen deutschen Soldaten betrug allein von März bis November 1918 1,5 Millionen. An die Stelle der einstigen patriotischen Begeisterung trat pure Verzweiflung. Desertationen, Meutereien und auch Verbrüderungen mit gegnerischen Soldaten nahmen zu.

Auch die Oberste Heeresleitung (OHL) der kaiserlichen Armee musste die Aussichtslosigkeit der Situation eingestehen.

Dieses soziale und psychische Elend an der Front und im Heimatland führte schließlich zum Aufbegehren der Volksmassen. Am 3. November 1918 begann mit dem Aufstand der Matrosen und Arbeiter in Kiel die Novemberrevolution in Deutschland. Schon wenige Tage später kam es in Berlin zu Demonstrationen, Streiks und revolutionären Kämpfen. Der 9. November 1918 wurde zum Tag des Sturzes der Monarchie und der Proklamierung der Republik.

In der Nacht zum 10. November floh der Kaiser. Am 10. November 1918 konstituierte sich mit dem „Rat der Volksbeauftragten“, bestehend aus 3 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, SPD, und 3 Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, USPD, die Regierung der neuen Republik unter der Führung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert.

Diese Republik ist als Weimarer Republik in die Geschichte eingegangen, deren wichtigste Institutionen Reichstag, Reichspräsident und Reichskanzler bildeten.<sup>53</sup>

---

<sup>53</sup> Der Reichstag der Weimarer Republik war nach der Weimarer Reichsverfassung von 1919 das Parlament und damit das oberste Organ des Deutschen Reiches. Er übernahm seine Tätigkeit von der Weimarer Nationalversammlung, die vom Februar 1919 bis zum Mai 1920 als Parlament gedient hatte. Er tagte im Berliner Reichstag.

Der Reichspräsident war das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches von 1919 bis 1934. Mit Ausnahme der noch von der Weimarer Nationalversammlung erfolgten Wahl von Friedrich Ebert (SPD) wurde er direkt vom Volk für sieben Jahre gewählt. Der Nachfolger von Friedrich Ebert war der parteilose Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1925 bis 1934). Der Reichspräsident war nach der Weimarer Verfassung Oberbefehlshaber der Streitkräfte; er ernannte und entließ den Reichskanzler und konnte den Reichstag auflösen.

Als Reichskanzler wurde in der Weimarer Republik das Regierungsoberhaupt bezeichnet. Er hatte das Recht zur Einberufung, Eröffnung, Vertagung und Schließung des Reichstages. Es gab in der Weimarer Republik 12 Reichskanzler. Die bekanntesten waren Scheidemann, Bauer Wirth, Stresemann, Brüning und von Papen.

Als Präsidialkabinette bezeichnet man die drei letzten Weimarer Reichsregierungen unter Brüning, von Papen und von Schleicher. Sie erlaubten es der Regierung,

Da im Januar 1919 in Berlin noch die letzten Kämpfe der Novemberrevolution tobten, kam die verfassungsgebende Versammlung der neuen Republik, die Nationalversammlung, der spätere Reichstag, erstmals in der Stadt Weimar am 6. Februar 1919 zusammen. Am 11. November wurde der Waffenstillstand mit den Entente-Mächten unterzeichnet. Die Novemberrevolution gilt aus marxistischer Sicht als eine gescheiterte Revolution. Dennoch hatte sie Ergebnisse, welche die weitere gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands vorwiegend positiv beeinflussten. Zu diesen Ergebnissen gehören der Acht-Stunden-Tag, das Recht auf Betriebsräte, die Koalitions- und Versammlungsfreiheit sowie das allgemeine Wahlrecht, auch für Frauen.

Am 28. Juni 1919 wurde mit dem Versailler Friedensvertrag der endgültige Schlussstrich unter den Ersten Weltkrieg gezogen.

Er bestimmte für Deutschland große Gebietsverluste. Das Land musste Elsass-Lothringen an Frankreich abtreten und den sogenannten polnischen Korridor an Polen, so dass Ostpreußen vom übrigen deutschen Gebiet abgetrennt war. Insbesondere dieser Korridor wurde zur Keimzelle für Revanchepläne und damit für einen erneuten Krieg.

Das Saarland, so die Bestimmungen des Versailler Vertrags, sollte vom Völkerbund, einem internationalen Bündnis, das 1919 gegründet worden war, kontrolliert werden.

Der Versailler Vertrag war somit kein wirklicher Vertrag, sondern ein Diktat, ein Raub- und Gewaltfrieden, der Deutschland als Konkurrenten, vor allem für Frankreich und Großbritannien, militärisch, politisch und wirtschaftlich schwächen, aber nicht vernichten sollte.

Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges brauchten dieses Land als eine Art Rammbock gegen das 1917 in Folge der Oktoberrevolution entstandene

---

unabhängig vom Reichstag Gesetze zu erlassen. Die Präsidialkabinette hatten keine Mehrheit im Reichstag.

Als Notverordnung bezeichnet man eine im Artikel 48 der Weimarer Verfassung vorgesehene Regelung, nach der der Reichspräsident, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen, die Grundrechte außer Kraft setzen konnte.

sozialistische Sowjetrußland. Zu den Bestimmungen des Versailler Friedensdiktates gehörten außerdem folgende Festlegungen:

- Gebietsabtretungen Deutschlands an Dänemark, Belgien und die Tschechoslowakei,
- Verbot des Anschlusses von Österreich,
- Abtretung der deutschen Kolonien (der heutigen Länder Togo, Namibia, Kamerun, Ruanda, Burundi, Tansania, Samoa),
- Besetzung des linken Rheinuferes durch Frankreich,
- Begrenzung der Heeresstärke auf 100.000 Mann und Auflösung des Generalstabes
- Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht,
- Verbot schwerer und moderner Waffen,
- Ablieferung von Handelsschiffen, Maschinen, Chemikalien, Patenten,
- Lieferung von 400 Millionen Tonnen Steinkohle innerhalb von 10 Jahren,
- Zahlung von Reparationen (Kriegsentschädigung) im Laufe von 30 Jahren (20 Milliarden Goldmark bis 1921, danach 132 Milliarden)

Damit sah der Versailler Vertrag eine weitgehende Einmischung der Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges in die inneren Angelegenheiten Deutschlands vor. Er ließ jedoch den herrschenden Kräften in Deutschland freie Hand, die Reparationszahlungen durch die soziale Ausplünderung des deutschen Volkes aufzubringen. Er verbot diesen Kräften auch nicht die Bildung militärischer Organisationen und die Verbreitung friedensfeindlicher Ideologien.

Somit barg dieser Raub- und Gewaltfriede den Keim eines neuen Krieges in sich, der dann auch, nur 20 Jahre später, wieder von deutschem Boden ausgehend, die Welt in Brand setzen sollte.

Dieses Deutschland war die Basis für den Aufstieg der Nazis. Die Annullierung des Versailler Vertrag, von ihnen als Schanddiktat bezeichnet, war eines ihrer Hauptziele.

### 1.1.2. Die Zeit der revolutionären Nachkriegskrise 1919 bis 1923

Die Jahre 1919 bis 1923 bezeichnen die Historiker als die Zeit der revolutionären Nachkriegskrise oder der Nachkriegswirren.

Welche Ereignisse rechtfertigen diese Bezeichnung?

Der in den letzten Wochen des Ersten Weltkrieges einsetzende Verfall der deutschen Wirtschaft setzte sich nach dem Ende des Krieges fort und spitzte sich zu. Produktionseinschränkungen und die Schließung von Betrieben führten zu einem enormen Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegten hohen Reparationsleistungen wurden von den Regierungen der Weimarer Republik im Auftrag der Konzernherren und Bankiers auf das Volk abgewälzt. Die schlimmste Folge dieser Abwälzung war eine Hyperinflation, deren Ausmaße bis heute nicht wieder erreicht wurden.

Eine wachsende Verelendung von breiten Schichten der deutschen Bevölkerung führte wiederum zum Aufflammen von Streiks, Demonstrationen und auch Barrikadenkämpfen der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiterklasse.

Die bekannteste revolutionäre Aktion jener Jahre war die erfolgreiche Verteidigung der in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen und sozialen Rechte und Freiheiten gegen die militaristisch-antidemokratischen Putschisten um den Politiker Wolfgang Kapp und den Reichswahrgeneral von Lüttwitz.

### 1.1.3. Die Periode der relativen Stabilisierung 1924 bis 1929

Die Jahre 1924 bis 1929 gelten in der deutschen Geschichte auch als die Jahre der relativen Stabilisierung. Der „Volksmund“ sprach und spricht gern von den „Goldenen Zwanzigern“.

Aber waren sie wirklich golden, und wenn ja, für wen? Dieser Frage soll vor allem durch die Beleuchtung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Sonneberger Bevölkerung in jenen Jahren im Kapitel 1.2 nachgegangen werden.

Diese Bedingungen stehen stellvertretend für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Thüringen und in der gesamten Weimarer Republik.

Zusammengefasst kann man sagen, dass die Jahre 1924 bis 1929 in dieser Republik Jahre einer wirtschaftlichen Scheinblüte und einer trügerischen politischen und sozialen Ruhe waren, bevor die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise dem trügerischen Schein ein Ende setzte.

1.1.4. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 auf die Weimarer Republik und deren Untergang

Die Jahre 1929 bis 1932 standen auch in Deutschland im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Diese Krise war mit dem „Schwarzen Freitag“, dem 25. Oktober 1929, in New York eingeleitet worden. Die damaligen Einbrüche an der Wallstreet setzten einen Prozess in Gang, der die Welt in eine tiefe Krise stürzte.

Die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus von 1924 bis 1928/1929 war endgültig vorbei.

Die Konzerne der Industrieländer hatten in den Jahren vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise um des Profits willen die Warenproduktion unaufhörlich gesteigert.

Durch die gleichbleibenden Löhne bzw. die gesunkenen Reallöhne kam es aber zu keiner Steigerung der Kaufkraft, die das Übermaß an Waren hätte verringern können. Auch in Deutschland verschlechterte sich die wirtschaftliche und soziale Situation rapide. Es setzte eine ökonomische Stagnation ein. Die enge Verflechtung von US-amerikanischem und deutschem Kapital führte dazu, dass die Auswirkungen dieser Weltwirtschaftskrise auf Deutschland schlimmer waren als auf andere europäische Länder. Jene Auswirkungen waren unter anderem auch die Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrages, vor allem der Forderungen nach Reparationen. Die deutsche Industrieproduktion sank von 1924 bis 1929 um etwa 40%. Es kam auch zu einer Agrarstrukturkrise und zu einem starken Rückgang des Außenhandels.

Folge dieser Entwicklung war eine hohe Inflation. Die Arbeitslosigkeit stieg unaufhörlich, von etwa einer Million Arbeitsloser 1923 auf acht Millionen 1932.

Das hatte gewaltige soziale Folgen, wie zum Beispiel das Sinken der Nettoreallöhne der Arbeiter um ein Drittel und den Rückgang des

Volkseinkommens von 1.433 Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung 1928 auf 1.094 im Jahre 1933. Das Los der Notleidenden lässt sich kaum beschreiben. Hunderttausende Familien hausten in Elendsquartieren – in ungeheizten Lauben, Blechhütten, Zelten. Krankheiten und Seuchen breiteten sich aus. Hausierer, Obdachlose, Landstreicher, Bettler und Kriegsinvaliden gehörten zum täglichen Bild. Ratlosigkeit und Verzweiflung packten viele. Hunger plagte Erwachsene wie Kinder gleichermaßen. Arbeitslose lebten von der sogenannten Stütze, der geringe Lohn der Arbeitenden, egal ob Betriebs- oder Heimarbeiter, reichte nur für das Nötigste. Kinder und Jugendliche mussten mitarbeiten und waren ohne berufliche Zukunft. Die Empörung der Notleidenden war umso größer, wenn deutlich wurde, dass zur gleichen Zeit in den Speichern der Wohlhabenden Millionen Tonnen an Kartoffeln, Getreide, Fleisch u. a. lagerten und der Großteil verdarb oder vernichtet wurde, um die Preise hochzuhalten. So wurde Milch in die Gullys gekippt, Getreide auf dem Halm gepfändet, Kartoffeln untergepflügt, Tiere getötet.

Die Kapitalisten, Bankiers, Großgrundbesitzer und hohen Offiziere erkannten natürlich die Gefahr für ihre Herrschaft, die in der ständig wachsenden Unzufriedenheit und Empörung des Volkes lag. Deshalb suchten sie nach einem Ausweg aus dieser Situation. Das verdeutlichen zum Beispiel die Aktivitäten des „Lutherbundes“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Reichskanzlers Hans Luther und des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, RDI, bereits in den Jahren 1928/1929.

In einer „Denkschrift“ des RDI mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang“ aus dem Jahre 1929 wurden staatliche Maßnahmen zur Sicherung der Profite, Senkung der Steuern für Unternehmer bei gleichzeitigem Anheben der Massen- oder Verbrauchssteuern, Abbau der Sozialleistungen u. a. m. gefordert.

Maßgebende Kreise der Industrie drängten darauf, unter den Bedingungen der einsetzenden Krise, soziale und politische Rechte der Volksmassen abzubauen und nach Möglichkeit die bürgerlich-parlamentarische Ordnung der Weimarer Republik durch einen Putsch nach dem Vorbild der italienischen



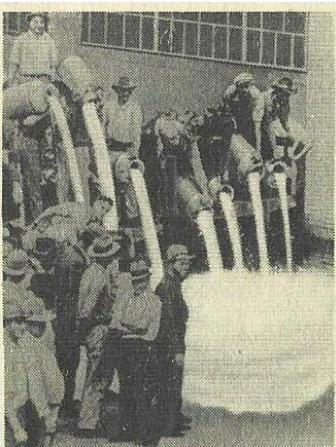
faschistischen Mussolini-Bewegung zu ersetzen.



*„Arbeitslose vor dem Arbeitsamt in Berlin-Neukölln“; aus „Die Rote Fahne“ vom 24. Februar 1932:*

*„Vor einigen Tagen starb in Berlin eine Arbeiterfrau, der die Sonderzuschüsse an Lebensmitteln genommen worden waren. In einer kalten Stube ist sie verhungert, so verhungern täglich in Deutschland Angehörige der Arbeiterklasse.“*

*Bild oben: Obdachlose auf den Treppen der Berliner Volksbühne*



*Milch wird vernichtet und die Getreideernte auf dem Halm gepfändet!*

*Alles, um die Preise hochzuhalten!*

Da ökonomische und soziale Krisenerscheinungen immer auch politische nach sich ziehen, kam es in Deutschland ab 1930 zu einer schrittweisen Ablösung des parlamentarischen Systems durch ein autoritäres Präsidialsystem. Der Reichstag erwies sich als unfähig, regierungsfähige Mehrheiten zustande zu bringen.

Das erste Präsidialkabinett regierte unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning. Seine Regierung begann, verfassungsmäßig verbriefte soziale und politische Rechte des Volkes abzubauen.

Verweigerte der Reichstag entsprechenden Vorlagen die Zustimmung, erklärte sie der Reichspräsident zur Notverordnung und setzte sie mit Hilfe des Artikels 48 der Weimarer Verfassung dennoch in Kraft.



*Der Reichstag wird eingesargt. Fotomontage von John Heartfield*

1930 wurden auf diese Weise fünf Notverordnungen erlassen, 1931 waren es bereits 41 und 1932 66.

„Radikale Parteien“ und Republikgegner bekamen großen Zulauf, u. a. durch die von der Politik der Weimarer Republik enttäuschten Menschen, durch sozial Entwurzelte und Arbeitslose.

## ***Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert*<sup>54</sup>: Der deutsche Militarismus**

Der Militarismus im Allgemeinen ist ein reaktionäres politisches System der herrschenden Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Verwirklichung einer Expansionspolitik gegenüber anderen Staaten mit militärischen Mitteln, das heißt durch Kriege. Lenin präzisiert: „*Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine Lebenserscheinung des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen ...), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen).*“ (Lenin, Bd. 15, S, 187)

Die wichtigste Machtgrundlage ist der reaktionäre kapitalistische Staat mit seinen bewaffneten Kräften. Diese werden nach Ausrüstung und Stärke extrem entwickelt. Dahinter verbergen sich die Kräfte des Monopolkapitals. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Preiserhöhungen, Steuern, Zölle, Einschnitte bei den Sozialsystemen, Kriegsanleihen usw. Die gesamte Wirtschaft wird militarisiert, jede demokratische Bewegung wird unterdrückt und die militärische Ideologie wird gesellschaftlich vorherrschend. Militärische Gewalt sei angeblich das bestmögliche Mittel zur Lösung innen- und außenpolitischer Fragen, so wird es behauptet. Das erhöht die Kriegsgefahr. Diese hat seit der Herausbildung des Imperialismus, der heute die ganze Welt umfasst, enorm zugenommen. Inhaltlich geht es um die „Neuaufteilung“ der Welt unter den Monopolbourgeoisien. „*Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben.*“ (Lenin, Bd. 23, S.78)

Der deutsche Militarismus war bis auf die kurze Zeit der Existenz der DDR stets besonders reaktionär und antidemokratisch. Deshalb werfen wir nun einen Blick in die Geschichte.

Der Ausgangspunkt für die Entwicklung des deutschen Imperialismus und in dessen Folge des deutschen Militarismus war die junkerlich-bourgeoisien

---

<sup>54</sup> Im „Marxistischen Arbeitskreis“ arbeiten: Tim Schoenmakers, Anna C. Heinrich, Jürgen Geppert und Frank Flegel

Klassengrundlage der deutschen Ökonomie in der ersten Hälfte des 19. Jh., die niedergeschlagene bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49 und der in den 60er Jahren des 19. Jh. geschlossenen Klassenkompromiss von Großbourgeoisie und Junkertums sowie die Reichsgründung durch Preußen 1871.

### **Militarismus nach der Reichsgründung**

Im Ergebnis wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Kleinstaaten auf der Grundlage der Zollunion sowie der Einigungskriege 1864 bis 1871 und des gemeinsamen Sieges des von Preußen geführten Militärbündnisses der deutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg erfolgte die Reichsgründung im Jahr 1871. Es entstand ein deutscher Nationalstaat, der von Anfang an aggressiv war. Der preußische Militarismus und der deutsche Nationalismus sind eng miteinander verbunden. Es erfolgte einer grundlegenden Neuausrichtung der Machtverhältnisse in Europa. Deutschland, nun vereint und gestärkt, trat als neue Großmacht auf die Bühne der Weltpolitik.

Der Militarismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts förderte ein Wettrüsten, das zu neuen Militärtechnologien und erhöhten Rüstungsausgaben führte. Im europäischen Denken des 19. Jahrhunderts - so wie heute - wurden Politik und militärische Macht untrennbar miteinander verbunden, ähnlich wie Politik und Wirtschaftsführung in der heutigen Zeit untrennbar geworden sind. Ein Beispiel dafür war der Rüstungskonzern Krupp. 1859 erhielt Krupp erstmalig einen preußischen Großauftrag für die Herstellung von 300 Gussstahlkanonenrohrblöcken. Krupp ging als Rüstungsbetrieb in die Geschichte ein.

Die Jahre zwischen 1890 und 1914 gelten als eine der massivsten Hochrüstungsphasen der deutschen Geschichte. In dieser Zeit wurden die rüstungswirtschaftlichen und waffentechnischen Voraussetzungen geschaffen, die den Ersten Weltkrieg als industrialisierten Krieg erst möglich machten. Großen Anteil an dieser Entwicklung hatte das von den Montankonzernen dominierte rheinisch-westfälische Industriegebiet, das vor dem Ersten Weltkrieg das Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie war. Auch im Ersten Weltkrieg wurde die Rhein-Ruhr-Region ihrem Ruf als Waffenschmiede des

Deutschen Reiches mehr als gerecht. (Michael Gaigalat: Rüstung für die deutsche Weltmachtspolitik. In: W&F 2015/3)

In den Jahren von 1872 bis 1913 stiegen die Militärausgaben kontinuierlich von 347 Millionen Reichsmark auf 1,8 Mrd. Reichsmark. Hier war für alle Beteiligten ein maximaler Profit möglich. Immer mehr kapitalistische Unternehmen beteiligten sich an diesem lukrativen Geschäft der Waffenproduktion. Vorher war der Rüstungsbedarf durch Produktion in staatlichen Waffenschmieden gedeckt worden. Durch den verstärkten Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie entstand ein ökonomischer Machtkomplex, der neben seinen allgemeinen kapitalistischen Expansionsinteressen auch aus ganz spezifischen eigenen ökonomischen Interessen permanent auf Verstärkung der Rüstung drängte.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gingen die Aufträge für 60 Prozent der Rüstungsmittel an private Produzenten und nur noch für 40 Prozent an die staatlichen Heereswerkstätten.

### **Das Beispiel Rheinmetall**

Um die Jahrhundertwende wurden auch die Firmen Rheinmetall und Erhardt & Heye im Rüstungssektor tätig.

1889 gründete der Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, um für das Deutsche Kaiserreich Munition zu produzieren. Heinrich Erhard (1840–1928) leitete nicht nur den Bau des Rheinmetall-Werks in Düsseldorf, sondern auch den Betrieb bis 1920.

Das Unternehmen expandierte in den Folgejahren sehr schnell, teils durch staatliche Aufträge und teils, weil man in den Jahren 1891 und 1892 Patente auf zwei Verfahren zur Herstellung nahtloser Rohre erhielt. Rheinmetall stellte 1896 das weltweit erste felddiensttaugliche Schnellfeuergeschütz vor, das in den Folgejahren erhebliche Profite abwarf. Für die Erprobung von Waffen und Munition wurde 1899 ein Gelände in der Nähe von Unterlüß in der Lüneburger Heide gepachtet. Dieser Standort existiert heute noch und umfasst aktuell eine Fläche von 50 Quadratkilometern. Durch Firmen-Übernahmen von Rheinmetall wurde die Produktpalette um Handfeuerwaffen, Patronen und Geschosszünder erweitert.

1906 wurde das Werk in Düsseldorf erweitert. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 war Rheinmetall einer der größten Rüstungshersteller im Deutschen Kaiserreich und beschäftigte fast 8.000 Arbeiter. Bis zum Ende des Krieges vergrößerte sich die Belegschaft auf knapp 48.000 Beschäftigte.

Von der rüstungspolitischen Wende Anfang der 1890er Jahre profitierten vor allem die Firmen Krupp und Rheinmetall. Schon in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten hatte sie sich stets als verlässlicher Rüstungspartner des Deutschen Reiches erwiesen, wenn die staatlichen Heereswerkstätten mit der Waffen- und Munitionsproduktion nicht nachkamen. Trotz der schwankenden Nachfrage hatte sich eine politisch-industrielle Symbiose zwischen der Fa. Krupp, der kaiserlichen Administration und den Militärbehörden herausgebildet. Solche Konzerne wie Krupp, Rheinmetall u.a. verdankten ihre Entwicklung vor allem den Profiten, die sie aus staatlichen Rüstungsaufträgen zogen. Aber neben der Produktion für die Aufrüstung des deutschen Militärs spielte auch damals schon der internationale Waffenhandel eine bedeutende Rolle für die deutsche Rüstungsindustrie. Auch hier waren der Krupp-Konzern und Rheinmetall an vorderster Front zu finden. Daneben etablierte sich auch die bekannte Fa. Mauser zum bedeutsamen Waffenexporteur.

Die meisten Waffengeschäfte wurden auch damals schon auf dem internationalen Markt getätigt. Krupp verdiente sein Geld vor allem mit Exportgeschäften. Von 1875 bis 1891 setzte Krupp nur 18 Prozent seiner Rüstungsproduktion im Inland ab, 82 Prozent waren Bestellungen ausländischer Militärverwaltungen. Nur durch diese Aufträge gelang es, die vorhandenen Produktionsanlagen voll auszulasten, da der eigene Staat häufig zu wenig Kriegsmaterial orderte. Das Deutsche Reich wiederum duldete die Ausfuhr von Waffen, um die Leistungsfähigkeit der privaten Rüstungsindustrie zu erhalten und die waffentechnische Entwicklung zu fördern. So löste die kriegsbedingte Aufrüstung eine Hochkonjunktur aus und sorgte bei den Unternehmen für hohe Kriegsgewinne.

Die Entwicklung des Militärs musste dem angepasst werden. Das Deutsche Reich verfügte wie der Norddeutsche Bund bis dahin über keine eigenen Landstreitkräfte. Neben der Preußischen Armee bestanden im Deutschen Reich noch die Bayerische, die Sächsische und die Württembergische Armee. Und wie im Norddeutschen Bund nahmen auch im Deutschen Reich

Spitzenbehörden der Preußischen Armee de facto die Aufgaben militärischer Spitzenbehörden des Deutschen Reiches wahr. Das Königreich Preußen gilt als die Quelle des europäischen Militarismus.

Vor der Einigung Deutschlands 1871 war Preußen das mächtigste Land unter den deutschen Königreichen. Nach der Vereinigung wurden die deutsche Regierung und die Streitkräfte nach dem preußischen Vorbild aufgebaut und viele deutsche Politiker und Generäle waren Junker. Preußens Sieg gegen Frankreich im Jahr 1871 bewies, dass die preußische Armee die gefährlichste und effektivste militärische Kraft in Europa war. Die preußischen Kommandeure, das Personal und die Methodik wurden zur Keimzelle der neuen deutschen Reichsarmee. Der deutsche Kaiser war ihr Oberbefehlshaber; er stützte sich auf einen Militärerrat und einen Generalstab, deren Mitglieder aus Junkern und Berufsoffizieren bestanden. Der Reichstag, das gewählte zivile Parlament Deutschlands, hatte in militärischen Fragen nur eine beratende Funktion.

Auch als Kolonialmacht wurde das Deutsche Reich aktiv. Ab 1885 entstanden in den afrikanischen „Schutzgebieten“ Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika und Kamerun kaiserliche „Schutztruppen“.

Im Jahr 1900 wurde als militärische Einrichtung unter dem Befehl des Kaisers das Reichsmilitärgericht gebildet. Und ebenfalls 1900 wurde für die Führung der internationalen Verbände zur Niederschlagung des sogenannten Boxer-Aufstandes in China das Armeeoberkommando in Ostasien gebildet. Für den deutschen Anteil an diesem Unternehmen wurde 1900 aus den Abordnungen der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten ein Ostasiatisches Expeditionskorps gebildet, aus dem 1901 die Ostasiatische Besatzungsbrigade entstand.

Um die territorialen Streitkräfte zu stärken wurde zum Beispiel die Schaumweinsteuer 1902 vom Reichstag zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt. Der Beschluss des Schaumweinsteuergesetzes durch den Reichstag erfolgte nach drei Beratungen in der Sitzung am 26. April 1902. Diese Steuer wurde 1933 als eine Maßnahme zur Überwindung der Wirtschaftskrise auf Null gesenkt, aber nicht abgeschafft. 1939 wurde sie in Form eines Kriegszuschlages, besonders zur Entwicklung der U-Boot-Flotte, wieder aktiviert. Diese Steuer gibt es noch heute.

## **1914 - der Erste Weltkrieg**

Bei der Mobilmachung im August 1914 zum Beginn des Ersten Weltkrieges trat das Deutsche Heer, bestehend aus den Armeen Preußens, Bayerns, Sachsens und Württembergs unter dem Befehl des Kaisers zusammen. Im Zuge dessen wurden zuvor nicht bestehende Armeeoberkommandos gebildet.

Der erste Weltkrieg (1914-1918) stellte nicht nur in militärischer Hinsicht eine neue Qualität dar. Durch den immensen technischen Fortschritt wurde das Kriegsgebiet über die Schützengräben hinaus ausgedehnt. Erstmals hatte so auch die Zivilbevölkerung der am Krieg beteiligten Staaten unter den Kampfhandlungen zu leiden.

Dieser Krieg war gesetzmäßig die Folge der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und des Kampfes des Monopolkapitals um die Neuaufteilung der Welt sowie seines Strebens, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Er wurde von den imperialistischen Großmächten, insbesondere von Deutschland langfristig vorbereitet. Eine neue Qualität bestand auch darin, dass sich erstmals zwei imperialistische Militärblöcke (Entente und Mittelmächte) gegenüberstanden. In Überschätzung seiner militärischen Kraft und Unterschätzung seines Gegners beabsichtigte der deutsche Imperialismus im Sinne der „Blitzkriegsstrategie“ zunächst Frankreich und danach Russland zu schlagen.

Die Vorbereitung auf einen solchen Krieg erfordert die Militarisierung des gesamten Volkes und der Wirtschaft. Wie wurde dieser Krieg finanziert? Die Finanzierung des Ersten Weltkrieges mit all seinen technischen Neuerungen stellte eine bis dahin nicht gekannte Belastung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft dar. Um die Mobilmachung finanzieren zu können wurden im Jahr 1914 die bestehenden Finanzgesetze reformiert. Damit wurde bereits der Grundstein für die Inflation in der Zeit von 1918 bis 1923 gelegt. Die Annahme der deutschen Reichsregierung, der Krieg würde kurz und siegreich sein, hatte zur Folge, dass kein langfristiger Kosten- und Finanzierungsplan für diesen Krieg erarbeitet wurde. Vielmehr wurden durch weitere Änderungen der Finanz- und Steuergesetze sowie durch die Gründung von Darlehenskassen die bestehenden Vorschriften zur Deckung des Geldumlaufs langsam ausgehöhlt.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Organisation der Kriegswirtschaft wurden vom Reichstag am 4. August 1914 mit einem "Ermächtigungsgesetz"

verabschiedet, das weitreichende Eingriffe in das Wirtschaftsleben möglich machte.

Grundsätzlich gibt es drei Formen der Kriegsfinanzierung, die noch heute gelten:

1. Ein reicher Staat kann die Ausgaben für einen Krieg zumindest partiell durch Steuererhöhungen beschaffen. In den USA und in Großbritannien wurden die Kriegskosten im Ersten Weltkrieg zu je einem Viertel durch Steuererhöhungen aufgebracht. In Österreich war der Beitrag der Steuern zur Finanzierung der Kriegsausgaben gleich Null.
2. Durch *Kriegsanleihen* können die Kosten eines Krieges über viele Jahre, das heißt also über Generationen verteilt werden.
3. Der einfachste, aber auf lange Sicht problematischste Weg der Kriegsfinanzierung, der auch wirtschaftlich schwachen Staaten offensteht, besteht in der direkten Verschuldung des Staates bei der Notenbank. Er führt unmittelbar in die Inflation.

Dieser Weg wurde im Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich eingeschlagen. Die Kriegskosten wurden zu ca. 60 % durch Kriegsanleihen und zu 40 % durch Kredite bei der Notenbank aufgebracht. Der Geldumlauf wurde vermehrt und so das Inflationspotenzial vergrößert.

Die Kriegsanleihen waren von Beginn an das wichtigste Mittel, um den Krieg überhaupt zu finanzieren. Mit Zeitungsannoncen, Plakaten und Filmen rief das Deutsche Reich regelmäßig zur Zeichnung der Kriegsanleihe auf und versprach fünf Prozent Zinsen. Das baute einen großen moralischen Druck auf, dem sich damals kaum jemand entziehen konnte. Die Rostocker Historikerin Antje Strah sagt aus: "Die Botschaft des Deutschen Reiches war: 'Damit unterstützt Ihr Eure Männer und der Krieg wird schneller beendet sein. Alles wird sich zum Guten wenden, ihr müsst nur Euer Geld geben.'" Der gesellschaftliche Druck, das große Zinsversprechen und auch die anfängliche Kriegsbegeisterung bringen Millionen Menschen dazu zu "zeichnen". In den vier Kriegsjahren zahlen die Menschen insgesamt 98 Milliarden Mark ein und decken damit 60 Prozent der Kriegskosten. Den wachsenden Finanzbedarf des Reiches (Kriegsproduktion, Tilgung und Verzinsung der Schulden) jedoch konnte nicht gestillt werden.

Da der Krieg nun mal kein „Blitzkrieg“ wurde, sondern länger dauerte als geplant, kam es auch in Deutschland zu Hungersnöten, die durch den extrem kalten Winter 1916/17 verschärft wurden.

Von den versprochenen Gewinnen bekamen die Geldgeber nichts, denn das Deutsche Reich verlor den Krieg. Schon vor Kriegsende hatte die Inflation eingesetzt und das Finanzsystem war komplett zusammengebrochen. Mit Kriegsschluss wurden dem Deutschen Reich Reparationszahlungen an Frankreich und Großbritannien aufgelastet. Dieses Geld sollte fortwährend gezahlt werden und dafür wurde immer mehr gedruckt, aber es stand kein Gegenwert da. So verlor das Geld praktisch von Stunde zu Stunde an Wert. Heute sagt man zu solchen Schulden „Sondervermögen“.

Zur Ökonomie des Krieges gehören ganz allgemein, und so auch im Ersten Weltkrieg, drei verschiedene Ebenen, die ungeheure Herausforderungen mit sich bringen:

Zum Ersten gehörte dazu die Produktion der an der Front benötigten Rüstungsgüter, also von Waffen und Munition, wie sie während des Krieges vorher nicht gekannte Größenordnungen erreichte. Allein im Jahre 1918 etwa wurden in Deutschland mehr als viermal so viele Geschütze produziert wie die gesamte Artillerieausstattung, die das deutsche Heer vor dem Beginn des Krieges 1914 aufgewiesen hatte. Und noch weit schneller wuchs der Bedarf an Munition, Granaten und Patronen, deren Verbrauch ins schier unermessliche stieg.

Zum Zweiten war es notwendig, trotz des Vorrangs für die Rüstungsproduktion auch die Versorgung der Menschen an der Front wie in der Heimat mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern sicherzustellen.

Zum Dritten schließlich mussten die Finanzmittel aufgebracht werden, um die enorme Rüstungsproduktion finanzieren zu können. Auf knapp 160 Milliarden Reichsmark beliefen sich Ende 1918 die Kriegskosten des Deutschen Reiches, was etwa dem Vierfachen des gesamten deutschen Volkseinkommens im Jahre 1913 und der Hälfte des geschätzten Volksvermögens insgesamt entsprach.

Die Kriegsfinanzierung auf dem Schuldenwege hatte gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Die Geldentwertung hatte mit

dem Beginn des Ersten Weltkrieges ihren Anfang genommen und setzte sich mit einem "Inflationsjahrzent" der Jahre 1914 bis 1923/24 fort, wobei sich in den beiden letzten Jahren der Prozess zur Hyperinflation steigerte.

### **1918 bis 1933**

Unter dem Einfluss der Februarrevolution in Russland verschärfte sich der Klassenkampf in allen imperialistischen Staaten, auch in Deutschland. Russland brach mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als erstes Land aus dem imperialistischen System aus. 1918 war die deutsche militärische Führung gezwungen, den Krieg als verloren anzuerkennen.

Die absoluten Zahlen der Toten im Ersten Weltkrieg sind erschreckend. Laut Schätzungen verloren die Kriegsparteien insgesamt etwa 16 Millionen Menschenleben, davon:

**Deutschland:** Etwa 2 Millionen Soldaten und 400.000 Zivilisten,

**Frankreich:** Ungefähr 1,4 Millionen Soldaten und 300.000 Zivilisten,

**Österreich-Ungarn:** Rund 1,2 Millionen Soldaten und 400.000 Zivilisten,

**Russland:** Schätzungen sprechen von bis zu 2 Millionen Soldaten und einer hohen Zahl an Zivilisten,

**Großbritannien:** Circa 1 Million Soldaten und etwa 100.000 Zivilisten.

Die „Neuaufteilung der Welt“ geschah nicht im Interesse des Deutschen Reiches, sondern zu Gunsten der Ententemächte. Dieses Ergebnis barg wie fast jeder imperialistische „Friedensschluss“ den Keim neuer Kriege in sich.

Mit dem Aufstand der Kieler Matrosen begann die Novemberrevolution 1918/19. Sie erzwang den Sturz der Hohenzollern-Monarchie, der Fürsten in den einzelnen deutschen Staaten und der kaiserlichen Regierung.

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurde von den imperialistischen Kräften in Deutschland nicht anerkannt. Es gab zwar einen Friedensvertrag, den Friedensvertrag von Versailles, und dieser enthielt u.a. auch drastischen Beschränkungen wie Gebietsabtretungen, Verlust der deutschen Kolonien und das Rheinland wurde entmilitarisiert. Dem Militär wurden Beschränkungen in der Organisation und der maximalen Größe und Bewaffnung auferlegt.

Das Deutsche Reich wurde zur Wiedergutmachung durch Geld- und verpflichtet. Eine erste Rate von 20 Milliarden Goldmark war bis April 1921 zu zahlen. Außerdem wurde eine Verkleinerung der reichsdeutschen Handelsflotte festgeschrieben. Die großen deutschen Schifffahrtswege auf der Elbe, Oder, Donau und Memel wurden zu internationalen Schiffswegen erklärt. Für fünf Jahre musste das Deutsche Reich den Siegermächten einseitig die Meistbegünstigung gewähren. Luxemburg musste die bislang bestehende Zollunion mit dem Deutschen Reich aufgeben.

Der durch den Ersten Weltkrieg abgebrochene Aufschwung der deutschen Industrie und Wirtschaft in der Zeit des Kaiserreichs konnte nach Kriegsende nicht wieder aufgenommen werden. Vielmehr kam es in der Weimarer Republik zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der Vorkriegszeit. Deutschlands Industrieproduktion war 1919 auf den Stand von 1888 zurückgefallen. Die Wirtschaftskraft des deutschen Reiches verlor nach Kriegsende 26 Prozent der Steinkohleförderung sowie 44 Prozent der Roheisen- und 38 Prozent der Stahlproduktion. Die Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich bedeutete den Verlust von 70 Prozent der gesamten deutschen Erzförderung. Die Landwirtschaft verlor insgesamt einen Flächenanteil von 14 Prozent. Zur den Reparationsleistungen gehörten auch 5.000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwaggons und 5.000 Lastkraftwagen, 90 Prozent der Hochsee-Handelsflotte, die 1914 die zweitgrößte der Welt gewesen war. Erst 1927 erreichte die industrielle Produktion Deutschlands wieder den Umfang von 1913. Man könnte annehmen, dass daraus Schlussfolgerungen zum Aufbau eines friedlichen Landes gezogen würden. Das entspricht aber nicht dem Charakter des Imperialismus.

Im Jahr 1923 konnte die deutsche Regierung die hohen Reparationen nicht mehr zahlen. Daraufhin besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um Rohstoffe als Sachleistungen sicherzustellen. Es kam anschließend zum Ruhrkampf, der die wirtschaftliche Lage nochmals verschärfte und im selben Jahr eine Hyperinflation auslöste. Dem folgte eine Währungsreform mit der Einführung der Rentenmark. Durch Verhandlungen mit den Siegermächten wurde die Voraussetzung geschaffen, um einen neuen Kurs bezüglich der Reparationszahlungen einzuschlagen.

Für den deutschen Imperialismus stand die Frage im Raum, wie sich die Weimarer Republik wirtschaftlich und militärisch in einer relativ kurzen Zeit

erholen könnte, denn die jetzt vorhandene Situation war für das deutsche Monopolkapital nicht akzeptabel. 1924 wurde der Dawes-Plan verabschiedet. Dieser war von amerikanischen Krediten abhängig und gewährleistete die Finanzierung der Reparationsleistungen aus dem Ersten Weltkrieg. Der Dawes-Plan konnte die politische und wirtschaftliche Lage Deutschland zwischen 1924 und 1929 stabilisieren. Damit entstand eine zunehmende Abhängigkeit des deutschen Finanzkapitals von US-amerikanischen Banken. Aber diese Entwicklungshilfe gab den deutschen Imperialisten die Möglichkeit, sich auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten, was ganz im Interesse der USA stand.

### **1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges**

Nach der Etablierung des Faschismus 1933 in Deutschland erfolgte eine offene terroristische, reaktionäre und chauvinistische Diktatur des Finanzkapitals sowie der Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht. Der Parlamentarismus wurde ausgeschaltet und eine beispiellose Demagogie erhielt die Oberhand. Zur Unterdrückung und Zersplitterung der Arbeiterklasse stand im Mittelpunkt der Antikommunismus. Die gesamte Gesellschaft wurde auf einen Krieg vorbereitet.

Der militärisch-industrielle Komplex konnte sich voll entfalten, indem die Interessen der Macht und die Interessen des Rüstungskapitals miteinander verschmolzen. Die Macht der Militärhierarchie wurde zum entscheidenden gesellschaftlichen Faktor. Das ging einher mit der Manipulation der Medien und der psychologischen Beeinflussung der Menschen in der Gesellschaft. Der militärisch-industrielle Komplex hat zwei Ebenen, einerseits ist er der Ausdruck der hohen Militarisierung, andererseits die Haupttriebkraft des Militarismus.

Die Weltwirtschaftskrise wurde in Deutschland bis 1936 in den wichtigsten Punkten bewältigt, auch in der Rüstung. Und Deutschland erreichte als eines der ersten Länder nach dem Ersten Weltkrieg wieder Vollbeschäftigung. Wesentliche Maßnahmen waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen sowie staatliche Sparprogramme. Es erfolgte auch eine verdeckte Überschuldung des deutschen Staates mittels spezieller Wechselkredite, die nicht zurückgezahlt, sondern in Reichsschuldverschreibungen umgetauscht wurden.

Die Rüstungsindustrie stellte zusätzlich für die Kriegsvorbereitung kriegstaugliche Lokomotiven für die Bahn und 100.000 LKW bereit.

Schon 1923 hatte der General Hans Seeckt den Auftrag erhalten, einen geheimen detaillierten Aufrüstungsplan zu erstellen. So sollte ein „Großes Heer“ mit einer Kriegsstärke von 2,8 bis 3 Mio. Mann aufgebaut werden. Nach diesem Plan wurde ein Bedrohungspotential aufgebaut, das eine deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent ermöglichte und auch einen Revanchekrieg nach dem Ersten Weltkrieg und einen Krieg gegen die Sowjetunion möglich machen sollte. 1935 wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt.

Ab 1933 war bereits die Aufrüstung der Wehrmacht forciert worden. Sie erreichte im Sommer 1939 eine Stärke, die den Überfall auf Polen möglich machte. Dazu wurden 4,7 Millionen Männer einberufen. Insgesamt wurden 1939 bis 1945 über 17 Millionen Männer in den Krieg geschickt.

Dieser Krieg war von Beginn an ein imperialistischer Krieg zwischen dem von Deutschland geführten Block faschistischer Staaten und dem britisch-französischen Block mit Unterstützung der USA. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurde der Krieg ein Zwitter zwischen einem imperialistischen Eroberungskrieg und einem anti-sozialistischen Klassenkrieg. Von der Sowjetunion aus war er ein gerechter, antifaschistischer Befreiungskrieg.

Die Ziele des Krieges bestanden in der Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenten in Europa und Erreichung der Vorherrschaft sowie der Durchsetzung der deutschen Weltherrschaftsansprüche. Sein Hauptziel war die Zerschlagung der Sowjetunion und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

Der Krieg endete mit einer eindeutigen Niederlage Deutschlands.

Dieser verbrecherische Krieg, den Deutschland begann, war der bisher schrecklichste Krieg in der Geschichte der Menschheit. Er forderte ca. 60 bis 65 Millionen Menschenleben. Die größten Opfer erbrachte die Sowjetunion mit ca. 27 Millionen Opfern.

### **1945 bis 1949**

Die wirtschaftliche Situation war durch die Zerstörung wichtiger Industrieanlagen und die von den Alliierten geforderten Reparationsleistungen gekennzeichnet. Im Ergebnis von Verhandlungen im alliierten Kontrollrat wurde am 26. März 1946 im Industrieniveau-Plan festgeschrieben, welchen Umfang die deutsche Nachkriegswirtschaft haben durfte und welches Ausmaß der Kapazitätsabbau zugunsten der Reparationslieferungen haben würde.

Damit sollte das Kriegspotenzial Deutschlands vernichtet werden, und trotz Reparationen notwendige Fabriken und Ausrüstung belassen bleiben, um den Wiederaufbau einer existenzfähigen Friedenswirtschaft zu gestatten. Dieser Plan wurde revidiert, verfolgt aber weiter die Ziele des ursprünglichen Plans. Man ging davon aus, dass die industrielle Kapazität, die nach dem Plan vom März 1946 erhalten wurde, eine Produktion von 55% derer des Jahres 1938 hervorbringen würde, was ungefähr 70–75% der Produktion von 1936 wäre.

Schon in dieser Zeit wurde die Abhängigkeit der späteren BRD von den USA zementiert. In einer berühmt gewordenen Rede propagierte der amerikanische Außenminister George C. Marshall im Juni 1947 vor Studenten der Harvard-Universität ein umfassendes Hilfsprogramm für Europa, das im folgenden Jahr in die Tat umgesetzt wurde. Eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie hatten Amerikas Politiker zu der Hilfsaktion des European Recovery Program (ERP), wie die offizielle Bezeichnung des Marshall-Plans lautete, bewogen. Durch Kredite sollten die Volkswirtschaften Westeuropas zu eigener Güterproduktion befähigt werden. Gleichzeitig wurden die Empfänger gezwungen, ihre Volkswirtschaften aufeinander abzustimmen. Der Marshall-Plan bezweckte auch den Kampf gegen „kommunistischer Einflüsse auf die notleidende Bevölkerung Europas durch wirtschaftliche Immunsisierung“. Nebenbei gab es auch das Ziel der langfristigen Sicherung von Absatzmärkten für die amerikanische Wirtschaft.

Die Teilnahme am Marshall-Plan war noch vor der Gründung der Bundesrepublik der erste Schritt zur Integration Westdeutschlands in das westliche Wirtschaftssystem. Zusammen mit den schon früher gewährten Unterstützungen flossen bis 1952, dem Ende der ERP-Ära, rund drei Milliarden Dollar nach Westdeutschland.

In der sowjetisch besetzten Zone lehnte der zweite deutsche Volkskongress in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht UdSSR den Marshall-Plan wegen

der Gefährdung der Einheit Deutschlands, restaurativer innenpolitischer Entwicklung und der Gefahr einer europäischen Blockbildung ab. Die politische Teilung Europas wurde am 1. März 1948 mit dem amerikanischen (bald: westlichen) Handelsembargo gegenüber der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten vorbereitet und nach der politischen auch die wirtschaftliche Teilung Europas manifestiert.

### **1949 bis 1990**

Auf der Grundlage des Marshall-Plans erfolgte in Westdeutschland ein rasanter Wirtschaftsaufschwung, der durch den schnellen Anstieg des nominellen Pro-Kopf-Volkseinkommens gekennzeichnet war. Die so genannte „Soziale Marktwirtschaft“ wurde eingeführt. Es ergab sich auch die Möglichkeit zum Import erheblicher technischer Neuerungen aus den USA, die auch eine eigene deutsche Militärforschung ermöglichten. Die Verwendung neuer Techniken, die aus den USA und der eigenen militärischen Forschung der 1930er und 1940er Jahre kamen, führte zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitsproduktivität, z.B. in der chemischen Industrie um 350 %, im Metallgewerbe um 300 % und im Bergbau um 220 %.

Auch bereits in dieser Zeit wurde seitens der BRD nach Möglichkeiten einer eigenen Rüstungsindustrie gesucht. Die Firma Rheinmetall wurde wieder ein Beispiel dafür. 1945 gab es in Deutschland keine Rüstungsproduktion mehr. In den westlichen Besatzungszonen war z.B. Rheinmetall-Borsig bis 1950 von einem völligen Produktionsverbot betroffen. Ab 1950 erhielt das Unternehmen von den westlichen Alliierten das Recht, ausschließlich für zivile Güter zu produzieren. Danach wurde die Firma in eine reine Holdinggesellschaft umgewandelt und zwei unabhängige Tochterunternehmen gegründet: Borsig in Berlin und Rheinmetall in Düsseldorf. Die Unternehmen waren in der Folgezeit, also ab Anfang/Mitte der 1950er Jahre, an der „alliierten Auftragsproduktion“ von Rüstungsgütern beteiligt. Es bestand auch die Möglichkeit der Fortsetzung der Produktion von Waffen in ausländischen Werken. Und es gab eine sehr frühe Kooperation zwischen Rheinmetall und Israel. Noch vor der Staatsgründung Israels 1948 bestand eine enge Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung, die noch heute einen sehr hohen Stellenwert für beide Staaten hat.

Die Aufrüstung der BRD begann 1955 durch die USA mit der Schaffung der Bundeswehr. Die Bundeswehr war seit ihrer Gründung Mitglied des aggressiven NATO-Militärblocks, der 1949 gegründet wurde. Die Vorbereitungen für die Aufstellung der neuen Armee hatten bereits im Oktober 1950 mit der Errichtung des „Amtes Blank“ begonnen. Am 8. Juli 1955 wurde Theodor Blank zum ersten Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Die ersten Soldaten der Bundeswehr wurden am 12. November 1955 in Bonn vereidigt.

Der Generalleutnant Adolf Heusinger galt als Gründungsvater der Bundeswehr. Er war vor dem zweiten Weltkrieg verantwortlich für die Planung der Überfälle und des Krieges gegen Polen 1939 und die Sowjetunion 1941. An seiner Seite stand Generalleutnant Hans Seidel. Er war im Zweiten Weltkrieg Chef des Stabes der Heeresgruppe B. Diese war mit am Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich beteiligt, und auch von Beginn an bei dem Überfall gegen die Sowjetunion. Von 1957 bis 1963 war er als General der Bundeswehr Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa bei der NATO.

Bis 1957 wurden zur Bundeswehr nur Berufs- und Zeitsoldaten einberufen. Dann erfolgte die Wehrpflicht. 1960 hatte die Bundeswehr eine Stärke von 270.000 Soldaten inklusive 100.000 Wehrpflichtigen. Und bereits 1965 waren es 455.000 Soldaten mit 215.000 Wehrpflichtigen. Ende der 60iger Jahre betrug die Personalstärke ca. 600.000 Soldaten und Zivilangestellte. Die Personalstärke ging zurück und hat heute einen Stand von 262.000. Bis 2031 soll eine Stärke von 303.000 erreicht werden. Dafür wurde die Anzahl von amerikanischen Soldaten in der BRD bis 2022 auf 38.000 amerikanische Soldaten erhöht. Das geht aus der Antwort (20/7303) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (20/7014) der Fraktion „Die Linke hervor“.

Die USA stellten die Erstausrüstung der Bundeswehr durch die sogenannte „Nash-Liste“ mit amerikanischem Material: Im zweiten Halbjahr 1955 hatte die BRD mit den USA ein Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe geschlossen, durch das der Bundeswehr kostenlos amerikanische Rüstungsgüter im Wert von einer Milliarde US-Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Nach 1956 wurden amerikanische Rüstungsgüter durch Regierungskäufe (Foreign Military Sales) erworben. Es wurde in diesem Jahr auch über die die Fertigung bzw. Entwicklung von schweren Waffen durch

Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Und hier kommt wieder Rheinmetall ins Spiel.

In den Pariser Verträgen 1955 war der BRD erlaubt worden, wieder Rüstungsforschung und Rüstungsentwicklung zu betreiben. Am 23. Juni 1956 wurde Rheinmetall-Borsig von der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH (heute Saarstahl) aus dem Besitz der Bundesrepublik Deutschland übernommen. Im August wurde Borsig an die Salzgitter AG verkauft. Die Holding firmierte ab November als Rheinmetall Berlin und das Tochterunternehmen in Düsseldorf firmierte ab 1957 als Rheinmetall GmbH. Die Kontinuität des technischen Know-hows im Geschützbau und vor allem in der Organisation der Entwicklungsabteilungen blieb erhalten.

Die Wiederbelebung Rheinmetalls als Hersteller schwerer Rüstung galt für die Bundesrepublik Deutschland zu dieser Zeit als besonders sinnvoll.

Entscheidend für die erneute Entwicklung des Militarismus ist aber nicht nur die Personalstärke der Streitkräfte.

Wir wissen, der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus, ist eine Lebenserscheinung dieser Gesellschaftsordnung. Die Militärmacht muss dabei auf Grund politischer Gegebenheiten nicht immer im Vordergrund stehen. Die Besonderheit bestand darin, dass nach dem zweiten Weltkrieg die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als friedenserhaltende Kraft auftraten und sich hierbei nicht nur Armeen, sondern politische und militärische Bündnisse gegenüberstanden. Eine neue friedenssichernde Qualität war entstanden.

Die Bundesrepublik, fest eingebunden in der NATO und abhängig von den USA, gab die Zielstellung, wieder eine Großmacht zu werden, aber nie auf. So wurden z.B. bis 1959 mehr als 50 Auslandseinsätze durch die Bundeswehr in jenen Ländern durchgeführt, in denen politische und wirtschaftliche Interessen der Bundesregierung bestanden. Aktuell ist die Bundeswehr mit rund 3.500 Soldaten in 13 Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten aktiv. Nicht zu vergessen ist die Verlegung einer ständigen Brigade nach Litauen.

Nach 1999 und der NATO-Osterweiterung ging die Militarisierung in eine neue Etappe. Bei den imperialen Ansprüchen der Großmächte möchte das deutsche Monopolkapital nicht abseits stehen. An allen Krisenherden der Welt

ist es im Rahmen der NATO durch die Bundeswehr mit vertreten. Auf dem Territorium der BRD befinden sich NATO-Führungsstellen wie die Air-Base Ramstein. Das ist der größte Militärstützpunkt außerhalb der USA und der wichtigste Militärstützpunkt der USA in Europa. Die Amerikaner sind bereits seit mehr als 70 Jahren hier stationiert. Somit nimmt die BRD eine zentrale Rolle in der NATO ein.

Bereits zu Beginn der 1950er-Jahre wurden auf Betreiben der BRD mit dem Plevan-Plan und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft konkrete Vorhaben für eine Europaarmee verfolgt. Seit Anfang des Jahres 2000 wird erneut über das Thema diskutiert. Im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ wird dieser Gedanke aktiv vorangetrieben. So soll mit Hilfe der Europäischen Union der Traum einer Großmacht wieder real werden.

Das Jahr 2022 hat im politischen Geschehen der BRD eine besondere Rolle. Kanzler Scholz erklärte in einer Regierungserklärung die „Zeitenwende“ in der Politik. Der deutsche Imperialismus macht den nächsten Schritt nach vorn: Führungsansprüche in Europa wurden gestellt, Russland und China zu Feinden erklärt. Für die Intensivierung der Aufrüstung wurden Schulden außerhalb des Haushaltsplanes (Sondervermögen) in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgenommen. Das regierende Personal kündigte große Einschnitte für das gesellschaftliche Leben an. So wurde der Startschuss zur Umwandlung der gesamten Gesellschaft auf die Vorbereitung eines Krieges gegeben und „Verteidigungs“minister Boris Pistorius sprach davon, Deutschland wieder „kriegsfähig“ zu machen. Seit dieser Zeit überschlagen sich die Botschaften der Kriegstreiber.

Ein Beispiel: Im März 2025 wurde durch den Bundestag eine Änderung des Grundgesetzes zu den Themen Verteidigung, Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen. Es sieht vor, dass die Ausgaben für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste ab einer bestimmten Höhe nicht mehr der Schuldenbremse unterliegen. Anders ausgedrückt: Ausgaben in Höhe von einem Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts muss der Bund aus dem normalen Haushalt für diese Aufgabenfelder nehmen. Wenn er meint, für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit mehr ausgeben zu müssen, darf er dafür neue Schulden aufnehmen.

Und so wurde sofort ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für Infrastrukturaufgaben beschlossen. Das Institut der deutschen Wirtschaft erklärte dazu im heute-journal am 5.3.2025: „Die Sanierung von Brücken, die wir so lange unterlassen haben, ist alternativlos, der Bau von Wasserstraßen, der Bau der Autobahn, die Frage des Infrastrukturnetzes, Digital und Energie, alles ist letztlich alternativlos, und wir brauchen es jetzt. ... Wir werden verteidigungsfähig nur sein, wenn auch unsere Verkehrsinfrastruktur das ermöglicht. Wir müssen es auch im Rahmen der Sicherstellungsgesetze für den Verteidigungsfall in der europäischen Union bereit halten. Dass beispielsweise Truppen vom Westen durch Deutschland nach Osten kommen und dass umgekehrt wir diejenigen, die dann versorgt werden müssen, hier in Deutschland versorgt werden können. Verkehrsinfrastruktur ist letztlich ein sicherheitspolitisches Thema.“ (Quelle: KAZ, Nr. 391, S. 40)

NATO-Generalsekretär Rutte begrüßt die Einigung für mehr Verteidigungsausgaben. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hält zusätzliche Reformen zum Finanzpaket für notwendig, und die Bundesregierung plant weitere Schritte, um die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken. Damit soll erreicht werden, Schlüsseltechnologien voranzutreiben, die Branche finanziell zu stärken und bestehende Regeln zu vereinfachen. Im Wirtschafts- und im Verteidigungsministerium wird an einem entsprechenden Strategiepapier gearbeitet. Und damit sind wir wieder bei Rheinmetall.

Solche Förderpläne für die Rüstungsanstrengungen beinhaltet das Konzept für die nationale „Sicherheits- und Verteidigungsstrategie“. So werden vor allem die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Industrie zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen geschaffen. Dazu gehören:

- Sicherheits- und verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologien fördern und mehr auf europäische und internationale Kooperationen setzen,
- Lieferketten für die Produktion der Güter schützen,
- die finanziellen Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie verbessern,
- den wehrtechnischen Mittelstand stärken und ausreichend Fachkräfte gewinnen.

Um einen weiteren Niedergang der Wirtschaft abzufangen und dem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung entgegenzuwirken, treiben auch mehrere deutsche Bundesländer den Ausbau der Rüstungsindustrie energisch voran. In Baden-Württemberg will sich die Branche zu einem neuen industriellen Schwerpunkt entwickeln und strebt dabei in möglichst vielen Rüstungssparten „Technologie-Führerschaft“ an. Die Regierung des Saarlands bereitet einen „Rüstungsgipfel“ vor und wirbt bei führenden Waffenschmiedern um die Ansiedlung neuer Fabriken. Hilfreich sei auch die Übernahme bisher ziviler Fabriken und Fachkräfte etwa aus der schwächelnden Kfz-Industrie.

Die Kriegsplanungen der Bundeswehr sehen eine erweiterte Nutzung ziviler Logistikkonzerne wie der Deutschen Bahn oder der Lufthansa für den Transport von Nachschub an die Front, für die Soldatenausbildung und für die Wartung von Kriegesgerät vor. Dies berichtet das Handelsblatt. Demnach sind etwa für den Fall eines Kriegs mit Russland Flüge für NATO-Soldaten mit Lufthansa-Maschinen an die Ostfront im Gespräch. Die Lufthansa, die sich schon seit den 1960er Jahren an der Ausbildung von Transportpiloten der Bundeswehr beteiligt, könne dies künftig auch für Kampffjetpiloten tun, heißt es. Zudem will die Konzernsparte „Lufthansa Technik Defense“ in Zukunft Kampffjets, Hubschrauber und Seefernaufklärer der Bundeswehr warten und reparieren; sie würde damit zum Rüstungskonzern. Die Deutsche Bahn wiederum hat sich verpflichtet, auf Abruf etwa Flachwagen für den Transport von Panzern bereitzustellen. Laut Berichten ist sie mit der Bundeswehr zudem über einen Umbau von ICE-Waggons zu Bettenwagen zum Verwundetentransport in Verhandlung. Die Deutsche Bahn, Lufthansa und weitere Firmen geraten damit in den Sog des Umbaus der deutschen Wirtschaft zur Kriegsindustrie.

Es wird eingeschätzt, dass Deutschland einer der Haupttreiber beim Rekordanstieg der globalen Militärausgaben im vergangenen Jahr war. Dies geht aus einer Analyse des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI hervor. Demnach stiegen die weltweiten Aufwendungen für die Streitkräfte im Jahr 2024 um 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, so stark wie noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs. In der Bundesrepublik belief sich der Anstieg auf 28 Prozent und damit auf rund das Dreifache des globalen Durchschnitts. Deutschland kletterte damit von Platz sieben auf der Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben weltweit auf Platz vier unmittelbar hinter den

USA, China und Russland. So genannte „Leitmedien“ fordern, Deutschland solle „zum Rückgrat der Verteidigungsfähigkeit des freien Europas“ werden.

Es ist notwendig diese Entwicklung weiter zu verfolgen, denn die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsindustrie hat immer mit Krieg geendet. Bezeichnend ist, dass sich die Abläufe zur Vorbereitung eines Krieges immer ähneln.

## Zur aktuellen Situation des US-Imperialismus

### **Interview mit Werner Rügemer: Trumps „America First“ – ein Strategiewandel der USA?<sup>55</sup>**

4. März 2025

Kritiker der US-Hegemonie hoffen mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump auf ein Ende der US-amerikanischen Vormacht und auf eine multipolare Welt. Im Interview mit RT erklärt der Publizist Werner Rügemer, warum es mit Trump keinen Verzicht auf die US-Weltherrschaft geben wird.

#### **Welche Außenpolitik erwarten Sie von der neuen US-Regierung?**

*RT DE:* Herr Rügemer, hoffen die vielen Kritiker der US-Vormachtstellung mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump zurecht auf ein Ende der US-Hegemonie?

Rügemer: Diese „vielen Kritiker“ der US-Vormacht liegen mit ihrer Hoffnung völlig falsch. Trump will „America first“, wie seine Vorgänger seit der US-Staatsgründung: Die USA als „God’s own country“ regelt die Weltordnung, jetzt in neuem Anlauf, auch mit jüngeren, radikaleren, zionistischen Multimilliardären.

---

<sup>55</sup> Interview von Felicitas Rabe mit Werner Rügemer. Erstveröffentlichung am 01.03.2025 auf RT DE. Dr. Werner Rügemer, Köln, ist Philosoph und Publizist. Er ist Sprecher des Beirats des Deutschen Freidenker-Verbandes und Mitglied des Vorstandes. Felicitas Rabe ist freie Journalistin.

Trump erklärte zum Regierungsantritt 2025: „Die Vereinigten Staaten sind eine Nation, die unseren Wohlstand mehrt, unser Territorium ausdehnt und unsere Flagge an neue Horizonte trägt. Wir werden das stärkste Militär aufbauen, das die Welt je gesehen hat.“ 1907 hatte Woodrow Wilson, von der anderen US-Kapitalisten-Partei der Demokraten und US-Präsident ab 1913, schon genau dasselbe erklärt: „Da der Unternehmer die Welt als seinen Markt beansprucht, muss die Flagge der Nation ihm folgen und die verschlossenen Tore der Nationen müssen aufgesprengt werden.“

Trump spricht das heute offener aus als die lächelnden Schönredner vom Schläge Clinton, Obama, Biden und Harris. So unterstützt der neue gewählte US-Präsident offen die ethnische Säuberung Palästinas und den Völkermord Israels an den Palästinensern, nach der Parole: „Lasst Netanjahu seinen Job machen!“ Trump hatte jahrzehntelang den reichsten Israeli, den zionistischen Casino-Mogul Sheldon Adelson und dessen Stiftung als seinen Hauptsponsor – und dieser war und ist gleichzeitig der Hauptsponsor Netanjahus!

Außerdem unterstützt und beliefert Trump Israels Stellvertreterkrieg zur US-geführten Neuordnung des Nahen Ostens. Seine Unterstützung umfasst Israels Militär- und Kriegseinsätze im Westjordanland, im Libanon, in Syrien und gegen Iran. In Südamerika unterstützt Trump den kapitalistischen Wüstling Javier Milei, in Venezuela soll Maduro endlich gestürzt werden, ebenso das sozialistische Kuba. Das sind nur ein paar Beispiele von Trumps Weltherrschafts-Politik. „Multipolare Welt“ – das gibt es für Trump nicht im Entferntesten.

### **Trumps Schwenk beim Thema Klimapolitik**

*RT DE:* In einigen Bereichen scheint Trump doch tatsächlich einen politischen Schwenk zu vollziehen, beispielsweise in der Klimapolitik. Bislang war sich die Oligarchie von Rockefeller bis BlackRock doch scheinbar einig, dass die Welt ohne den Green Deal und Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs untergeht. Und dagegen will Trump jetzt vorgehen?

Rügener: Da braucht Trump gar nichts zu machen. BlackRock war als Umwelt-Prediger mit mehreren Managern in der Obama- und Biden-Regierung vertreten, ist aber nach Trumps Wahl aus der Klima-Allianz ausgetreten. Dieses Klima-Umwelt-Gelaber des Liberalla-Mainstreams war doch nie ernst gemeint! Der Umwelt-Prediger Obama war der größte Förderer

des extrem umweltschädlichen und für die Anwohner der Bohrstellen zudem tödlichen Frackinggases.

Obama ließ das als umweltschädlich diskreditierte Frackinggas umweltfreundlich in „natürliches“ Gas umbenennen. Auf Initiative von US-Präsident Clinton waren zudem schon seit dem Kyoto-Protokoll 1998, das Militär, die Kriege, die Manöver, die militärische Dauerpräsenz auf dem Boden, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum und die Versorgung der tausend US-Militärstützpunkte aus allen Umwelt-Bilanzen ausgeklammert, und zwar mit Zustimmung von BlackRock & Co., mit Zustimmung der EU und auch mit Zustimmung aller deutschen Regierungen!

Das gilt bis heute. Außerdem blieben BlackRock & Co. weiterhin die Großaktionäre bei Rüstung, Fracking, Öl, Kreuzfahrt, Zement, Pharma, Agrobusiness, Chemie. Völlig ausgespart von den Umweltbilanzen bleiben auch die Rohstoff-, Umwelt- und Energieverbräuche in den globalen Lieferketten der Digitalkonzerne, der E-Mobilität usw. Die Klima-Fonds, medial aufgeplustert, machten nur einen minimalen Anteil unter den Fonds aus. Damit wollte man die jüngere, grün lackierte Generation als politische Mitmacher und als neue Anleger einbinden.

### **Der US-geführte Ausverkauf der Ukraine**

*RT DE:* Trump hat versprochen, den Krieg in der Ukraine zu beenden und Frieden mit Russland zu schließen. Das lässt doch hoffen, oder?

Rügener: Das lässt für die unmittelbare Gegenwart und die militärische Seite erst mal hoffen. Der kleine Stellvertreterkrieger Ukraine konnte den Krieg sowieso nie gewinnen, dieser war aber für BlackRock & Co. extrem lukrativ. Nach mehreren hunderttausend toten Soldaten kriegt die Ukraine wegen Desertion und Flucht von Wehrpflichtigen inzwischen keinen Soldaten-Nachschub mehr. Das bedeutet aber nur: Die Ukraine ist kampfunfähig und hoffnungslos überschuldet.

Das erste Versuchskaninchen ist tot. So ist das Land für den US-geführten Ausverkauf offen. Schon seit Ende 2022 ist BlackRock der offizielle Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine. Jetzt folgt als erster Schritt: Die USA bekommen jetzt den Zugriff auf die Seltenen Erden und sonstigen Bodenschätze. Und die bisher dienlichen ukrainischen Oligarchen mit ihrem

Polit-Hampelmännchen Selenskij werden abgelöst durch US-Investoren, das betrifft auch die fruchtbare Schwarzerde.

Gleichzeitig fordert Trump, dass die europäischen NATO-Staaten ihre Militärbudgets auf fünf Prozent erhöhen. Die alten und die neuen NATO-Staaten Europas sollen den Krieg gegen Russland längerfristig auf viel breiterer Basis weiterführen. Die Führung der NATO bleibt aber bei den USA. Wobei keine Regierung eines europäischen NATO-Mitglieds, das diese Aufrüstung mitmacht und von „europäischer Souveränität“ faselt – ob Macron/Frankreich, Starmer/England, Scholz und Merz/Deutschland, Tusk/Polen usw. – keiner will aus der NATO austreten.

### **NATO-Erweiterung in Fernost**

*RT DE:* Welche Rolle werden die USA zukünftig in der NATO spielen, wenn sie sich unter Trump angeblich aus ihrer Vormachtstellung zugunsten einer multipolaren Welt zurückziehen werden?

Rügemer: Die USA führen die NATO weiter an und erweitern sie zudem nach Asien, Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea, Singapur, Thailand und den Philippinen. Diese Erweiterung richtet sich gegen den geostrategischen Hauptfeind, der auch Russland zusätzlich stark macht, also gegen die Volksrepublik China. Multipolare Welt: Null.

### **US-Kapitalisten wollen weiteren Zugriff auf ganz Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok**

*RT DE:* Einige russische Analysten wie Alexander Dugin erwarten eine Russland-freundliche Politik von Donald Trump und setzen hoffnungsfroh auf gute Friedensverhandlungen zwischen den USA und Russland. Wie bewerten Sie optimistische russische Analysen und die aktuellen US-amerikanischen Interessen in Bezug auf Russland?

Rügemer: Gut ist natürlich das Ende des jetzigen Krieges. Aber die US-Kapitalisten wie BlackRock, Vanguard & Co. mit ihrer bereits seit zwei Jahrzehnten ausgebauten Präsenz in den wichtigsten Unternehmen und Banken in der EU wollen langfristig den Zugriff nicht nur auch auf Russland, sondern auf ganz Eurasien „von Lissabon bis Wladiwostok“, wie es der US-Präsidentenberater Brzezinski 1997 ausdrückte.

## **Welches Problem hat Merz mit Trump?**

*RT DE:* Der neue CDU-Vorsitzende und Wahlsieger Friedrich Merz, der als ehemaliger Koordinator von BlackRock Deutschland immer noch die Interessen internationaler Superreicher vertritt und wohl kaum die Interessen der deutschen Bevölkerung, kritisiert den neuen US-Präsidenten aufs Heftigste.

Rügener: Merz hat überhaupt kein Problem mit Trump. Merz, ein ideologisches Chamäleon, hat Trump kritisiert, weil Merz mit seiner abstürzenden CDU auch den Liberalla-Mainstream in Deutschland bedienen muss. Während BlackRock-Chef Laurence Fink sich zu Trump bekannt und ihn bei der Auswahl des Finanzministers beraten hat, folgte auch Merz.

Der CDU-Vorsitzende ist ein billiges Trump-Imitat: mit seiner Hetze gegen Asylanten zugunsten der Unternehmen, mit der weiteren Absenkung der Unternehmenssteuern, mit der Polemik gegen „linke und grüne Spinner“ und dann noch mit seinem „Make Germany great again“. Merz hat Trump einen Deal angeboten: Deutschland und die EU kaufen noch mehr Frackinggas und Rüstung aus den USA – und Trump soll auf Zölle verzichten. Also: Merz imitiert Trump, aber unterwirft sich gleichzeitig.

Schließlich stimmt Merz völlig mit der elementarsten Position Trumps überein: der fundamentalen Unterstützung der rechtsradikalen, rassistischen, völkermörderischen Regierung Netanjahus. Merz will Netanjahu ausdrücklich vor dem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs schützen, so wie Trump das schon vorgemacht hat. Also hat Trump jetzt Merz logischerweise zum Wahlsieg beglückwünscht: „Ein großartiger Tag für Deutschland!“ Real heißt das, Merz ist ein guter Tag für „America first“.

## **Die EU bettelt um ein etwas größeres Stück des ukrainischen Kuchens**

*RT DE:* Werden die EU und Deutschland den angeblich geplanten US-amerikanischen „Frieden mit Russland“ entgegen dem Willen der USA torpedieren? Warum lehnen von der Leyen & Co. die neue US-Administration ab?

Rügener: Diese Ablehnung besteht nur rhetorisch! Die EU und Deutschland können die Verhandlungen zwischen den USA und Russland gar nicht torpedieren. Sie haben der US-Führung bei der neoliberalen Investition, bei

der politischen Rechtsentwicklung und bei der Aufrüstung der Ukraine seit den 1990er Jahren assistiert. Jetzt wollen sie auch Trumps Forderung nach weiterer Erhöhung der Rüstungsbudgets erfüllen. Die EU und die heruntergestuften deutschen Kapitalisten betteln also nur um ein etwas größeres Stück beim Ausverkauf des ukrainischen Kuchens.

### **Das Spiel mit migrantischen Niedriglöhnern**

*RT DE:* Donald Trump brüstet sich damit, die Migration in die USA zu begrenzen – nach seiner Rhetorik will er viel mehr Migranten ausweisen als seine demokratischen Vorgänger? Für reiche Oligarchen sind illegale Migranten doch eigentlich ein Segen, weil sie die Löhne aller Beschäftigten drücken.

Rügemer: Trump macht auch das nur offener als Obama & Co. Schon in den 1990er Jahren begann Clinton mit dem Bau des elektronisch gesicherten Zauns gegen Mexiko und mit Gesetzen zur Ausweisung. Das Spiel, parteiübergreifend zugunsten der US-Kapitalisten, geht so: Millionen Migranten hereinlassen, aussortieren, mit Hetze zu Niedriglohnarbeit erpressen, den Rest deportieren. Das hat auch Obama praktiziert: In seiner Regierungszeit wurden jährlich knapp 400.000 Migranten deportiert, 2013 waren es 438.421. Unter Trumps erster Präsidentschaft gab es dann erheblich weniger Ausweisungen. Sein Klientel der nur in den USA präsenten Multimilliardäre brauchte noch mehr Niedriglöhner – während Obamas Silicon-Valley-Konzerne ihre Millionen Niedrigstlöhner weltweit unsichtbar in verarmten Staaten ausbeuten. Dass dies in Europa nicht bekannt ist, zeigt doch nur die hier herrschende Liberalla-Verblödung.

### **Welche Politik verfolgt die neue US-Regierung im Nahen Osten?**

*RT DE:* Direkt nach seiner Amtseinführung hat Trump vorgeschlagen, die Palästinenser komplett aus Palästina auszuweisen. Der Aufschrei gegen diese ethnische Säuberung ist hierzulande nicht besonders laut.

Rügemer: Mithilfe des hochsubventionierten und hochgerüsteten Stellvertreterkriegers Israel wollen die USA den Nahen Osten neu ordnen. Das ist seit Jahrzehnten im Gange. Alle Silicon-Valley-Konzerne und BlackRock sind in Israel. Sie finanzieren dort Tech-Start-ups und entwickeln in Israel mit Militär und Geheimdiensten die weltweit führende

Überwachungs-Technologie. In seiner ersten Präsidentschaft organisierte Trump mit den Abraham Accords die Zusammenarbeit zwischen den führenden Kapitalisten Israels und den Golfstaaten. Nun investieren Trumps Multimilliardäre in diese Staaten, die vom Öl wegkommen wollen, und mit Trump kommen auch die Silicon-Valley-Konzerne nach.

### **Wessen Interessen vertritt die Trump-Regierung?**

*RT DE:* Wessen Interessen vertritt Trump eigentlich? Und welche ganz allgemeinen Ziele verfolgt seine Regierung?

Rügener: Trump repräsentierte anfangs die Kerngruppe der Multimilliardäre, zu denen er selbst gehört und welche nur in den USA präsent sind: Immobilienhaie, Logistik- und Sport-Unternehmer oder der milliardenschwere Koch-Clan (Walmart). Hinzu kamen aber in den letzten Jahren schrittweise zunächst die jüngere Silicon-Valley-Generation, etwa mit Peter Thiel (Paypal, Facebook, Palantir), Alex Karp (Palantir/Gesichtserkennung) und Elon Musk (Tesla, SpaceX, Starlink, X) sowie Krypto- und Frackingunternehmer. Schrittweise lief dann auch die ältere Silicon-Valley-Generation mit Apple, Amazon, Facebook/Meta und eben auch BlackRock & Co. zu Trump über. Sie wollen mit „America first“ ihre globale Gewinnzone erweitern, in den Golfstaaten investieren, in Israel/Palästina, in Syrien, in Indien. Sie wollen außerdem die Ausbeutung der Bodenschätze nicht nur der Ukraine, sondern zum Beispiel auch Kanadas und Grönlands übernehmen und erneut auf den lateinamerikanischen „Hinterhof“ zugreifen.

Schließlich wollen nun auch Trumps jüngere Multimilliardäre entsprechend ihrer Silicon-Valley-Vorgänger globalisieren. Bislang waren diese an die Demokraten-Partei gebunden. Nachdem die Demokraten-Partei inzwischen ideologisch verbraucht ist, sind aktuell Trumps modernisierte Republikaner dran. Deshalb legen sie den von Tausenden hoch bezahlten Demokraten-Beratern besetzten „deep state“ der US-Bundesbehörden lahm – und installieren ihren eigenen „deep state“, direkter in ihren Unternehmen. Dieser Kampf der erweiterten US-Kapitalistenklasse wird ideologisch mit Asylanten- und Linken-Hetze verschärft. Dabei beruft man sich auch verstärkt auf „unsere Nation unter Gott“ und bezieht den Zionismus immer offener mit ein:

Fast die Hälfte der Trump-Regierungsmannschaft besteht aus zionistischen Multimilliardären.

Die radikalisierte Absicherung der USA als „einzige Weltmacht“ wird aber vor allem durch einen äußeren Faktor bestimmt: Der ungleich größere Rest der Welt organisiert sich neu. US-Sanktionen gegen Russland werden selbst von „besten Freunden“ umgangen. Allianzen wie BRICS, SCO, CELAC, FOCAC und EEF erweitern sich – und sie haben mit der Volksrepublik China die größte Industrie-, Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt mit sich. Das hat zur Folge: Systemlogisch und auf längere Sicht ist „America first“ so bedroht wie nie.

Schon die Clinton/Obama-Globalisten hatten ihre eigene Mehrheitsbevölkerung abgeschrieben – so wie jetzt auch die Trump-Kapitalisten ihre Mehrheitsbevölkerung abgeschrieben haben. Gleichzeitig werden die durch die USA bereits verarmten EU-Staaten – vor allem „der beste Freund“ Deutschland – jetzt noch mehr verarmt. Dabei sollen sie aber noch mehr aufrüsten und den nächsten, größeren, lukrativeren Stellvertreterkrieg gegen Russland vorbereiten. Schließlich sollen die verarmten EU-Staaten dann auch beim langfristigen Krieg gegen den System- und Hauptfeind China assistieren.

Die hinter Trump neu versammelten, neu globalisierenden US-Kapitalisten organisieren das gefährliche Endspiel ihrer minderheitlichen, jetzt extrem reichen Oligarchen-Herrschaft, die ihrem systemischen Ende zugeht. Neue Mittäter werden gesucht, bisherige Vasallen werden kurz- oder mittelfristig geopfert. Welche brutalen Mittel dabei ganz selbstverständlich eingesetzt werden, zeigt aktuell der „gottgewollte“ Völkermord durch den Stellvertreterkrieg im Nahen Osten. Die Menschheit braucht nichts mehr, als sich aus diesem tödlichen Endspiel zu befreien. Diese Befreiung ist im Gange, sie muss aber auch in Europa kräftiger als bisher organisiert werden.

## Palästina

### ***Heinz Ahlreip: Fundamente des Marxismus-Leninismus***

Im September 1843 schreibt Marx im Alter von 25 Jahren in einem Brief aus Bad Kreuznach an Ruge programmatisch, dass die fortschrittlichen Intellektuellen aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien entwickeln und dass sie der Welt zeigen müssen, warum sie eigentlich kämpft. (Marx an Ruge, Kreuznach, im September 1843, Werke, Band 1, Dietz Verlag Berlin, 1960,345). Diesen frühen Aufklärungsgestus wird Marx durch sein Lebenswerk hindurch einhalten. Warum gibt es Klassenkämpfe und wie können diese beendet werden?

Bekanntlich ist das ‘Kapital’ von Marx bis jetzt das Hauptwerk des Marxismus-Leninismus. Ohne das Werk von Marx gäbe es keine Imperialismusanalyse Lenins. Nach Marx ist der letzte Endzweck seines Hauptwerks, *das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen*. Marx geht also zunächst davon aus, dass das Bewegungsgesetz nicht offen zu Tage liegt. Die moderne kapitalistische Gesellschaft ist eine warenproduzierende Gesellschaft, eine des Austausches individueller Arbeitsprodukte, in der zersplitterte Produzenten den gesellschaftlichen Charakter ihrer privaten Arbeiten marktmäßig realisieren. Das höchste Produkt der Warenproduktion ist das Geld. Das Geld ist eine besondere Ware, in der kapitalistischen Gesellschaft das allgemeine Äquivalent. Für Geld ist in der kapitalistischen Warenproduktion alles käuflich, und es scheint, als sei das eine natürliche Eigenschaft des Geldes. Unter den Verhältnissen der kapitalistischen Warenproduktion verkörpert das Geld tatsächlich eine Macht. Diese Macht ist aber dem Geld nicht von Natur eigen. Das Geld erlangt diese Verkörperung von gesellschaftlicher Macht vielmehr dadurch, dass es als Verkörperung abstrakter, anerkannter gesellschaftlicher Arbeit wichtige gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt. Das ist möglich, weil es als historisches Produkt der Warenproduktion die Funktion eines allgemeinen Äquivalents ausübt. Das Geld verschleiert gerade den gesellschaftlichen Charakter privater Arbeit. Das ‘Kapital’ klärt das auf. Mit welchem wissenschaftlichen Ansatz?

Marx hat den *Leitfaden seiner Studien* im Januar 1859 präzise vorgezeigt und seine Schüler auf diesen verpflichtet. Aber nicht alle Marxisten folgen immer dieser Spur, aus der sich der wissenschaftliche Qualitätsgehalt ihrer eigenen theoretischen Ausarbeitungen erst ergibt: "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein." (Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Werke, Band 13, Dietz Verlag Berlin, 1960,8f.). Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Also liegt die Produktionsweise des materiellen Lebens allen anderen Bereichen gesellschaftlichen Lebens zugrunde. Produktion und Austausch der Produkte sind die Grundlage. Nur dieser und kein anderer Ansatz war für die Klassiker der fundamentale und er ist es auch heute für uns. Der Schlüssel zum begrifflichen Durchdringen von Klassengesellschaften bis zu ihrem Produktionsmittelkern, die marxistisch-leninistische Theorie ist eine Theorie der Arbeitsorganisation durch die Produktionsmittel, liegt in der Ökonomie, nicht in der Philosophie. An die Untersuchung der Produktionsweise des materiellen Lebens ist materialistisch heranzutreten. Mit welcher wissenschaftlichen Methode?

Marx hat seine materialistische Methode der Dialektik durch die Kritik an Hegels idealistischer Methode der Dialektik entwickelt. Hegel hatte nach Lenin die Gesetze der Dialektik genial erraten. Marx fasste die Dialektik als

objektive auf und die subjektive Dialektik im menschlichen Denken als gedanklichen Reflex der objektiven dialektischen Gesetze in der Natur und in der Gesellschaft. Hegel missbrauchte seine Dialektik, um das bestehende feudal-bürgerliche Ausbeutungssystem seiner Zeit in der Form der preußischen Monarchie zu rechtfertigen; Marx wandte seine materialistische Methode an, um an jedem Bestehendem dessen vergängliche Seite aufzuzeigen, behielt also den negativen Kern der Dialektik bei, begriff sie folglich ihrem Wesen nach als "kritisch und revolutionär" (Karl Marx, *Das Kapital*, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960,28). Durch den negativen Kern, den Anarchisten und andere kleibürgerliche Pseudorevolutionäre extrem einseitig in Richtung totaler Destruktion auslegen, hatte Marx auch die bürgerliche Geschichtsauffassung des Klassenkampfes weiterentwickelt. Lenin teilt mit den Anarchisten das Bestreben, den bürgerlichen Staatsapparat total zu vernichten, sieht aber zusammen mit Marx und Engels zugleich die Notwendigkeit, zum Beispiel das bürgerliche Recht im Sozialismus *als Altes im Neuen* zunächst beizubehalten. Auch wird es nach Engels nicht sofortiges mietfreies Wohnen im Sozialismus geben können.

Bürgerliche Ideologen hatten schon vor Marx Klassenkämpfe als Triebfedern der Geschichte aus deren Verlauf eruiert. Marx bereicherte diese Theorie durch drei Einsichten, die über den Horizont bürgerlicher Ideologen hinausgingen. Er zeigte auf, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft führt. Es zeigt sich, dass Marx eine Ableitung des Sozialismus nur aus der Ökonomie zulässt und für wissenschaftlich zuverlässig hält.

Konkreter: Die Kritik der politischen Ökonomie ist die *Mutterdisziplin* des Marxismus-Leninismus. Für die bürgerlichen Ökonomen stellt die politische Ökonomie einen ewigen theoretischen Reflex menschlichen Zusammenlebens dar, verbunden mit den Notwendigkeiten des Klassenkampfes, der Konkurrenz, politischer Betriebsamkeit und der ökonomischen Ausbeutung. Besonders der letzte Punkt unterliegt im Rahmen der bürgerlichen Ideologie einer ewigen Konfusion. Und gerade diese Konfusion hat Marx durch seine

Haupterkennnis der unbezahlten Mehrarbeit (Mehrwerttheorie) völlig aufgelöst.

Die Frage war von der klassischen Ökonomie konkret gestellt worden: Wie entsteht der Mehrwert? Plastischer: Wie funktioniert die bürgerliche Gesellschaft, damit die Reichen immer reicher und folglich die Armen immer ärmer werden? Mit der Darlegung der Entstehung des Mehrwerts hat Marx wahrlich Epoche gemacht: Der Geldbesitzer ist im Kapitalismus in der günstigen Lage, auf dem Warenmarkt eine Ware zu finden, die menschliche Arbeitskraft, *deren Konsum bzw. Gebrauchswert Quelle von Wert ist*. Hier und nur hier bedeutet der Realverbrauch einer Ware zugleich Wertschöpfung. Diese besondere Ware ist die Arbeitskraft des Lohnarbeiters. Der Arbeitsvertrag ist der Zusammenschluss dieser besonderen Ware mit der im Kapitalismus einzig anderen besonderen Ware, dem Geld. Dadurch wird der Lohn in einer notwendigen Arbeitszeit erarbeitet für Lebensmittel zum physischen Erhalt und zur Fortpflanzung der Arbeiterklasse und darüber hinaus verausgabt der Lohnarbeiter Arbeitskraft, die nicht entlohnt wird. Der Kapitalist wird reich durch unbezahlte Arbeit, Marx spricht von der Surplus-Arbeitszeit. Der Lohnarbeitsprozess geht immer einher mit einem nicht bezahlten Mehrwert, den sich der Geldbesitzer durch nicht bezahlte wertbildende Arbeit aneignet. Das ist des Pudels Kern! Und dieser gilt auch unter imperialistischen Verhältnissen, denn der Imperialismus stellt keine eigene ökonomische Gesellschaftsformation dar, sondern er ist nur das höchste Stadium des Kapitalismus. Imperialismus bleibt Kapitalismus als sterbender Kapitalismus.

### ***Marxistischer Arbeitskreis, Tim Schoenmakers:***

## **Die palästinensische Bourgeoisie und der Gaza-Krieg**

Inhaltsverzeichnis der folgenden Arbeit:

1. Einleitung.....	93
2. Imperialismusbegriff.....	94
3. Palästinensische Ökonomie.....	101
3.1. Stofflich.....	102
3.2. Wertökonomisch.....	103

3.2.1. Produktionsverhältnisse und Struktur der palästinensischen Bourgeoisie.....	103
3.2.2. Monopolkapitalismus.....	104
3.2.3. Struktur der palästinensischen Arbeiterklasse.....	105
3.3. Schlussfolgerungen.....	109
4. Integration der palästinensischen Bourgeoisie in das imperialistische Weltsystem.....	110
4.1. Warenhandel.....	108
4.2. Kapitalströme.....	109
4.3. Schlussfolgerungen.....	112
5. Konkurrenzkampf im Nahen Osten.....	113
5.1. Kampf um Öl- und Gasreserven.....	114
5.2. Kampf um Gaspipelines.....	117
5.3. Kampf der Führungsmächte um die Vormachtstellung im Nahen Osten.....	119
5.4. Schlussfolgerungen.....	121
6. Gaza-Krieg.....	122
6.1. Zum Charakter des Gaza-Krieges.....	123
6.2. Zu einigen Problemen der kommunistischen Bewegung zu Palästina..	127
7. Schlussbetrachtung.....	130

## 1. Einleitung

**„Wir müssen Analyse betreiben, statt uns von Emotionen zu leiten“,**

erklärte uns ein ukrainischer Genosse der RFU im vergangenen Sommer, als wir die Illusionen weiter Teile der kommunistischen Bewegung zu Palästina diskutierten. Der Genosse hat damit vollkommen Recht.

Zu Palästina und im Besonderen zum Gaza-Krieg herrschen in weiten Teilen der kommunistischen Bewegung zahlreiche Emotionen, Illusionen und Wunschbilder vor.

Statt zu Palästina ernsthafte Analyse zu betreiben, zur vorherrschenden ökonomischen Basis und den Widersprüchen im Gaza-Krieg, bestehen stattdessen nur Versuche, Palästina von seiner kapitalistischen Basis zu trennen und als „etwas anderes“, als einen kapitalistischen Staat mit imperialistischen Interessen darzustellen. Dafür zieht man zahlreiche Kategorien des bürgerlichen Überbaus heran: „ethnische Säuberungen“, „Siedlerkolonialismus“, „Völkermord“, etc., die vollkommen klassenneutral sind. Resultat: Die Unterstützung der palästinensischen Bourgeoisie im Gaza-Krieg.

Dieser Sozialreformismus, teilweise auch Sozialchauvinismus, führt zu einer dramatischen Rechtsentwicklung weiter Teile der kommunistischen Bewegung. Die Aufgabe des Klassenstandpunkts in Bezug auf die Analyse der Situation in Gaza führt dazu, dass auch bei anderen imperialistischen Widersprüchen, wie z.B. jenen, in der die libanesische Bourgeoisie, oder die iranische Bourgeoisie beteiligt sind, zu untergraben.

Derweil verschärfen sich die imperialistischen Widersprüche weltweit. Die klassischen Blöcke des Imperialismus – NATO und BRICS – strukturieren sich durch Veränderungen auf dem Weltmarkt neu und überall auf dem Erdball sind Konflikte, Umweltzerstörungen und selbstverständlich neue Kriege zu erwarten, so dass der III. Weltkrieg immer näher rückt.

Besteht kein klares Imperialismusverständnis, kein Verständnis des Wesens des Kapitalismus und seines monopolkapitalistischen Stadiums, besteht keine revolutionäre Grundlage zur Beseitigung des Imperialismus durch die Arbeiterklasse.

Die imperialistischen Widersprüche, wie sie sich z.B. im Gaza-Krieg zeigen, müssen mithilfe der Instrumente des dialektischen Materialismus analysiert werden.

Grundsätzlich geht es uns dabei um eine wissenschaftliche Analyse des tatsächlichen Charakters eines jeden Staates, ohne Mystifizierungen und Idealisierungen, die stets dazu führen, die Analyse des einen oder anderen Staates von seiner ökonomischen Basis zu trennen.

So legen wir hiermit unsere Analyse zur palästinensischen Bourgeoisie und zum Gaza-Krieg vor.

Da die falschen Auffassungen zu Palästina im Wesentlichen aus einem falschen Imperialismusverständnis resultieren, ist es notwendig, am Anfang den Imperialismusbegriff darzustellen. Die Darstellung soll die Allgemeingültigkeit der marxistischen Kapitalanalyse und der leninschen Imperialismustheorie für alle kapitalistischen Staaten nachweisen.

Nach dem Vorspann zum Imperialismusbegriff, starten wir mit der Darstellung der palästinensischen Ökonomie. Dies zunächst grundsätzlich, später in ihrer Vernetzung mit dem imperialistischen Weltsystem.

Auf dieser Grundlage betrachten wir dann den Gaza-Krieg: Zunächst die imperialistischen Widersprüche im Nahen Osten, dann daraus abgeleitet den Charakter des Gaza-Krieges und schließlich beziehen wir zu einigen Problemen der kommunistischen Bewegung bzgl. Palästina Stellung.

Wir beginnen also nun mit der Darstellung des Imperialismusbegriffs.

## 2. Imperialismusbegriff

Es gibt in den kommunistischen Gruppierungen, die die Konterrevolution 1989/90 organisatorisch überlebt haben oder danach neu gegründet wurden, große Verwirrung über die Frage, was denn Imperialismus sei und welche Staaten als imperialistische Staaten zu bezeichnen sind. Deshalb holen wir hier etwas aus und stellen die marxistische Kapitalanalyse und die leninsche Imperialismustheorie in ihrem Wesen dar.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist Grundlage der Warenproduktion.

Die Ware besteht aus zwei antagonistischen Polen: Gebrauchswert und Wert.

In sich selbst kann die Ware ihren Wert nicht ausdrücken. Sie drückt ihren Wert in Vergleich mit anderer Ware aus, denn die in jeder Ware kristallisierte menschliche Arbeit, macht alle Waren miteinander vergleichbar. Der Wert der Ware bestimmt sich durch das Quantum der zu ihrer Herstellung notwendigen gesellschaftlich-durchschnittlichen Arbeitszeit. Ihren abstrakten und allgemeinen Wertausdruck schafft sich die Ware im Geld, das in seiner Entstehung nichts anderes ist als eine für die Geldfunktion geeignete Ware.

Die einfache Warencirkulation, also der Verkauf der Ware, dadurch Erwerb von Geld, mit diesem Geld anderer Waren, ist das ständige Wechseln der

beiden antagonistischen Pole der Ware: Von der Gebrauchswertseite der Ware zur Wertseite, also dem Geld, wieder zur Gebrauchswertseite. Zirkulationsformel: W-G-W. Die einfache Warenzirkulation hat den Nachteil, dass der Kreislauf der Ware in ihrer Gebrauchswertseite, also in der Konsumtion, erlischt.

Ein idealtypisches Beispiel aus dem Kleinbürgertum: Der Bäcker stellt Brot her, das er verkauft. Dafür bekommt er Geld vom Kunden. Mit diesem Geld kauft er Butter, Käse und Aufschnitt für sich und seine Familie. Zum Abendbrot werden Butter, Käse und Aufschnitt verzehrt. Wenn es am folgenden Tag wieder etwas zum Abendbrot geben soll, muss er vorher wieder Brote erzeugen und verkaufen.

Weil also bei der einfachen Warenzirkulation mit der Konsumtion der Wert erlischt, entsteht der Drang zur Schatzbildung. Damit wird nur einer der beiden Pole der Ware, ihre Wertseite, festgehalten. Das Motto ist also: viel arbeiten, sparsam konsumieren, das Geld zusammenhalten. Zum Beispiel hieß es bei den Bauern früher häufig: „alles für den Hof“. Karl Marx sagt dazu: „Der Schatzbildner opfert dem Geldfetisch seine Fleischeslust.“<sup>56</sup> Die kleinbürgerlichen Tugenden der Arbeitsamkeit, der Sparsamkeit und des Geizes haben hier ihren Ursprung.

Die Entwicklung bleibt aber nicht bei der Schatzbildung stehen. Mit ausreichender Wertsumme kann der angesparte Schatz als Kapital fungieren. Und das funktioniert folgendermaßen:

Das Kapital kauft die Arbeitskraft und für deren Anwendung Produktionsmittel, um neue Waren herzustellen. Produktionsmittel und Arbeitskraft sind hierbei Waren. Die Ware Arbeitskraft hat lebendige Arbeit als Gebrauchswert, lebendige Arbeit schafft neue Werte. Der Wert der Ware Arbeitskraft ist durch den Wert der für den Erhalt der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel bestimmt. Da das Kapital die Ware Arbeitskraft auf Zeit kauft und mit Hilfe seiner Produktionsmittel anwendet, gehört ihm der neu geschaffene Gebrauchswert. Die Arbeitskraft schafft größere Werte, als sie selbst Wert ist. Diese Differenz nennt man „Mehrwert“, und dieser

---

<sup>56</sup> Marx, K., Das Kapital, Bd.1, 1867, In: MEW 23, S. 147.

Mehrwert gehört dem Kapital, denn es hat ja vorher alle Komponenten des Prozesses gekauft. So produziert die Ware das Kapital.

Bleiben wir bei dem Beispiel des oben angeführten Bäckers. Eine kleine Produktion mit einem selbstständigen Bäcker führt nur zu kleinen Einnahmen, die für die Lebenshaltung gerade reichen, so wie oben gesehen. Versteht dieser Bäcker es nun, seinen Absatz zu vergrößern, so kann er mehrere Gesellen als Arbeitskräfte engagieren. Diese bezahlt er nach den Gesetzen des Warentausches, sie bekommen also den Wert ihrer Arbeitskraft ausgezahlt. Da sie in der Backstube aber eine größere Summe an Neuwerten schaffen, als sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft erhalten, realisiert unser Bäcker einen Gewinn, hier Verwertung des Kapitals oder Profitrate genannt.

Die Konsumtion der Ware wird also im Produktionsprozess des Kapitals zu einer produktiven Konsumtion. Das Kapital unterwirft sich die Waren-Konsumtion, die nicht mehr - wie bei der einfachen Warenzirkulation W-G-W - den Zirkulationsprozess der Ware beendet, sondern produktiver Teil der Verwertung des Kapitals wird.

Das Kapital erhält sich selbst und vergrößert sich.

In der Formel des Kapitalkreislaufs dargestellt, in der W=Ware, G=Geld, Ak=Arbeitskraft und Pm=Produktionsmittel sind, sieht das so aus:

Ak	/
G-W	....Produktion.... -W'-G'
Pm	\

Das Ganze ist zu einem sich selbst erhaltenden Prozess geworden, zu Beginn und im Resultat steht Geld, wobei sich - wegen der Fähigkeit der Arbeitskraft, mehr Waren und damit mehr Werte herzustellen, als sie selbst kostet - am Ende des Kreislaufes mehr Geld in der Hand des Kapitals befindet als zu Beginn. Das ist die Verwandlung von Geld in Kapital, und das lüftet das Geheimnis der Verwertung des Kapitals.

Der vom Kapital realisierte Mehrwert kann nun zum Teil kapitalisiert werden, so dass das Kapital wächst. Dazu gehören passende Bedingungen wie

ausreichende Absatzmärkte, ausreichend Arbeitskräfte, eine leistungsfähige Produktionsmittelindustrie, aber all das schafft sich das Kapital selbst. Dieser Prozess ist die Akkumulation des Kapitals. Die Akkumulation des Kapitals beschleunigt die Produktivkraftentwicklung, weil auf Seiten des Kapitals mehr Mittel für den Kauf neuer, modernerer Produktionsmittel zur Verfügung stehen.

Bleiben wir weiterhin beim Beispiel unseres Bäckers. Im ersten Schritt von der Schatzbildung hin zum Kapital hat er mehrere Gesellen eingestellt, die mit den vorhandenen Gerätschaften und Maschinen in der Backstube arbeiteten. Mit wachsender Betriebsgröße wächst auch die realisierte Profitrate. Nun kann unser Bäcker einen Teil davon wieder in den Betrieb stecken, also rekaptalisieren, um modernere Maschinen, Backöfen usw. bis hin zu ganzen Produktionsstraßen anzuschaffen. Das erhöht die Profitrate und bringt Vorteile im Konkurrenzkampf mit anderen Bäckern.

Steigert ein Kapital die Produktivkraft so weit, dass die Ware in kürzerer Zeit als im gesellschaftlichen Durchschnitt hergestellt werden kann, kann dieses eine Kapital eine überdurchschnittliche Profitrate realisieren, weil die individuellen Produktionskosten unter den Produktionskosten der Konkurrenz liegen. Das nennt man Extraprofit.

Solche überdurchschnittlich guten Verwertungsbedingungen erreicht das Kapital zum Beispiel, indem es bei gleichem Preis der Ware Arbeitskraft den Arbeitstag verlängert oder sich im Wettlauf um die produktivste Produktionsweise am besten verwertet. Das ist die durch das Kapital bedingte Konkurrenz.

Dieser Prozess birgt jedoch ein Problem: Irgendwann ist die Nachfrage auf dem Markt gesättigt. Dann stockt und staut der Absatz, es gibt Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Krise. Die Ursache liegt im Privateigentum an den Produktionsmitteln und dem daraus folgenden Doppelcharakter der Ware, der zur Anarchie der Produktion führt: Jedes Kapital tut das für sich Rentabelste. Es fehlt die gesellschaftliche Koordination durch eine gesellschaftliche ökonomische Planung. Diese Krisenform ist ein immer wiederkehrender Zyklus.

In unserem Beispiel: Unser Bäcker hat munter investiert, drängt damit andere Bäcker ins Abseits. Wenn diese nicht untergehen wollen, müssen sie es

unserem Bäcker gleichtun. So entsteht eine Überproduktion, Arbeitskräfte werden entlassen, Betriebe gehen pleite, Kapital wird vernichtet, Menschen hungern, weil es zu viel Brot gibt.

Aber noch problematischer für das Kapital ist seine allgemeine Krise:

Nur die Arbeitskraft schafft Wert. Maschinen geben ihren Wert über die Zeit an die Waren ab, schaffen aber keine neuen Werte. Ähnlich verhält es sich mit den Roh- und Hilfsstoffen. Diese gehen zwar komplett in die neue Ware ein, setzen aber keinen neuen Gewinn an. Wie wir wissen, entspringt der Gewinn ausschließlich der lebendigen Arbeit, die Wert und damit Mehrwert schafft.

Hier müssen wir kurz zwei Begriffe einführen. Auf der Wertseite des Kapitalprozesses wird in der marxistischen Kapitalanalyse zwischen „konstantem Kapital“ und „variablem Kapital“ unterschieden. Das konstante Kapital bleibt im Wert, wie der Name schon sagt, konstant, besteht also aus Maschinerie, Roh- und Hilfsstoffen. Das variable Kapital vergrößert seinen Wert mittels der Ausbeutung der Arbeitskraft. Das heißt, dass nur der für lebendige Arbeit verausgabte Anteil des Kapitals für den Gewinn sorgt. Steigt nun, angetrieben durch die Konkurrenz, die Produktivkraft bei gleichbleibender Nachfrage, wird das Kapital Arbeitskräfte entlassen, wendet also weniger Arbeit an als auf dem vorherigen Produktionsniveau.

Das Verhältnis von konstantem und variablem Kapital, abgekürzt  $c$  und  $v$ , bildet die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ =  $\frac{c}{v}$

Die Akkumulation des Kapitals steigert die Produktivkraft und es erhöht sich der Anteil des konstanten Kapitals  $c$  im Verhältnis zum variablen Kapital  $v$ . Die Ware realisiert ihren Wert mit weniger lebendiger Arbeit. Allerdings ist nur die lebendige Arbeit wertschöpfend. Die Profitrate hängt vom Anteil des in die Ware zugeführten variablen Kapitals ab. Bei steigender organischer Zusammensetzung des Kapitals, fällt die Profitrate. Die durch die Akkumulation des Kapitals beschleunigte Produktivkraftentwicklung, die dem Kapital die Verwertung sichert, schlägt in einen Verwertungseingpass des Kapitals um.

Das Kapital muss versuchen, die Löhne zu senken, Transferleistungen wie Gesundheitswesen, Renten, Pflegeeinrichtungen Arbeitslosenfürsorge usw. zu beschneiden, um so die Profitraten auf erträglicher Höhe zu halten.

Der Kampf gegen den Verwertungsengpass des Kapitals lässt das Kapital zudem konzentrieren und zentralisieren. Das Kapital schließt sich zusammen, übernimmt konkurrierendes Kapital und konzentriert somit die Produktion. Die Gesetze der Ware produzieren das Monopolkapital.

Die Akkumulation des Kapitals schafft die Grundlagen des Monopolkapitals. Das Monopolkapital ist Konzentration und Zentralisation des Kapitals und Ausdruck des intensivierten Kampfes gegen den Verwertungsengpass des Kapitals.

Zum einen hebt das Monopolkapital die Konkurrenz auf, in dem sich großes Kapital gegen kleines durchsetzt, zum anderen führt das Monopolkapital die Konkurrenz auf höherer Stufe fort: Konkurrenz zwischen und innerhalb des Monopolkapitals.

Das Monopolkapital konzentriert die Produktion. Dabei ersetzt es in sich die Anarchie der Produktion durch planmäßige Produktion. So gleicht das Monopolkapital zyklische Krisen aus.

Das Monopolkapital entwickelt den Kampf um die Marktmacht und die Ware realisiert ihren Wert über Absprachen in der Produktions- und Zirkulationssphäre. Das Monopolkapital entwickelt Kombinationsformen, in denen verwertbare Monopolpreise der Waren festgelegt und die Absatzmärkte unter sich aufgeteilt werden, die Produktion geplant und der Kampf gegen konkurrierendes Monopolkapital organisiert wird.

Die Ware realisiert ihren Wert zunehmend über den Extraprofit. Eine erweiterte Form des Extraprofits ist der aus der Umverteilung der Profitraten gewonnene Monopolprofit. Dafür setzt stärkeres Kapital seine Marktmacht ein und schließt ungleiche Zirkulationsverträge mit schwächerem Kapital ab, dessen Profitraten sich zum Teil zum stärkeren Kapital transferieren. Die Waren des schwächeren Kapitals, z.B. von einem Zulieferer, zirkulieren unter ihren Wert, die Waren des stärkeren Kapitals zirkulieren ihren Wert entsprechend oder zu Preisen, die über den tatsächlichen Werten liegen. Der Monopolprofit wird realisiert.

Ursprünglich übernimmt das Bankkapital die Aufgabe des Zahlungsvermittlers für das Kapital, das so seine Akkumulation beschleunigt. Mit den oben skizzierten Verwertungsengpässen konzentriert und zentralisiert sich das Bankkapital und verwächst mit dem Produktivkapital: Das Monopolkapital produziert sich das Kredit- und Aktienkapital und daraus das Finanzkapital.

Das Monopolkapital entwickelt den imperialistischen Staat. Der Staat vertritt vor allem die Interessen des Großkapitals und setzt deren Direktive zur Begegnung des Verwertungsengpasses des Kapitals um. Der Staat im Imperialismus bleibt Vertreter der herrschenden Klasse und ideeller Gesamtkapitalist. In seiner Politik drücken sich die Interessen aller Kapitalfraktionen (Kleinbürgertum, mittlere Bourgeoisie, Großbourgeoisie) aus. Die Kapitalfraktionen der Großbourgeoisie nehmen jedoch führenden Einfluss auf die Staatspolitik.

International findet das Gleiche statt: Stärkeres Kapital spielt seine Marktmacht aus und schließt ungleiche Zirkulationsverträge über die Waren Roh- und Hilfsstoffe, tropische Nahrungs- und Genussmittel usw., des schwächeren Zulieferkapitals ab. Sonst: Erpressung, Drohung und Krieg.

Im Kampf gegen den Verwertungsengpass des Kapitals setzt stärkeres Kapital einerseits Knebelverträge mit dem Kapital seiner nationalen und vor allem seiner internationalen Zulieferer durch, was bei dortigem Kapital u.a. zu niedrigen Löhnen und miserablen Arbeitsbedingungen führt, übt aber auch gleichzeitig Druck auf konkurrierende Staaten aus bzgl. niedriger Steuern, Zollfreiheit, niedrige Arbeitssicherheits- und Umweltstandards usw. Zudem wird neben dem Beziehen von Monopolprofiten über den Warenexport auch der Kapitalexport, also die auf dem Weltmarkt expandierende Akkumulation des Kapitals, notwendig.

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf dem Weltmarkt beschleunigt sich. Das Monopolkapital entwickelt Kombinationsformen, welche die Produktionszweige weltweit betreffen: Staatenbündnisse, Rohstoffkartelle und weitere Verbände des Monopolkapitals. Die damit verbundene Produktivkraftentwicklung beschleunigt den Verwertungsengpass des Kapitals. Das lässt das Kapital weltweit und permanent nach Konzentration und Zentralisation streben.

Die Aufteilung der Welt unter das Monopolkapital ist abgeschlossen. Der Weltmarkt zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Rohstoffen, billigen Arbeitskräften usw. ist unter verschiedene Kombinationsformen aufgeteilt. Gleichzeitig organisiert das Monopolkapital den Konkurrenzkampf um die Neuaufteilung. Mit zuspitzenden Verwertungsengpässen des Kapitals verschärft sich die imperialistische Konkurrenz. Die erzeugten Konflikte, Umweltzerstörungen und Kriege sind genauso zwangsmäßig im Imperialismus wie sein faulender und sterbender Charakter, der die proletarische Revolution in jedem bürgerlichen Staat auf die Tagesordnung bringt.

Wir kommen zum Ausgangspunkt des Imperialismusbegriffs zurück: Die Ware und ihre antagonistischen Pole: Gebrauchswert und Wert. Dieser Antagonismus ist der treibende Widerspruch, der sich auf immer höherer Stufe bis zum Monopolkapital, dem ökonomischen Wesen des Imperialismus, reproduziert: Ware (Gebrauchswert, Wert) – Geld – Warenzirkulation – Schatzbildung – Kapital – Akkumulation – Krise – Verwertungsengpass – Monopolkapital/Imperialismus.

Die Ware produziert sich gesetzmäßig das Monopolkapital: Alle Staaten, die der Warenproduktion unterworfen sind, müssen ihrer monopolkapitalistischen Logik folgen und eine eigene imperialistische Politik umsetzen. Da heute ausnahmslos alle Staaten der Warenproduktion unterworfen sind, spricht man von einem imperialistischen Weltsystem, welches das im Monopolkapital begründete, hierarchische Konkurrenzverhalten der imperialistischen Staaten widerspiegelt.

### 3. Palästinensische Ökonomie

Nun untersuchen wir, ob auch die palästinensischen Gebiete, Gaza und Westjordanland, der Warenproduktion unterworfen sind, woraus sich ergäbe, dass Palästina staatliche Strukturen hat, welche die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie vertreten.

Kommen wir daher zunächst zur Untersuchung der gegenwärtigen palästinensischen Ökonomie. Erst die stoffliche, dann die wertökonomische Seite.

### 3.1. Stofflich

Die palästinensische Industrie fertigt kleinere Serien an, baut Steine und Erden an und stellt Textilien- und Seifenwaren her.<sup>57</sup> Ansonsten ist die palästinensische Industrie bislang schwach entwickelt. Dennoch wächst der verarbeitende Sektor stetig, insbesondere bei der Lebensmittelverarbeitung und den Baumaterialien.<sup>58</sup>

In der Landwirtschaft baut Palästina vor allem Oliven, Zitrusfrüchte und Gemüse an. Zudem werden Rindfleisch- und Milchwaren erzeugt.<sup>59</sup>

Dominiert wird die palästinensische Ökonomie vom Dienstleistungssektor. Dieser Sektor umfasst öffentliche Verwaltung, soziale Dienste, Handel und Tourismus. Der Beitrag zum BIP beträgt 60,1% (2021).<sup>60</sup>

Zudem besitzt Palästina riesige Öl- und Gasfelder. Als wesentlichen Faktor des Gaza-Krieges werden wir diese unter Punkt 5. „Konkurrenzkampf im Nahen Osten“ betrachten.

Die israelische Bourgeoisie kontrolliert die Ein- und Ausfuhr palästinensischer Waren seit Beginn ihrer Blockade 1967. Neben der Blockade raubt sie im gegenwärtigen Krieg landwirtschaftliche Fläche, zerstört Anbauflächen und sorgt für einen eingeschränkten Wasserzugang.<sup>61</sup> So kommt die palästinensische Arbeiterklasse schwer an Transferleistungen, denn ausreichende Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Stromzugang und viele weitere Waren des täglichen Bedarfs können nicht bereitgestellt werden.

---

<sup>57</sup> Vgl. Ghorfa. Arab-German Chamber of Commerce and Industry e.V. Palästinensische Gebiete, 2024, Wirtschaftsdaten. [https://www.ghorfa.de/wp-content/uploads/WD\\_Palaestina.pdf](https://www.ghorfa.de/wp-content/uploads/WD_Palaestina.pdf)

<sup>58</sup> Vgl. Rivermate, o. D., Überblick über die Beschäftigung in Palästina. <https://www.rivermate.com/de/leitfaden/palastina/ubersicht>

<sup>59</sup> Ebenda

<sup>60</sup> Vgl. Ghorfa, 2024.

<sup>61</sup> Vgl. Conflictfood, 09.09.2024, Faire Produkte & Lebensmittel aus Palästina. [https://conflictfood.com/palaestina/?srsId=AfmBOoqDLiymcT-yIHnsnuD0JZ2MJqsbjT6vKPK7x9CZ\\_M4koHUqAsRE](https://conflictfood.com/palaestina/?srsId=AfmBOoqDLiymcT-yIHnsnuD0JZ2MJqsbjT6vKPK7x9CZ_M4koHUqAsRE)

## 3.2. Wertökonomisch

### 3.2.1. Produktionsverhältnisse und Struktur der palästinensischen Bourgeoisie

In Palästina herrscht die Warenproduktion vor. Das lässt kleinbürgerliches und mittleres Kapital entstehen, das in der Landwirtschaft, im Industrie- und Dienstleistungssektor, im verarbeitenden Gewerbe, im Handel, sowie in der Ernährungswirtschaft tätig ist. Das kleine und mittlere Kapital, was auch KMU genannt wird, macht sowohl in Gaza als auch im Westjordanland den führenden Anteil der Privatbetriebe aus.

Zu den KMU zählt beispielsweise die Hirbawi-Weberei, die neben anderen Textilwaren in traditioneller Weise die palästinensischen „Kufiyas“ herstellt, die sowohl lokal als auch auf dem Weltmarkt nachgefragt sind.<sup>62</sup>

Die durch die Blockade bedingten stofflichen Zirkulationsbarrieren sorgen für mehrere Abhängigkeiten des palästinensischen Kapitals von israelischem Kapital.

Damit sich das palästinensische Kleinkapital lokal verwertet, vernetzt es sich in Kombinationsformen wie z.B. der Handelsorganisation „Canaan“, deren Sitz in Burquin liegt.<sup>63</sup> In „Canaan“ haben sich über 2000 Kleinbauern für den Anbau von Olivenöl und weiterer Waren zusammengeschlossen. Die Waren des palästinensischen Kleinkapitals realisieren ihren Wert durch Absprachen in der Produktions- und Zirkulationssphäre und zirkulieren mit inländischen und ausländischen Abnehmern.

Ähnliche Prozesse laufen in anderen Handelsorganisationen ab, wie z.B. in „Bethlehem Fair Trade Artisans“ (BFTA), in der sich kleines und mittleres Kapital im Handwerksbereich zusammenschließt.<sup>64</sup>

Die „blockierte“ Waren- und Kapitalzirkulation setzt sich auf höherer Stufe wieder in Gang.<sup>65</sup>

---

<sup>62</sup> Vgl. Dis:Orient, 31.07.2023, Letzter Kufiya-Produzent in Palästina: Kauft das Original! <https://disorient.de/magazin/palaestina-hebron-kufiya-produktion>

<sup>63</sup> WeltPartner, o. D., Canaan Fair trade. <https://www.weltpartner.de/de/handelspartner/asien/palaestina/canaan-fair-trade>

<sup>64</sup> EZA Fairer Handel, 14.07.2021, Bethlehem Fair Trade Artisans. <https://www.eza.cc/bfta>

### 3.2.2. Monopolkapitalismus

Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Palästina werden durch die Blockade also nicht behindert, sondern erzwungen.

Ein typisches Beispiel für palästinensisches Monopolkapital ist das Telekommunikationsunternehmen Paltel, das in Ramallah seinen Sitz hat.<sup>66</sup> Paltel entspricht größerem Aktienkapital, das über 3000 Arbeitskräfte ausbeutet. Die Nettoeinnahmen von Paltel sind von 12,1 Millionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 120 Millionen US-Dollar im Jahr 2014 gestiegen. Die Aktie der Paltel Group hält einen Marktanteil von 31% in der von der Palästinensischen Autonomiebehörde gegründeten Börse Palestine Exchange (PEX).<sup>67</sup> Der PEX hat seinen Sitz in Nablus und in ihm ist weiteres Aktienkapital notiert.<sup>68</sup>

Wie zum Beispiel das Aktienkapital der Arab Palestinian Investment Company (APIC). Das ist ein Kapitalzusammenschluss von mehreren Tochterfirmen, die Produktionszweige in den Bereichen Herstellung, Handel, Vertrieb und Dienstleistung in sich vereinen: Siniora Food Industries Company, Unipal General Trading Company, Palestine Automobile Company, Medical Supplies and Services Company, National Aluminum and Profiles Company (NAPCO), Sky Advertising and Public Relations and Event Management Company, Arab Leasing Company und Arab Palestinian Storage and Cooling Company. Insgesamt beutet das Kapital der APIC mehr als 3150

---

<sup>65</sup> Eine ähnliche Entwicklung kann bei kubanischen Kleinkapital beobachtet werden, das sich auf Druck der US-Blockade über Zusammenschlüsse und gemeinsame Zirkulationsverträge monopolkapitalisiert, um eine Konkurrenz herauszubilden. Die kubanischen Waren Zigarren, Taxifahrten, landwirtschaftliche Geräte und weitere realisieren ihre Werte über Kombinationsformen wesentlich besser.

<sup>66</sup> Vgl. Struminski, W., German Trade & Invest (GTAI), 23.06.2023. Telekommunikationssektor wächst trotz schwerer Rahmenbedingungen. <https://www.gtai.de/de/trade/palaestinensische-gebiete/branchen/telekommunikationssektor-waechst-trotz-schwerer-rahmenbedingungen-1009992>

<sup>67</sup> Vgl. World Economic Forum, o. D., Palestine Telecommunications Company (Paltel Group). <https://www.weforum.org/organizations/palestine-telecommunications-company-paltel-group/>

<sup>68</sup> Palestine Exchange. <https://www.pex.ps/>

Arbeitskräfte aus und akkumuliert in Palästina, Jordanien, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Irak und der Türkei.

Jüngst, im Oktober 2024, ist das Kapital der APIC eine Kooperation mit dem Kapital der Reema Hygienic Paper Company (Reema) eingegangen, in dem sie ein Anteil von 51% an dem Unternehmen erworben hat. Reema ist ein 1982 gegründetes palästinensisches Unternehmen und führender Akteur in der Hygienepapierindustrie. Das mit der APIC verschmelzende Kapital der Reema beutet zu kapitalistischen Bedingungen mehr als 90 qualifizierte Fachkräfte aus in den Bereichen Produktion, Marketing, Vertrieb und Logistik und hält einen Marktanteil von rund 40 %.<sup>69</sup>

Ziel dieser Kooperation ist es, den Konsumgütersektor mit 6000 Einzelhandelsgesellschaften auszubauen, so dass sich das Monopolkapital auf lokaler und regionaler Ebene Palästinas gegen konkurrierendes Monopolkapital durchsetzt.

### 3.2.3. Struktur der palästinensischen Arbeiterklasse

Die palästinensische Bourgeoisie und die daraus abgeleitete Struktur der palästinensischen Arbeiterklasse ist oberflächlich gesehen kleinteilig. Das Kapital der einzelnen KMU verfügt in der Regel über nicht mehr als 20 Arbeitskräfte.<sup>70</sup> Die permanente Tendenz des palästinensischen Kapitals, sich über diverse Interessensgemeinschaften zu konzentrieren und zentralisieren, spricht jedoch für eine zunehmende Konzentration der Produktion. Das bereits flächendeckend vorhandene Großkapital beutet deutlich mehr Arbeitskräfte aus (z.B. Paltel > 3000 Arbeiter). Dabei stellt der öffentliche Sektor mit 21,3 Prozent die meisten aller palästinensischen Arbeitsplätze.<sup>71</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl. Presseportal, 08.10.2024, Die Arab Palestinian Investment Company erweitert ihre Aktivitäten in Palästina durch eine strategische Partnerschaft mit der Reema Hygienic Paper Company, an der sie 51 % der Anteile erwirbt. <https://www.presseportal.de/pm/120611/5881082>

<sup>70</sup> Vgl. Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), 18.03.2025, Besseren Zugang zu inklusiver verantwortungsvoller Finanzierung für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen ermöglichen. <https://www.giz.de/de/weltweit/120980.html>

<sup>71</sup> Vgl. United States Department of State, 04.01.2025, West Bank and Gaza. <https://www.state.gov/reports/2022-investment-climate-statements/west-bank-and-gaza/>

Vor dem 07. Oktober 2023 war eine kontinuierliche Abwanderung palästinensischer Arbeiter nach Israel zu beobachten. Sie lebten in Westjordanland oder Gaza und arbeiteten für die israelische Bourgeoisie, vor allem für Baufirmen. Von den 200.000 palästinensischen Arbeitern, die bis vor dem 07. Oktober für die israelische Bourgeoisie arbeiteten, waren 100.000 im israelischen Bausektor tätig, dessen Kapital besonders von der Ausbeutung billiger palästinensischer Arbeitskräfte abhängig ist.<sup>72</sup> Nach dem 07. Oktober entschied sich die israelische Bourgeoisie jedoch für den Stopp der „Arbeitsgenehmigungen“.

Laut UN-Bericht leben mehr als 65% der palästinensischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. 60% der erwerbsfähigen palästinensischen Bevölkerung ist arbeitslos.<sup>73</sup>

Der Gini-Koeffizient, der Auskunft über die soziale Ungleichheit eines Landes hinsichtlich seiner Einkommens- und Vermögensverteilung gibt, liegt in Palästina bei 33,7%. Deutschland weist einen Koeffizienten von 31,7% auf. Die soziale Ungleichheit liegt damit in Palästina höher als in Deutschland, dem zweifellos keine „Einkommensgleichheit“ unterstellt werden kann. Hinter der gemessenen wachsenden sozialen Ungleichheit Palästinas schlummern die sich ständig verschärfenden Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters beträgt in Westjordanland 32 US-Dollar, in Gaza 13 US-Dollar, in Israel 82 US-Dollar.<sup>74</sup> Die ohnehin niedrigen Löhne in Gaza werden von der palästinensischen Bourgeoisie nur mit Verspätung, in einigen Fällen gar nicht gezahlt. Das liegt an den finanziellen Abhängigkeiten der Hamas von Katar.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> Vgl. Hoffer, R., Neue Zürcher Zeitung, 22.05.2024, Israel: Ohne Palästinenser steckt die Bauindustrie in der Krise. <https://www.nzz.ch/wirtschaft/israel-ohne-palaestinenenser-steckt-die-bauindustrie-in-der-krise-ld.1828177>

<sup>73</sup> Vgl. UN News, 25.10.2023, One third of Gaza Strip population in need of psychological and social support. <https://news.un.org/en/story/2022/09/1125712>

<sup>74</sup> Vgl. United States Department of State, 04.01.2025.

<sup>75</sup> Vgl. Mena-Watch, 18.07.2023, Katar verzögert Hilfe: Hamas kann keine Löhne zahlen. <https://www.mena-watch.com/hamas-verzoegerung-katar-hilfe-keine-gehaelter/>

Die Unterdrückung der palästinensischen Arbeiterklasse wird in Westjordanland von der Palästinensischen Autonomiebehörde und in Gaza von den behördlichen und paramilitärischen Strukturen der Hamas aufrechterhalten. Die jeweiligen staatlichen Gewalten organisieren die öffentliche Verwaltung, die das Zusammenleben unter den Bedingungen der Warenproduktion regelt und die Verwertung des palästinensischen Kapitals absichert.

Kritik an der Unterdrückung der Arbeiterklasse und dem Bestreben, im imperialistischen Weltsystem weiter aufzusteigen, schaltet die palästinensische Bourgeoisie mit assistierender bürgerlicher Propaganda wie der These eines im Gaza-Krieg notwendigen „nationalen Befreiungskampfes“ aus. Das verhält sich ähnlich wie die Begründungen zur „Agenda 2010“, womit der deutsche Imperialismus Lohndumping und Sozialabbau mit den „Herausforderungen auf dem Weltmarkt“ begründete. Die Propaganda des russischen Imperialismus zur „Spezialoperation“ hinsichtlich des Ukraine-Krieges folgt einem ähnlichen Muster.

### 3.3. Schlussfolgerungen

Das palästinensische Kapital ist stark abhängig von israelischem Kapital. Durch zahlreiche Maßnahmen der Blockade kann palästinensisches Kapital nicht so zirkulieren wie Kapital anderer bürgerlicher Staaten, die keinem Krieg und keiner Besetzung ausgesetzt sind.

Obwohl die palästinensischen Gebiete durch Krieg und Besetzung volkswirtschaftlich in ihrer Entwicklung behindert werden, was vor allem der palästinensischen Arbeiterklasse schadet, zeigen die Untersuchungen, dass damit keineswegs die betriebswirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung zerstört oder wesentlich behindert wird. Denn die Konkurrenz wird im Imperialismus durch eine Blockade nicht aufgehoben. Gegen die Blockade schließt sich palästinensisches Kleinkapital zusammen und verwertet sich in monopolkapitalistischen Kombinationsformen. Ohne große Schwierigkeiten entwickelt die palästinensische Bourgeoisie Groß- und Finanzkapital und versucht ihren weltökonomischen Einfluss zu erhöhen. Die Konkurrenz setzt sich also auf höherer Stufe fort.

Die monopolkapitalistische Entwicklung der palästinensischen Bourgeoisie geschieht auf den Rücken der palästinensischen Arbeiterklasse, die in

Westjordanland und besonders in Gaza in beispielloser Armut lebt. Die Arbeiterklasse muss doppelt bezahlen: Für die ausländische Blockade und für die Schikanen ihrer eigenen Bourgeoisie, die den Durchschnittslohn in Gaza auf 13 US-Dollar pro Tag drückt. Ideologisch sichert die Bourgeoisie diese Verhältnisse mit Thesen über einen notwendigen „nationalen Befreiungskampf“ ab. Fazit: In Palästina herrscht die Warenproduktion mit allen sich daraus ergebenden kapitalistischen Konsequenzen.

#### 4. Integration der palästinensischen Bourgeoisie in das imperialistische Weltsystem

Palästinensisches Kapital schließt sich nicht nur für die Verwertung auf dem lokalen Markt, sondern auch für den Weltmarkt zusammen. Die israelische Blockade kann die Weltmarkt-zirkulation von und nach Palästina, also den Export von palästinensischen Waren in die Welt und den Import internationaler Waren nach Palästina nicht verhindern. Zusätzlich stimuliert auch das palästinensische Finanzkapital den Warenexport.

##### 4.1. Warenhandel

Obwohl die Warenexporte aus Palästina in den letzten 10 Jahren tendenziell gestiegen sind, verzeichnet die Außenhandelsbilanz, die Differenz von Export und Import, ein strukturelles Defizit. Dazu folgende Daten<sup>76</sup>:

---

<sup>76</sup> Vgl. Trading economics, o. D., Palestine exports. <https://tradingeconomics.com/palestine/exports>

PS Balance of Trade - USD Million



Source: tradingeconomics.com | Palestinian Central Bureau of Statistics

Während im Zeitraum 2015-2025 das beste Ergebnis für die palästinensische Bourgeoisie im Jahr 2020 gerade mal bei einem Außenhandelsdefizit von knapp 240 Mio. US-Dollar lag, verzeichnete die Handelsbilanz im Jahr 2023 ein Minus von 600 Mio. US-Dollar.

Neben den Export von Olivenöl und anderen landwirtschaftlichen Waren exportiert Palästina hauptsächlich Zement, unedle Metalle, Eisen und Stahl, Nahrungsmittel und Getränke, Möbel, Kunststoff- und Milchwaren. Israel ist der wichtigste Exportpartner mit einem Anteil von über 80% an den Gesamtexporten. Weitere Exportpartner Palästinas sind Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Niederlande, Deutschland und Kanada.<sup>7778</sup>

An der Abhängigkeit von israelischem Kapital zeigen sich die Auswirkungen der Blockade und der damit verknüpften Zirkulationsbarrieren. Kontrollen zur Ein- und Ausfuhr palästinensischer Waren über Zölle etc. sowie zerstörte Produktionsmittel durch Krieg und Besetzung erschweren einen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Warenhandel.

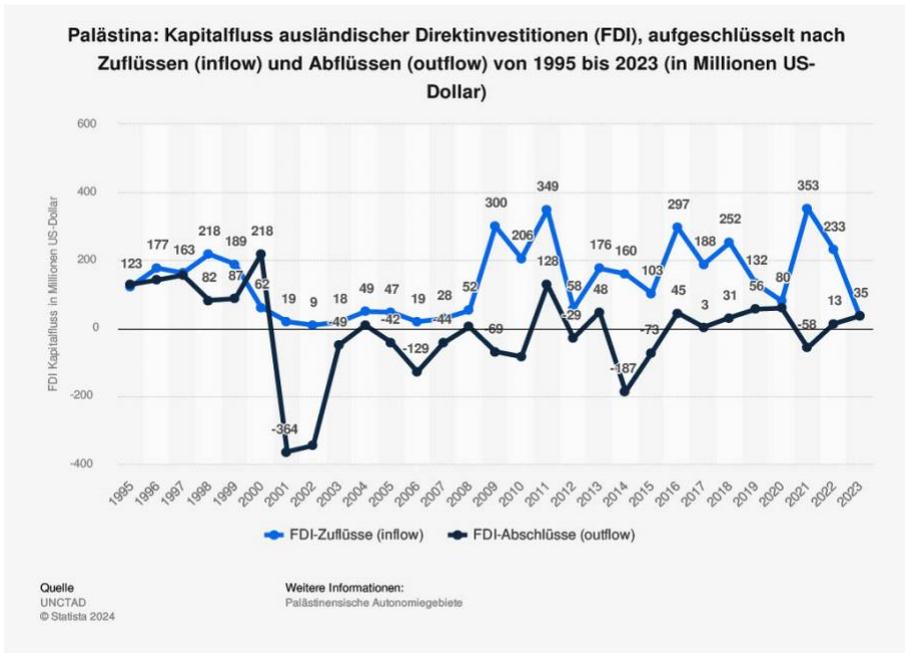
<sup>77</sup> Ebenda

<sup>78</sup> Ebenda

Wenn sich der Warenexport trotz Kapitalzusammenschlüssen nicht mehr angemessen verwertet, hilft die internationale Verlagerung, bzw. Ausdehnung des Kapitals. Die Blockade trifft dann bedeutend weniger hart, als wenn jeder Warenverkehr kontrolliert wird. So wird der Kapitalexport notwendig.

#### 4.2. Kapitalströme

Zu den jährlichen Kapitalströmen, der Differenz zwischen Kapitalexport und Kapitalimport, liegen uns folgende Daten vor<sup>79</sup>:



Die Kapitalabflüsse aus Palästina, die in etwa dem jährlichen Kapitalexport entsprechen, betragen im Jahr 2021 ein Maximum von 353 Mio. US-Dollar. Das Minimum liegt im Jahr 2002 bei 9 Mio. US-Dollar. Die Kapitalzuflüsse, das ist das ausländische Kapital was sich in Palästina akkumuliert, betragen

<sup>79</sup> Statista, 28.10.2024, Kapitalfluss der Direktinvestitionen (FDI) in Palästina bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1387903/umfrage/kapitalfluss-der-direktinvestitionen-fdi-in-palaestina/>

im Jahr 2000 ein Maximum von 218 Mio. US-Dollar. Im Jahr darauf, 2001, wurde das Minimum erreicht, das bei -364 Mio. US-Dollar lag. Ein negativer Wert bedeutet, dass das zuvor akkumulierte Kapital um diesen Wert wieder abgebaut wurde.

Für die palästinensischen Gebiete gibt es aus dem Ausland zahlreiche sogenannte „Entwicklungshilfen“, in denen Kapital führender bürgerlicher Staaten wie der BRD, den USA, den BRICS-Staaten in Gaza und Westjordanland akkumuliert wird, um beispielsweise über sogenannte „Hilfswaren“ die Versorgung zu verbessern. Die ausländischen Investitionen der imperialistischen Führungsmächte werden nicht aus Mitleidenschaft und Fürsorge getätigt, sondern zwecks direkter Kapitalverwertung und der Weiterentwicklung des palästinensischen Kapitals.

Ein halbes Jahr nach dem Angriff der palästinensischen Bourgeoisie auf Israel, dem 23.04.2024, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein neues „*Entwicklungspolitisches Aktionsprogramm für die Palästinensischen Gebiete*“ beschlossen.<sup>80</sup> Darin will die BRD unter anderem 25.000 neue „Beschäftigungsmöglichkeiten“ schaffen, die neues Kapital zur Entwicklung der nationalen Bourgeoisie in Palästina bringen. Dabei soll für die örtliche Infrastruktur in ein „arbeitsintensives Bauprogramm“ investiert werden. Auch in der Landwirtschaft und im IT-Sektor soll weiteres Kapital mit „Arbeitsplätzen“ entstehen. Dabei plant das BMZ mit kurzfristigen „Cash-for-Work“-Stellen, aber auch gezielter Unterstützung des Kapitals der KMU.<sup>81</sup>

Ein nicht zu unterschätzender Faktor im Gaza-Krieg ist das auf dem Weltmarkt vernetzte Monopolkapital der Hamas, mit dem die palästinensische Bourgeoisie den Gaza-Krieg finanziert. Es wird durch das türkische, iranische, katarische und saudi-arabische Kapital mit mehreren 100 Mio. US-

---

<sup>80</sup> Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2024, *Entwicklungspolitisches Aktionsprogramm für die palästinensischen Gebiete*. <https://www.bmz.de/resource/blob/207406/entwicklungspolitische-schwerpunkte-palaestinisische-gebiete.pdf>

<sup>81</sup> Ebenda

Dollar unterstützt.<sup>82</sup> Umgekehrt ist das Monopolkapital der Hamas mit mehreren 100 Mio. US-Dollar im Ausland angelegt. Es kontrolliert Bergwerke, Geflügelfarmen und Straßenbauunternehmen in Sudan. Es akkumuliert Kapital in Bürohochhäusern der Vereinigten Emirate, in Projektentwicklung in Algerien und verfügt über nennenswertes Aktienkapital eines börsennotierten Immobilienkonzerns in der Türkei.<sup>83</sup> Es wird geschätzt, dass sich das Monopolkapital der Hamas mit jährlich 10 bis 15 Millionen US-Dollar an den Weltfinanzmärkten verwertet. Geraume Zeit vor dem Hamas-Angriff am 07. Oktober 2023 realisierte es durch die Zirkulation von Unternehmensbeteiligungen eine Verwertung von 75 Mio. US-Dollar.<sup>84</sup> Mit dem investierten Monopolkapital der Hamas war die palästinensische Bourgeoisie in der Lage, für den Gaza-Krieg militärisch aufzurüsten sowie das verzweigte Tunnelsystem weiter auszubauen.<sup>85</sup>

Auch am Beispiel des im PEX notierten Finanzkapitals der APIC haben wir exemplarisch gesehen, wo die Interessen der palästinensischen Bourgeoisie auf dem Weltmarkt liegen. Die APIC akkumuliert Kapital in Jordanien, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Irak und der Türkei. Das im PEX zusammengefasste Aktienkapital hat ebenso eine feste Stellung auf dem Weltmarkt. Durch die Aufnahme als Mitglied 1998 und seit Oktober 2024 als Vorstandsmitglied der Arabischen Föderation der Kapitalmärkte (AFCM)<sup>86</sup> ist der PEX integraler Bestandteil des arabischen Finanzmarktes,

---

<sup>82</sup> Vgl. Capital, 07.01.2025, Israel: Katar und Iran als Geldgeber der Hamas. <https://www.capital.de/geld-versicherungen/israel--katar-und-iran-als-geldgeber-der-hamas-33911216.html>

<sup>83</sup> Vgl. Hank, R., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2024, Die Millionäre von der Hamas: Woher kommt das Geld? <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hanks-welt/die-millionaere-von-der-hamas-woher-kommt-das-geld-19492727.html>

<sup>84</sup> Ebenda

<sup>85</sup> Ebenda

<sup>86</sup> Vgl. Palestine Exchange, 14.10.2024, The Palestine Exchange Secures Board Membership in the Arab Federation of Capital Markets for 2024-2026. [https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://api.pex.ps/FileManager/Default.aspx%3FAID%3D1000%26UID%3D345%26WID%3D29%26DocAction%3D610%26HashCode%3D4872%26PathCode%3D1%26TRID%3D115256%26TID%3D561&ved=2ahUKEwiQm7f\\_2\\_OMAxUERPEDHZNM1AQFnoECBEQAQ&usq=AOvVaw3RaGrpLI9VSDG8RVFNCGAB](https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://api.pex.ps/FileManager/Default.aspx%3FAID%3D1000%26UID%3D345%26WID%3D29%26DocAction%3D610%26HashCode%3D4872%26PathCode%3D1%26TRID%3D115256%26TID%3D561&ved=2ahUKEwiQm7f_2_OMAxUERPEDHZNM1AQFnoECBEQAQ&usq=AOvVaw3RaGrpLI9VSDG8RVFNCGAB)

der alle arabischen Regionen insbesondere Golf, Levante und arabisch-afrikanische Länder umschließt.<sup>87</sup> Auch im eurasischen Finanzmarkt, in der Federation of Euro-Asian Stock Exchanges (FEAS) hat der PEX eine Position im Vorstand inne.<sup>88</sup>

### 4.3. Schlussfolgerungen

Die Daten zur Vernetzung des palästinensischen Kapitals auf dem Weltmarkt sprechen eine deutliche Sprache.

Einerseits drücken sich dessen Abhängigkeitsbeziehungen zu israelischem Kapital in einer negativen Bilanz des Warenhandels aus. Andererseits wird das palästinensische Kapital dadurch gezwungen, sich zunehmend auf dem Weltmarkt zu verwerfen.

Das zeigt sich in der vielschichtigen Entwicklung des palästinensischen Kapitalexports. Während zahlreiche bürgerliche Staaten, wie z.B. die BRD, zwecks ihrer eigenen Kapitalinteressen in die palästinensischen Gebiete investieren und damit die (monopol-)kapitalistische Entwicklung weiter vorantreiben, akkumuliert sich das palästinensische Kapital auf dem Weltmarkt in gleich mehreren Bereichen: in Form von Finanzkapital, das sich in arabischen Regionen verwertet, aber auch in Form des Monopolkapitals der Hamas, womit die palästinensische Bourgeoisie mittels Investitionen im Sudan, Vereinigten Emiraten, Algerien und der Türkei den Gaza-Krieg finanziert.

Das Vorherrschen der Warenproduktion in Palästina, die permanente Tendenz der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, vor allem in der Landwirtschaft, aber in kleinen Schritten auch in der Industrie, die grundsätzlich monopolkapitalistische Entwicklung, die Repressalien der palästinensischen Bourgeoisie nach Innen gegen die Arbeiterklasse sowie die durch den Kapitalexport bedingten zahlreichen Verflechtungen des palästinensischen Monopolkapitals auf dem Weltmarkt lassen keinen anderen Schluss zu, als dass die palästinensische Bourgeoisie monopolkapitalistische,

---

<sup>87</sup> Vgl. Arab Federation of Capital Markets (AFCM). About us. <https://arab-exchanges.org/about>

<sup>88</sup> Vgl. Palestine Exchange, 14.10.2024.

imperialistische Interessen vertritt und zur Durchsetzung dieser Interessen eine entsprechende imperialistische Politik umsetzt.

Nun gehört der palästinensische Imperialismus aufgrund seiner hohen Abhängigkeit vom israelischen Imperialismus und der (noch) fehlenden stofflichen Möglichkeiten für eine unabhängigere Ökonomie, die noch weiter nach Expansion streben kann, sicherlich nicht zu den Führungsmächten des Weltsystems. Doch sein Gewicht an den arabischen Finanzmärkten und die weitere monopolkapitalistische Entwicklung deuten darauf hin, dass die palästinensische Bourgeoisie ein relevanter lokaler imperialistischer „Player“ ist, der regional einen gewissen Einfluss entwickelt, jedoch permanent danach strebt, in der Rangordnung des Weltsystems weiter aufzusteigen. Im Gaza-Krieg bietet sich für die palästinensische Bourgeoisie eine weitere Gelegenheit.

Nun richten wir den Blick von der palästinensischen Bourgeoisie weg und schauen auf das Gesamtbild, die zugrundeliegenden imperialistischen Widersprüche im Nahen Osten, in die die palästinensische Bourgeoisie verwickelt ist.

## 5. Konkurrenzkampf im Nahen Osten

Öl und Gas werden überall und in kontinuierlichen Mengen benötigt. Weltweit ist die Kapitalverwertung von diesen Rohstoffen noch immer extrem abhängig. Erdöl ist der derzeit wichtigste Rohstoff moderner kapitalistischer Industriestaaten. Er ist wichtig zur Erzeugung von Elektrizitätsware und als Treibstoffware fast aller Verkehrs- und Transportmittel. Daneben wird Erdöl in der chemischen Industrie zur Herstellung von Kunststoffwaren und anderer Chemiewaren vielfach eingesetzt.<sup>89</sup> Erdgas ist Energieträger für Waren der Wärme- und Stromerzeugung, der Speicherung von Energie und für den Ausgleich für aus erneuerbaren Energien erzeugten Strom und wichtiger Einsatzstoff vor allem in der Chemieindustrie.<sup>90</sup>

---

<sup>89</sup> Chemie.de, o. D., Erdöl. <https://www.chemie.de/lexikon/Erd%C3%B6l.html>

<sup>90</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, o. D., Erdgasversorgung in Deutschland. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/gas-erdgas-versorgung-in-deutschland.html>

Mit kontinuierlicher Steigung der organischen Zusammensetzung des Kapitals wird zur Realisierung der Profitraten immer mehr konstantes Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital benötigt. Dadurch sinken die Profitraten gesetzmäßig ab. Ursache: Steigt die Produktivität durch bessere Produktionsmittel, kann ein Arbeiter in der gleichen Zeit mehr Waren herstellen. Das hat Auswirkungen auf die Verwertung des Kapitals: Nur lebendige Arbeit produziert in ihrer Tätigkeit neue Werte, Maschinen, Roh- und Hilfsstoffe übertragen im Produktionsprozess den in ihnen enthaltenen Wert zwar auf die neu produzierte Ware, erzeugen aber keine Neuwerte und damit auch keinen Mehrwert. Das führt zu fallenden Profitraten für das Kapital. Um seine Profitraten abzusichern, muss das Kapital deshalb u.a. die Rohstoffe billig beziehen können.

Dadurch entsteht die weltweite imperialistische Konkurrenz um Öl und Gas. Aufgrund der hohen und kontinuierlichen Nachfrage nach Öl und Gas kann Kapital, das Öl- und Gasfelder unter seine Kontrolle bringt, viele Produktionsprozesse weltweit zu Gunsten eigener höherer Profitraten beeinflussen.

Im Nachfolgenden beschreiben wir die Konkurrenz um Öl und Gas am Beispiel des Levantinischen Beckens näher.

### 5.1. Kampf um Öl- und Gasreserven

Zu den Öl- und Gasfeldern an der Küste des Levantinischen Beckens, das ist die Region des südöstlichen Mittelmeers von Ost-Ägypten über Gaza bis Israel, liegt ein Bericht der von der UN betreuten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) vor.<sup>91</sup> Geologen und RohstoffökonomInnen bestätigen unabhängig voneinander, dass das Gewässer auf einen beträchtlichen Teil der Öl- und Gasfelder liegt.<sup>92</sup> Die neuen Öl- und Gasfunde im an Israel und Palästina angrenzenden Gewässer umfassen etwa 1,7

---

<sup>91</sup> Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD), 22.08.2019, The Economic Costs of the Israeli Occupation for the Palestinian People: The Unrealized Oil and Natural Gas Potential. [https://unctad.org/system/files/official-document/gdsapp2019d1\\_en.pdf](https://unctad.org/system/files/official-document/gdsapp2019d1_en.pdf)

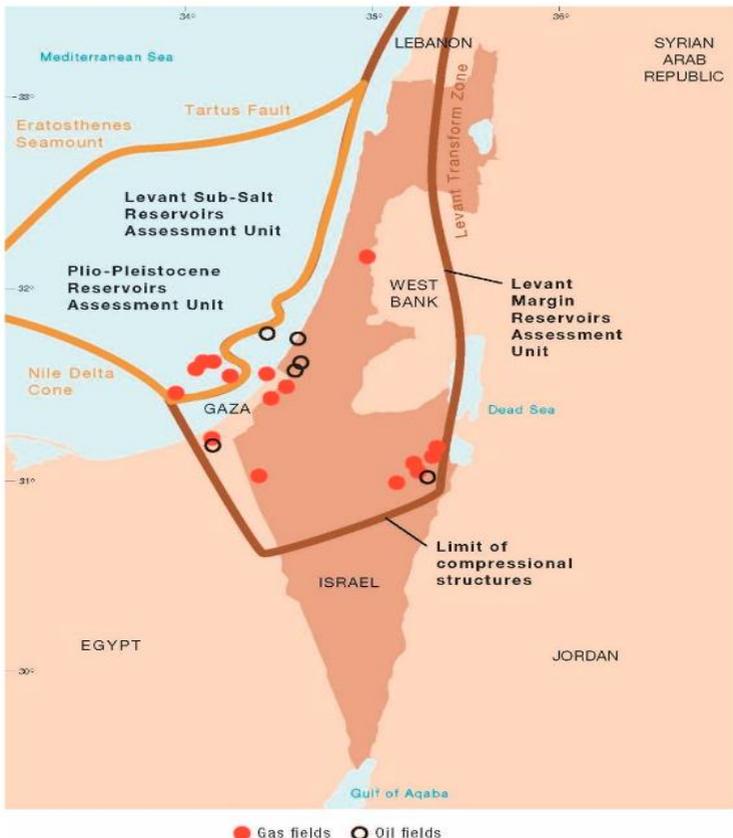
<sup>92</sup> Vgl. Ebenda, S. 18

Milliarden Barrel förderbares Öl, sowie 122 Billionen Kubikfuß förderbares Gas und gehören damit zu den bedeutendsten Erdgasressourcen der Welt.<sup>93</sup>

In der nachfolgenden Karte der UNCTAD<sup>94</sup> wird die Rohstoffsituation an der Küste Israels und Palästinas zum Levantinischen Becken veranschaulicht:

Die aufgetragenen Punkte kennzeichnen die in Israel und Palästina (Gaza und West Bank) liegenden Öl- und Gasreserven: die vollen Punkte Gas, die Kreise Öl. Es handelt sich dabei um die „Gaza Marine Felder“. Im gesamten

Map 1. Location of the three assessment units in the Levant Basin Province in the Eastern Mediterranean



Levantinischen Becken, u.a. im territorialen Gewässer Palästinas, Israels, aber auch Libanons, gibt es noch weitere Öl- und Gasfelder, wie „Tamar“, „Leviathan“, „Noa“, „Mari-B“ und

Assessment of  
/ince, Eastern  
20103014

93  
94  
u:  
M

weitere.<sup>95</sup> Diese sind nicht auf der Karte eingezeichnet.

Der Gesamtwert der Öl- und Gasreserven wird von UNCTAD auf 524 Mrd. US-Dollar geschätzt.<sup>96</sup> Inflationsbereinigt beträgt der Wert heute über 600 Mrd. US-Dollar.<sup>97</sup>

Eines der Gasfelder ist das umkämpfte, an der Küste des Gazastreifens gelegene Gaza-Marine-Erdgasfeld. Der Umfang dieses Erdgasfelds wird auf rund 30 Milliarden Kubikmeter geschätzt.<sup>98</sup> Unter anderem könnte das Monopolkapital der Palestine Electric Company (PEC) seine Profitraten deutlich steigern, wenn sich die palästinensische Bourgeoisie den Zugriff auf das Gasfeld sichern könnte.<sup>99</sup> Auch die Öl- und Gasfelder auf israelischem Gebiet (siehe Karte) sind für die palästinensische Bourgeoisie nicht uninteressant. Das erklärt deren imperialistischen Ansprüche auf eine „Zwei-Staaten-Lösung“, bzw. sogar einer „Ein-Staaten-Lösung“.

Selbstverständlich würde die israelische Bourgeoisie umgekehrt von der Aneignung der Öl- und Gasreserven an der Küste des Levantinischen Beckens und ganz Palästina ebenso profitieren. Nur das steckt dahinter, wenn der israelische oder auch der verbündete deutsche Imperialismus für den vermeintlichen „Kampf gegen Antisemitismus“ und für das „Existenzrecht Israels“ mobilmachen.

Im Sommer 2023, vor dem 07. Oktober, erhoben beide Parteien ihren Anspruch auf die Bodenschätze des Levantinischen Beckens.

---

<sup>95</sup> Vgl. Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), AG Öl und Gas, o. D., Was hat der Gaza-Krieg mit Öl und Gas zu tun? <https://www.kaz-online.de/artikel/was-hat-der-gaza-krieg-mit-oel-und-gas-zu-tun>

<sup>96</sup> Vgl. UNCTAD, 22.08.2019, S. v f.

<sup>97</sup> Vgl. Anti-Spiegel, o. D., Die wahren Gründe für den Krieg in Gaza. <https://anti-spiegel.ru/2023/die-wahren-gruende-fuer-den-krieg-in-gaza/>

<sup>98</sup> Vgl. Struminski, W., German Trade & Invest (GTAI), 03.07.2023, Erschließung des palästinensischen Erdgasfeldes rückt näher. <https://www.gtai.de/de/trade/palaestinensische-gebiete/branchen/erschliessung-des-palaestinensischen-erdgasfeldes-rueckt-naeher-1014188>

<sup>99</sup> Ebenda

I. Benjamin Netanjahu (Israel): „*Das Projekt ist notwendig, um die Sicherheit und die diplomatischen Bedürfnisse des Staates Israel zu gewährleisten*“. <sup>100</sup>

II. Ismail Rudwan (Palästina, Hamas): „*Wir bekräftigen, dass unser Volk in Gaza das Recht auf seine Bodenschätze hat*“. <sup>101</sup>

Nach Beginn der erneuten Eskalation des Gaza-Krieges am 07. Oktober 2023, gab die israelische Bourgeoisie bekannt, 12 neue Lizenzen zur Förderung von Gas an Interessenten anzubieten. Daran ist sowohl israelisches als auch internationales Kapital beteiligt. Die Erschließung und Förderung von Gas findet zu einem beträchtlichen Teil an der Küste Gazas statt. <sup>102</sup>

## 5.2. Kampf um Gaspipelines

Der Konkurrenzkampf im Nahen Osten dreht sich also nicht allein um den Besitz der Öl- und Gasfelder. Es geht auch um günstige Verwertungsbedingungen bei dessen Transport.

Bei den Gaspipelines herrscht besonders zwischen der israelischen und türkischen Bourgeoisie Konkurrenz. Ursprünglich plante die israelische Bourgeoisie, das sich mit seiner Kriegsführung in Gaza und Sicherstellung der meisten Gasfelder am Levantinischen Becken zu einem wichtigen „Player“ auf dem Weltmarkt in Bereichen der Energieversorgung entwickelt hat, eine Pipeline in die EU über die Türkei. Das erklärt die einstmaligen Absprachen der türkischen mit der israelischen Bourgeoisie. Die Strategie des EU-Kapitals, sich unabhängiger von russischem Gas zu machen und zusätzlich die Anschläge auf „NordStream“ im Sommer 2022 brachten dem israelischen Kapital jedoch bessere Verwertungsaussichten mit einem Pipelineprojekt im östlichen Mittelmeer über Zypern, Griechenland nach Süditalien in die EU – ohne die Türkei. <sup>103</sup>

Zwar bot die Russische Förderation nach den Anschlägen auf „NordStream“ der EU an, das Gas über die Türkei umzuleiten, so wie bereits russisches Gas über „TurkStream“ nach Europa geliefert wird, allerdings konnten sich die

---

<sup>100</sup> Vgl. Anti-Spiegel, o. D.

<sup>101</sup> Ebenda

<sup>102</sup> Vgl. Al Jazeera English, Pinch Point, 08.04.2024, Gaza: Gas rich, but in ruins. [Video] <https://www.youtube.com/watch?v=7nv4gYKcX5w>

<sup>103</sup> Vgl. KAZ, AG Öl und Gas, o. D.

russische und türkische Bourgeoisie nicht über Fragen der Kontrolle eines „Gas-Hubs“ einigen.<sup>104</sup> Die geplante Stellung der türkischen Bourgeoisie als „Knotenpunkt“ für den Gastransport wird zunehmend infrage gestellt. Und die israelische Bourgeoisie forciert weiter die neue Pipeline über das östliche Mittelmeer, die auch „East Mediterranean“ genannt wird.<sup>105</sup> Daraufhin verschärfte sich die Konkurrenz zwischen der israelischen und der türkischen Bourgeoisie. Nach dem Angriff der palästinensischen Bourgeoisie auf Israel am 07. Oktober 2023 entdeckte Erdogan sein Herz für die „Palästinenser“.<sup>106</sup> Mittlerweile ist die Zirkulation zwischen israelischem und türkischem Kapital fast gänzlich ausgesetzt.<sup>107</sup>

Eine zweite Pipeline der israelischen Bourgeoisie führt von Ägypten über Israel nach Jordanien. Die ägyptische Bourgeoisie wird zudem mit obiger „East Mediterranean“-Pipeline beliefert, die nach Europa führen soll.<sup>108</sup> So ist zu erklären, wieso die ägyptische Bourgeoisie im Gaza-Krieg eher zur israelischen Bourgeoisie hält, wenn auch die Beziehungen zur israelischen Bourgeoisie nicht von Konkurrenz befreit sind, da die ägyptische Bourgeoisie, wie wir in Punkt 4.1. gesehen haben, gleichzeitig auch vom Import palästinensischer Waren profitiert, die zum Teil blockiert werden.

Neben der israelischen Bourgeoisie sucht der EU-Imperialismus nach weiteren Handelspartnern für Gasförderungen. Die katarische Bourgeoisie hat in die palästinensische Bourgeoisie investiert. Gleichzeitig beteiligt sie sich an der Seite der israelischen Bourgeoisie auch an der Erschließung der Bodenschätze des Levantinischen Beckens.<sup>109</sup> Auch deutsches Kapital

---

<sup>104</sup> Vgl. Kotlyarova, L., Berliner Zeitung, 15.09.2023, Neuer Gas-Hub in der Türkei: Darum stockt jetzt Putins Vorstoß, mehr Gas nach Europa zu liefern. <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/bericht-gas-hub-russland-und-die-tuerkei-streiten-um-die-kontrolle-li.416898>

<sup>105</sup> Vgl. KAZ, AG Öl und Gas, o. D.

<sup>106</sup> Ebenda

<sup>107</sup> Böge, F., Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.05.2024, Israel-Krieg: Warum die Türkei den Handel mit Israel aussetzt. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/israel-krieg-warum-die-tuerkei-den-handel-mit-israel-aussetzt-19696267.html>

<sup>108</sup> Vgl. KAZ, AG Öl und Gas, o. D.

<sup>109</sup> Ebenda

schließt Zirkulationsverträge mit katarischem Kapital über den Import von Gas ab.<sup>110</sup>

### 5.3. Kampf der Führungsmächte um die Vormachtstellung im Nahen Osten

Das in den Bündnissen der NATO und BRICS zusammengefasste Großkapital mischt im Konkurrenzkampf um die Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens kräftig mit. Bei der immer schwächer werdenden Führungsposition des US-Imperialismus und dem Aufstreben des BRICS-Imperialismus geht es um die Vormachtstellung der miteinander konkurrierenden Bündnisse im Nahen Osten.

Der US-Imperialismus und das von ihm unterstützte Monopolkapital Chevron, Exxon-Mobil, BP und Shell profitieren derzeit von den von der israelischen Bourgeoisie eroberten Gasreserven. Chevron ist hierbei hauptsächlicher Betreiber der israelischen Gasfelder des Levantinischen Beckens. Ziel der USA ist es, günstiges Gas aus Russland und Iran möglichst vom Markt fernzuhalten. Nur so kann sich das aufwendig zu produzierende Frackinggas des US-Imperialismus mittels Monopolprofit noch verwerten.<sup>111</sup>

Das vom US-Imperialismus mitunterstützte britische Kapital British Petroleum (BP), der als einer der Gasbetreiber im Levantinischen Becken von der israelischen Bourgeoisie eine Förderlizenz erhalten hat, schloss bereits im Sommer 2023 einen „Deal“ mit dem IT-Kapital der Infosys im Wert von 1,5 Mrd. US-Dollar ab. Das Kapital der Infosys gehört der Milliardärin Akshata Murty, ihrer Familie und der Frau von Rishi Sunak, dem damaligen britischen Premierminister.<sup>112</sup>

---

<sup>110</sup> Vgl. Deutsche Presse-Agentur (Dpa), 21.10.2023, Rohstoffimport: Habeck: Kein Nachteil für Israel durch Energie aus Katar. In: Die Zeit. <https://www.zeit.de/news/2023-10/21/habeck-kein-nachteil-fuer-israel-durch-energie-aus-katar>

<sup>111</sup> Vgl. KAZ, AG Öl und Gas, o. D.

<sup>112</sup> Ebenda

Im Gegenzug für das Gas aus Gaza, genehmigt die britische Bourgeoisie mehr als 100 Lizenzen zur Erschließung von Öl- und Gasfeldern an der Nordsee, von denen BP den größten Vorteil hat und stellt sich politisch im Gaza-Krieg, wenn auch nicht ohne Konkurrenz widersprüche, auf die Seite der israelischen Bourgeoisie.<sup>113</sup>

Mit dem Aufsteigen des BRICS-Imperialismus und der zunehmenden Nachfrage nach billigem russischem und iranischem Gas verwertet sich das Frackinggas des US-Imperialismus immer weniger. Während die Unterstützung der israelischen Bourgeoisie durch die Staaten des EU-Imperialismus zwiegespalten ist, das Verhalten des deutschen Imperialismus eher dem „Lavieren“ seiner traditionellen „Achsenpolitik“ nahekommt, stellt sich der US-Imperialismus umso drängender an die Seite der israelischen Bourgeoisie als seiner imperialistischen Speerspitze, unterstützt es führend mit Waffen und versucht sich an der Erschließung der Gasfelder, vor allem über das Monopolkapital von Chevron, zu beteiligen. Für einen ungestörten Zugriff bestehen neuerdings sogar Pläne des US-Imperialismus, den Gazastreifen komplett zu „räumen“.<sup>114</sup>

Derweil entwickelt auch die imperialistische Konkurrenz der BRICS-Staaten ein zunehmendes Interesse am Gaza-Krieg.

Das Projekt der „Neuen Seidenstraße“, die durch Palästina verläuft, soll schon länger chinesisches Monopolkapital in Europa, Afrika, aber auch im Nahen Osten verwerten. Die konkurrierende Handelsroute des US-Kapitals, verläuft dagegen durch Israel und Saudi-Arabien, was nicht nur für chinesisches, sondern auch für iranisches Kapital ungünstig ist, welches von der ebenso durch den Iran verlaufenen „Seidenstraße“ profitiert.<sup>115</sup>

Während die iranische Bourgeoisie ab dem 01. Januar 2024 zum offiziellen Bestandteil des BRICS-Bündnisses wurde, nimmt die saudi-arabische Bourgeoisie zwar an BRICS-Treffen teil, aber eine feste Aufnahme in das

---

<sup>113</sup> Ebenda

<sup>114</sup> Vgl. Doemens, K., Augsburger Allgemeine, 27.01.2025, Donald Trump will den Gaza-Streifen räumen. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/donald-trump-will-den-gaza-streifen-raeumen-104783963>

<sup>115</sup> Vgl. Ukrainische Arbeiterfront (RFU), Erklärung zu den Ereignissen in Palästina, In: offen-siv 10-2023, S.13-22.

Bündnis lehnt sie bislang ab. So fährt der saudi-arabische Imperialismus zwischen der US-Handelsroute und der „Neuen Seidenstraße“ einen ähnlichen „Schlingerkurs“, wie uns das schon vom deutschen Imperialismus bekannt ist. Derweil versucht die israelische Bourgeoisie die Beziehungen zur saudi-arabischen Bourgeoisie im Rahmen der US-Handelsroute zu normalisieren.<sup>116</sup>

In diesen Konkurrenzverhältnissen prallen im Besonderen die Interessen der israelischen Bourgeoisie und die Interessen des palästinensischen und libanesischen Kapitals unterstützenden iranischen Bourgeoisie aufeinander. Mehrfach griffen sich Israel und der Iran gegenseitig an. Politisch greift die iranische Bourgeoisie hierbei, wie Teile der palästinensischen Bourgeoisie, besonders auf Ideen des islamischen Fundamentalismus zurück, um die Arbeiterklasse in die religiöse Identifikation zu treiben und gegen das erklärte Feindbild Israel mobilzumachen.<sup>117</sup>

#### 5.4. Schlussfolgerungen

Die Öl- und vor allem die Gasfelder des Levantinischen Beckens sind eine der bedeutendsten und wertvollsten Rohstoffvorkommen der Welt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass darum erbitterte Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten herrscht.

Die israelische Bourgeoisie, die derzeit den größten Einfluss auf die Öl- und Gasfelder des Levantinischen Beckens hat, versucht ihre Führungsposition zu verteidigen und verteilt nach einem erneuten Angriff auf Palästina rasch neue Förderlizenzen. Auf dem Energiemarkt steigt sie zu den „Global Playern“ auf.

Dabei muss die israelische Bourgeoisie stets das Erstarren der palästinensischen Bourgeoisie erschweren, Gaza und Westjordanland volkswirtschaftlich destabilisieren und die Blockade aufrechterhalten. Eine aufstrebende palästinensische Bourgeoisie, wie wir das von einigen BRICS-Staaten nach deren Dekolonialisierungsprozessen bzw. konterrevolutionärer Entwicklung kennen, die ihr das ungestörte Aneignen der Öl- und Gasfelder des Levantinischen Beckens und das Verteilen von Förderlizenzen streitig macht, würde die Führungsposition des israelischen Imperialismus auf dem Energiemarkt gefährden.

---

<sup>116</sup> Ebenda

<sup>117</sup> Ebenda

Im Kampf der imperialistischen Großmächte, die sich die Öl- und Gasfelder des Levantinischen Beckens unter sich aufteilen und den vielen regionalen Imperialismen im Nahen Osten, die in dieser Aufteilung und beim Transport nicht zu kurz kommen wollen, sitzt der palästinensische Imperialismus derzeit eher am Katzentisch. Die von der israelischen Bourgeoisie provozierten volkswirtschaftlichen Destabilisierungen in Gaza und Westjordanland geben der palästinensischen Bourgeoisie bislang nicht mal die Möglichkeit, die direkt an der Küste zu Gaza befindlichen Öl- und Gasreserven bearbeiten zu lassen. Die Destabilisierungen beschneiden also die Profitraten der palästinensischen Bourgeoisie. So entwickelt die palästinensische Bourgeoisie in der Konkurrenz um die Aneignung der „Gaza Marine Felder“ und möglichst auch weiterer Öl- und Gasfelder sowohl ein Interesse die Selbstversorgung zu sichern, als auch durch mehr Einfluss im Rohstoffgebiet ihren bereits etablierten, bislang noch regional begrenzten, monopolkapitalistischen Einfluss auf dem Weltmarkt weiter zu vertiefen.

Dafür soll die Losung der „Zwei-Staaten-Lösung“, die ihr Teile der Öl- und Gasfelder des Levantinischen Beckens, oder sogar der „Ein-Staaten-Lösung“ (bzw. „From the River to the Sea!“) die ihr alle örtlichen Öl- und Gasfelder garantieren würde, dienen. Für die Wahrung gemeinsamer Interessen im Gaza-Krieg arbeitet die palästinensische Bourgeoisie u.a. eng mit der iranischen Bourgeoisie zusammen.

Die Konkurrenz um die Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens, die nicht nur zwischen der israelischen und palästinensischen Bourgeoisie geführt wird, sondern auch durch sie beeinflussende Großmächte des NATO- und BRICS-Bündnisses, spitzt sich im Kampf um den Transport und Verarbeitung der angeeigneten Rohstoffe, also um die Gaspipelines, weiter zu.

Man kann also sagen, dass die Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens eine wesentliche Rolle im Gaza-Krieg spielen. Gerade die Brutalität, mit der dieser Krieg bis heute geführt wird, zeigt die weltweite Bedeutung der umkämpften Öl- und Gasreserven auf.

## 6. Gaza-Krieg

Nach der vorangegangenen Analyse der palästinensischen Ökonomie und der Konkurrenzsituation im Nahen Osten lässt sich nun der Charakter des Gaza-Krieges ableiten. Danach schauen wir auf einige gängige Thesen innerhalb

der kommunistischen Bewegung, die zu Palästina und zum Charakter des Gaza-Krieges geäußert wurden und unterziehen diese einer Kritik.

### 6.1. Zum Charakter des Gaza-Krieges

Die gegenwärtige Eskalation des Gaza-Krieges hat eine lange Vorgeschichte. Die Konkurrenzkämpfe um die Bodenschätze des Levantinischen Beckens sind schon mehrere Jahrhunderte alt. Die hervorgebrachten religiösen Konflikte oder „nationale Fragen“ waren und sind bloß die ideologischen Formen, in denen sich die Menschen diesem Konkurrenzwidrspruch bewusst werden.

Zur jüngsten Vorgeschichte: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kündigte die britische Bourgeoisie an, sich aus ihrem Mandatsgebiet Palästina zurückziehen zu wollen. Die UN-Generalversammlung beschloss am 29. November 1947 die Teilung Palästinas in einen „arabischen“ und einen „jüdischen“ Staat, wobei Jerusalem unter UN-Verwaltung stehen sollte. Am 14. Mai 1948 - dem Tag der Niederlegung des britischen Mandats - rief der Führer der „zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei“ Israels, David Ben-Gurion, den Staat „Israel“ aus.<sup>118</sup>

Bereits in den Jahren 1947 - 1949 fand der erste arabisch-israelische Krieg statt, der auf dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina ausgetragen wurde. Am 14. Mai 1948 zogen sich die letzten Streitkräfte der britischen Bourgeoisie aus Palästina zurück. Im Laufe des Krieges begannen Vertreibung und Flucht vieler palästinensisch-arabischer Arbeiter. Der Krieg dauerte 15 Monate und endete mit einer Erweiterung des Gebiets der israelischen Bourgeoisie um die Hälfte. Die Geburtsstunde Israels gilt seitdem für die palästinensische Bourgeoisie als Katastrophe – als Nakba. Danach folgten bis 2009 sieben weitere Kriege.<sup>119</sup>

Das heutige Palästina ist ein bürgerlicher Staat, der von 138 der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen anerkannt wird; der Nachbar Israel, die USA, Deutschland, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein und

---

<sup>118</sup> Vgl. Ideologische Kommission, Kommunistische Partei Deutschlands, April 2024, Israels Sicherheit oder doch das „Schwarze Gold“?!, In: Die Rote Fahne 04-2024, S. 1. <https://k-p-d.org/images/daten/dr/2024/dr/2024-04-ukooc.pdf>

<sup>119</sup> Ebenda

Luxemburg sowie weitere westliche bürgerliche Staaten erkennen Palästina als Staat nicht an, pflegen aber offizielle Beziehungen zu ihm. Im Jahr 1988 erfolgte die „Unabhängigkeitserklärung“ durch die „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO), wodurch die palästinensische Bourgeoisie seitdem das gesamte von der israelischen Bourgeoisie seit 1967 besetzte Gebiet beanspruchte. 2007 zerfiel Palästina wegen des Fatah-Hamas-Konfliktes in zwei Hoheitsgebiete: das von der Fatah regierte Westjordanland mit etwa drei Millionen Einwohnern und den von der Hamas regierten Gazastreifen mit etwa zwei Millionen Einwohnern.<sup>120</sup>

Unter dem Druck des US-Imperialismus fanden 2007 „Wahlen“ in Gaza statt. Wahlsieger wird die Hamas. Sie stellt seitdem die politische Gewalt in Gaza. Die USA verweigern aber die Anerkennung. Die israelische Bourgeoisie verhängte eine Seeblockade und versuchte damit, das palästinensische Gebiet entscheidend zu destabilisieren. Am 27. Dezember 2008 griff die israelische Bourgeoisie Palästina erneut an. Die palästinensische Bourgeoisie wehrte sich, auch mit Raketen. Diese und andere Probleme schwelen so jahrelang vor sich hin. Beide Seiten beschießen sich seitdem immer wieder.<sup>121</sup>

Im Sommer 2023 wird unter Vermittlung des US-Imperialismus die rasche Erschließung eines neuen Gasfeldes, der „Gaza Marine Felder“ eingeleitet. Am 18. Juni 2023 gibt Benjamin Netanjahu eine offizielle Erklärung ab, in der er das Projekt zur Erschließung des Gasfeldes bestätigt, jedoch ohne Palästina. Sowohl die israelische als auch die palästinensische Bourgeoisie haben bekräftigt, die Rohstoffvorkommen für sich zu beanspruchen.<sup>122</sup>

Die israelische Bourgeoisie verteilt Förderlizenzen und der Krieg beginnt. Am 7. Oktober 2023 greift die palästinensische Bourgeoisie Israel mit einem großangelegten Raketenbeschuss an. Kämpfer der Hamas und verbündeter palästinensischer Gruppen reißen die Grenzanlage des nördlichen Gazastreifens ein, dringen in israelische Ortschaften und Kibbuzim ein und töten mehr als 1.000 Menschen. Die israelische Bourgeoisie antwortet. Ein weiteres Massaker beginnt und setzt sich bis heute fort.<sup>123</sup> Das britische

---

<sup>120</sup> Ebenda

<sup>121</sup> Ebenda

<sup>122</sup> Ebenda

<sup>123</sup> Ebenda

Magazin „The Lancet“ schätzt die Zahl der ermordeten Menschen in Gaza auf 186.000 (Stand Juni 2024).<sup>124</sup> Die Opfer im gesamten Gaza-Krieg sind meist Proletarier.

Am 30. Oktober 2023 erteilt die israelische Bourgeoisie, nachdem sie militärisch die Oberhand hat und die Bodenoffensive im Gazastreifen bevorsteht, israelischen und internationalen Kapital Lizenzen für die Gasförderung im Levantinischen Becken.<sup>125</sup>

Dieser Krieg wird von den Truppen der israelischen Bourgeoisie mit einer solchen Brutalität geführt, dass selbst die USA als ihr Verbündeter zur Mäßigung aufriefen. Die südafrikanische Bourgeoisie, Teil des BRICS-Bündnisses, und die bürgerliche Staatengemeinschaft der UNO verurteilten das Vorgehen der israelischen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie Nicaraguas wirft der BRD Verstöße gegen die „Völkermordkonvention“ vor. Durch Waffenlieferungen an die israelische Bourgeoisie und Streichung der Hilfsmittel für Gaza begünstige sie einen „Genozid“ im Gazastreifen. In der BRD hingegen werden diejenigen, die gegen diesen Krieg auftreten, als „Antisemiten“ verleumdet. Kritik an der israelischen Bourgeoisie gilt als „judenfeindlich“, also als rassistisch, wie unter anderem die Auseinandersetzungen um die Documenta in Kassel, um den Auftritt von Roger Waters in Frankfurt (Main) oder jüngst um die Berlinale zeigen.<sup>126</sup>

Nachdem in diesem aktuellen Krieg Gaza weiter destabilisiert und tausende palästinensische und israelische Arbeiter getötet oder vertrieben wurden, hat die israelische Bourgeoisie erneut ihr Gebiet erweitert, auch um ein weiteres Öl- und Gasvorkommen im Mittelmeer.<sup>127</sup>

In der jüngsten Vergangenheit gab es immer wieder Bemühungen um ein Waffenstillstandsabkommen, um Freilassung von Geiseln und der Lieferung

---

<sup>124</sup> Vgl. Khatib, R., McKee, M., Yusuf, S., The Lancet, 20.07.2024, Counting the dead in Gaza: difficult but essential. [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext). Anmerkung: Die Totenzahlen in Gaza sind meist nur sehr ungenaue Schätzungen. Heute (2025) können die Zahlen schon deutlich höher ausfallen.

<sup>125</sup> Vgl. Ideologische Kommission, April 2024.

<sup>126</sup> Ebenda

<sup>127</sup> Ebenda

von „Hilfswaren“ in den Gazastreifen. Es sollen dabei Absprachen getroffen werden, mit denen sich möglichst konfliktfrei die eroberten, oder noch umkämpften Öl- und Gasreserven verwerten lassen.

Welcher Charakter trägt nun der heutige Gaza-Krieg?

Wir haben gesehen, dass alle am Gaza-Krieg beteiligten Staaten, sowohl die Führungsmächte als auch die regionalen Mächte, bürgerliche und damit imperialistische Staaten, bzw. Staatenbündnisse sind.

Die NATO-Staaten vereinigen die klassischen imperialistischen Führungsmächte, also USA, Großbritannien, Frankreich und die nach der Konterrevolution extrem erstarkte BRD. Die BRICS-Staaten, um Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Iran, Vereinigte Arabische Emirate und zahlreiche weitere Aufgenommene und sich für die Aufnahme bewerbende Staaten vereinigen das aufstrebende Bündnis der sich zur NATO formierenden Konkurrenz. Jüngste Entwicklungen, gemeint sind die Annäherung des US-Imperialismus an den russischen Imperialismus, könnten diese klassischen Bündnisstrukturen, je nach Marktsituation, auch wieder durcheinanderwürfeln.

Dann gibt es aber auch zahlreiche regionale imperialistische Staaten, wie Israel, Ägypten, Saudi-Arabien, Iran, Palästina usw., die zwar teilweise in die Strukturen des obigen Bündnissystems eingebunden sind, aber gleichzeitig auch eigene eher regionale Interessen verfolgen. In der Konkurrenz im Nahen Osten sitzt die palästinensische Bourgeoisie nach zahlreichen Destabilisierungen eher am Katzentisch und will im Bündnis mit u.a. der iranischen Bourgeoisie weiter aufsteigen und einen gewichtigeren Einfluss auf dem Weltmarkt spielen. Die Aneignung der Öl- und Gasreserven soll der israelischen Bourgeoisie nicht allein überlassen werden. Deshalb griff die palästinensische Bourgeoisie am 07. Oktober 2023 Israel an.

Die Arbeiterklasse aller beteiligter Staaten wird dabei im Gaza-Krieg mit Ideologien des Zionismus, Rassismus, Nationalismus und des islamischen Fundamentalismus gegeneinander aufgehetzt. Es ist eindeutig festzuhalten, dass der Gaza-Krieg weder ein israelischer „Kampf gegen Antisemitismus“, noch ein palästinensischer „nationaler Befreiungskampf“ ist.

Keiner der beteiligten Staaten ist ein Staat der Arbeiterklasse. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, der um die Neuaufteilung der Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens geführt wird.

## 6.2. Zu einigen Problemen in der kommunistischen Bewegung zu Palästina

Es gibt in dieser Frage große Illusionen in der weltweiten kommunistischen Bewegung. Kaum eine sich „kommunistisch“ nennende Organisation oder Partei, die sich nicht solidarisch mit Palästina oder zum von der palästinensischen Bourgeoisie postulierten „palästinensischen Befreiungskampf“ ausgesprochen hätte. Derartige Illusionen sind zwar aus den Konkurrenz widersprüchen des Imperialismus erklärbar, haben jedoch nichts mit einem Klassenstandpunkt zu tun. Nachfolgend beziehen wir zu einigen gängigen Thesen Stellung.

### I. Ist Palästina eine „Kolonie“?

Nein. Das Vorherrschen der Warenproduktion und damit der Entwicklung eigenständiger kapitalistischer Produktionsverhältnisse in Palästina schließen das angedichtete Kolonialverhältnis aus.

Selbst wenn Palästina historisch mal eine Kolonie war, setzte sich die Warenproduktion früher oder später gegen die vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse durch und schloss damit den Dekolonialisierungsprozess ab. Zum Vorherrschen kapitalistischer Produktionsverhältnisse bis einschließlich der imperialistischen Entwicklung sind die vorliegenden Untersuchungsergebnisse zur palästinensischen Ökonomie (Punkt 3 und 4) mehr als eindeutig.

Stattdessen zeigen sich in der Blockade vielmehr die sich zwischen der israelischen und palästinensischen Bourgeoisie zuspitzenden Konkurrenzverhältnisse. Die imperialistische Konkurrenz ist der zentrale Aspekt, der von den „Palästina-Freunden“ geleugnet wird. So formulieren sie eine Neuauflage der „Handvoll-Räuber“-These, die einzelne „räuberische Staaten“ wie Israel oder die USA, nicht die grundsätzlichen kapitalistischen Produktionsverhältnisse problematisiert. Das in diesem Zusammenhang gern gewählte Bild eines „vom israelischen Siedlerkolonialismus unterdrückten Palästina“, in dessen Konkurrenz aufgehoben sei, entspricht damit dem Inhalt der „Ultraimperialismustheorie“ von Karl Kautsky.

Ferner leugnet die Charakterisierung des israelischen Staates als „siedlerkolonialer Staat“ die in Israel herrschenden Klassenwidersprüche. Der Staat Israel würde aus „zionistischen“ und „rassistischen“ Motiven handeln und nicht als Staat der Bourgeoisie, der denen sich aus den Klassenwidersprüchen ergebenden Triebkräften folgen muss. Ideologien des Rassismus und Zionismus können höchstens Folgeerscheinungen sein, sofern sie als nützliche Ideologien für die Bourgeoisie fungieren. Sie fungieren aber nie als Motiv, oder gar Charaktereigenschaft eines Staates.

Weder kann der israelische Staat Zionismus und Rassismus als selbstständige Ideen entwickeln, noch kann es unter den Bedingungen der Warenproduktion Kolonialismus geben. Im heutigen imperialistischen Weltsystem, in dem die Warenproduktion weltweit vorherrscht, sind Kolonialverhältnisse ausgeschlossen. Wir leben im Zeitalter des Imperialismus.

II. Ist die palästinensische Bourgeoisie „unterdrückt“?

Nein. Die Grundlage der palästinensischen Bourgeoisie, die Warenproduktion, kann im Rahmen des Kapitalismus nicht „unterdrückt“ werden. Die Warenproduktion ist das Wesen des Kapitalismus. Die antagonistischen Widersprüche der Warenproduktion führen unausweichlich zum Kapital und Monopolkapital. Dadurch beruht die palästinensische Bourgeoisie selbst auf der Unterdrückung der palästinensischen Arbeiterklasse, zu der sie in einem antagonistischen Verhältnis steht. Einzig die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Errichtung von sozialistischen Produktionsverhältnissen, hebt die Warenproduktion und damit die Bourgeoisie auf.

III. Kann der „palästinensische Befreiungskampf“ um den Sozialismus kämpfen?

Nein. Der Gaza-Krieg wird von der Bourgeoisie geführt, die sich dafür ihre Parole der „nationalen Befreiung“ schafft. Die Nation ist ein Produkt der bürgerlichen Zirkulationssphäre, ähnlich wie der Parlamentarismus. Produkte der Zirkulationssphäre bzw. der ihr zugrundeliegenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse lassen sich nicht „sozialistisch“ umformen. Und es gibt keinen „nationalen Sozialismus“. Im Rahmen des imperialistischen Gaza-Krieges „für den Sozialismus“ zu kämpfen, verlangt etwas von der palästinensischen Bourgeoisie, wonach sie nach ihren eigenen Triebkräften

nicht imstande ist. Es ist Ausdruck von Idealismus, den Gaza-Krieg von seinen materiellen Grundlagen zu lösen. Für die Lüge, es ginge im „palästinensischen Befreiungskampf“ um Sozialismus, werden die Arbeiter zur Teilnahme am imperialistischen Krieg verführt und darin zermalmt.

Bei all den obigen und analogen Thesen schwirrt der Mythos des „nationalen Befreiungskampfes“ umher, welcher mit zahlreichen Vorwänden hinsichtlich „ethnischer Säuberung“, „israelischer Siedlerkolonialismus“, „Völkermord“, „Erschießungen an Checkpoints“ usw. die Funktion hat, die Existenz und die Interessen der palästinensischen Bourgeoisie im Gaza-Krieg zu verschleiern. Zusätzlich entspricht der Mythos einer Neuauflage der Volksfrontpolitik, die sich angewandt auf das imperialistische Weltsystem und die heutigen Verhältnisse zu einer ausgesprochen konterrevolutionären These entwickelt hat.

Allgemein ist die „nationale Frage“ zur Rechtfertigung imperialistischer Kriege eine typische Taktik der Bourgeoisie. In der Tschechoslowakei waren es die „unterdrückten Sudetendeutschen“, im Ukraine-Krieg sind es die „unterdrückten russischen Minderheiten“ und nun im Gaza-Krieg sind es die „unterdrückten Palästinenser“.

Wir raten dazu, die ökonomischen Hintergründe der Kriege zu analysieren, statt in Propagandafallen der Bourgeoisie zu tappen.

Zusammengefasst leugnet die gegenwärtige Offensive des Revisionismus die Existenz der Warenproduktion in Palästina. Auch werden alle hieraus resultierenden Entwicklungen, die das palästinensische Kapital und Monopolkapital erzeugen, geleugnet. Der Revisionismus unterschlägt ferner den gegenwärtigen Konkurrenz Widerspruch im Gaza-Krieg um die Öl- und Gasreserven. Außerdem verheimlicht er die daraus abgeleitete Notwendigkeit für die palästinensische Bourgeoisie eine nationalistische Bewegung zu schaffen, welche die Arbeiter für die Profitraten der Bourgeoisie in den Krieg und in den sicheren Tod schickt. So bezeichnet der Revisionismus den imperialistischen Krieg selbst als notwendigen „nationalen Befreiungskampf“, den die Arbeiterklasse zu unterstützen habe. Damit wird der feste Klassenstandpunkt für die Arbeiterklasse gänzlich aufgegeben. Die Aufgabe des Klassenstandpunktes stellt eine dramatische Schwächung des durch die Konterrevolution ohnehin schon marginalisierten Restes der kommunistischen

Weltbewegung dar. Bei jedem neu auftretenden imperialistischen Widerspruch würden „Kommunisten“ als Schachfiguren vermeintlicher „nationaler Kämpfe“ fungieren.

### 7. Schlussbetrachtung

Nach den Rückschlägen der Konterrevolution und der abgeschlossenen Dekolonialisierung findet der auf der Ware begründete Imperialismus immer mehr zu sich selbst.

Das zeigt auch die Betrachtung des Gaza-Krieges, in dem es keine fortschrittliche Seite gibt, sondern zwischenimperialistische Widersprüche, welche die Arbeiter für die Profitraten ihrer jeweiligen Bourgeoisie ins Elend und oftmals in den Tod schicken. Laut Schätzungen sind im gegenwärtigen von der Bourgeoisie geführten Gaza-Krieg über 186.000 Menschen getötet worden.

Doch für manche Kräfte der „Linken“ soll unter allen Umständen Palästina für etwas anderes als ein kapitalistischer Staat mit imperialistischen und weltpolitischen Interessen gehalten werden. Dabei wird im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg mit Ausdauer die „nationale Frage“, „Kolonialismus“ und ähnliches behauptet und der Blick für die realen materiellen Verhältnisse und die Konkurrenz Widersprüche vernebelt. Daraus soll die Notwendigkeit eines gerechten „nationalen Befreiungskrieges“ abgeleitet werden. Solche Thesen verschärfen die Widersprüche, anstatt sie zu lösen. Denn stattdessen zeigen die Untersuchungen zur palästinensischen Bourgeoisie und zum Gaza-Krieg, dass dieser Krieg im Wesentlichen um die Neuaufteilung der Öl- und Gasreserven des Levantinischen Beckens, also um imperialistische Interessen geführt wird. Sie zeigen ferner auf, dass die marxistische Kapitalanalyse und die leninsche Imperialismustheorie gänzlich Bestand haben.

Es gibt kein objektives Interesse der Arbeiterklasse an solchen Kriegen, denn sie hat nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, sie stellt das Fußvolk, geht als Soldat in die Schlacht und in den Tod, erträgt die Bombardements, verliert Wohnung und das Hab und Gut, kurz: zahlt die Zeche, und das so gut wie immer auf beiden Seiten. Der 13-Dollar Hungerlohn in Gaza sagt alles.

Daher muss die Arbeiterklasse durch die kommunistischen Organisationen und Parteien für die sofortige Beendigung des Krieges mobilisiert werden. Es

muss ein gemeinsamer Kampf der palästinensischen Arbeiterklasse mit der israelischen Arbeiterklasse gegen den Krieg angestrebt werden. Dabei kann ein Generalstreik sinnvoll sein. Ferner muss die Arbeiterklasse über die ideologische Hetze der kriegführenden bürgerlichen Staaten aufgeklärt werden. Es müssen zwingend die ökonomischen Ursachen des Krieges zur Sprache kommen, ein klares Imperialismusverständnis, sowie die Notwendigkeit einen von der Bourgeoisie unabhängigen Klassenkampf zu führen, der in Israel und Palästina gleichermaßen den Sturz der Bourgeoisie und den Aufbau des Sozialismus propagiert. Unsere Solidarität gilt nicht Palästina. Unsere Solidarität gilt der palästinensischen und israelischen Arbeiterklasse.

Die Losung muss daher lauten:

**„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“**



